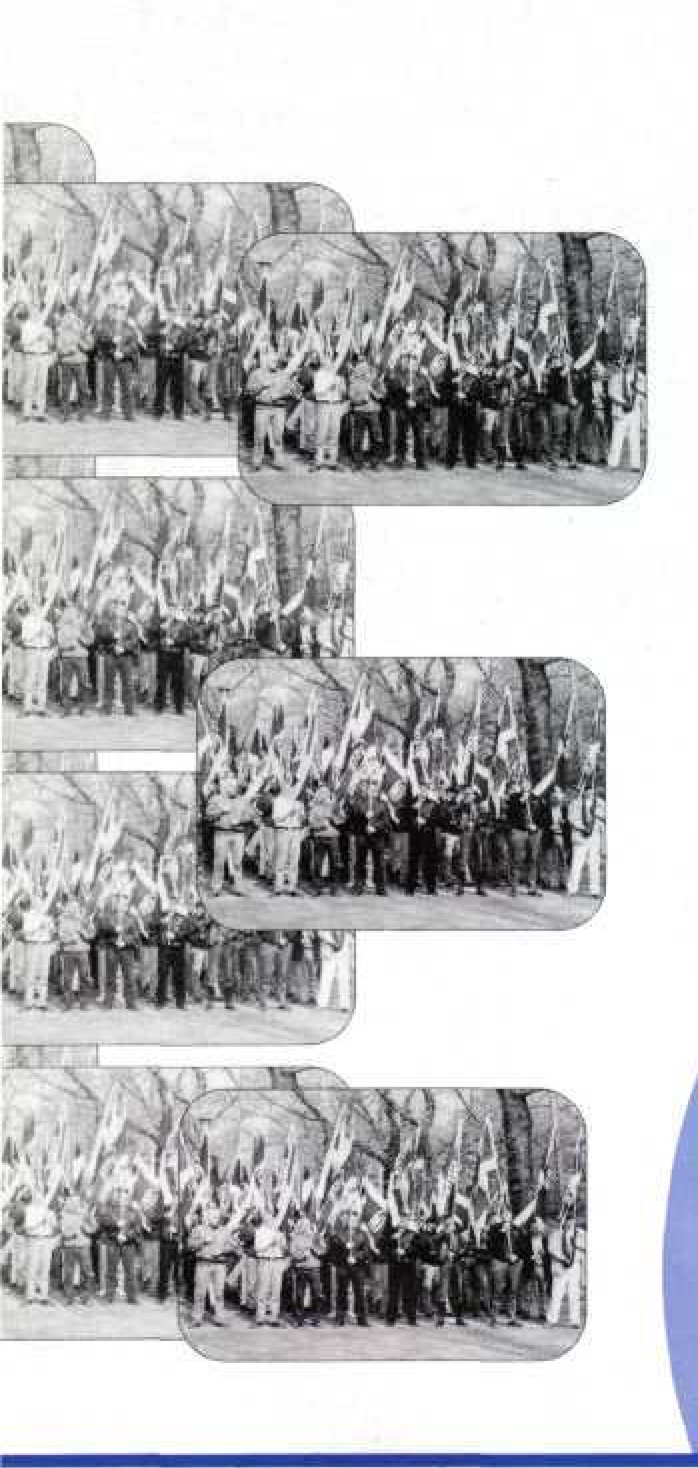
ANTIFASCHISTISCHE NRW ZEITUNG

Nr. 17 * Sommer 98 * 4,- DM







EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

schon wieder reichlich spät beglücken wir Euch nun mit einer neuen Ausgabe der Antifa-NRW-Zeitung. Wir können Euch leider auch nur wenig Hoffnungen auf Besserung machen, da wir zur Zeit mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, die nur zu einem kleinen Teil mit Geld zu beheben sind. Und das, obwohl wir den NRW-Verfassungsschutz, der Schwierigkeiten bei der Herausgabe unserer Zeitung zu sehen meinte, in unserer vorletzten Ausgabe der Lüge bezichtigt haben. Aber das kann uns ja ziemlich egal sein.

Es sind zur Zeit leider nur wenige AntifaschistInnen in NRW bereit, Artikel zu schreiben, und es gibt zu wenig inhaltliche Diskussionen, auch innerhalb der Redaktion. Das betrifft auch mögliche Änderungen bei der Konzeption der Zeitung. Immerhin wird die nächste Ausgabe endlich einen Schwerpunkt haben: Rechte (Sub-?) Kultur und die Strukturen in NRW. Alles über Bands, Zines und Labels.

Auch die Verbreitung und verkaufte Auflage der Zeitung gibt nicht gerade Anlaß für Jubelschreie. Wir möchten das Projekt aber nach Möglichkeit fortführen. Wir bitten Euch darum, uns über unsere Durststrecke hinwegzuhelfen. Schreibt Artikel (bitte vorher absprechen!), helft mit, den Weiterverkauf zu organisieren, schickt uns Schokolade und und und (*vergeßt auch nicht, Euch ein Rechtschreibeprogramm zu besorgen! Anm. des säzzers*). Gebt bitte auf jeden Fall mal Rückmeldung, wie die Zeitung in Euren Augen verbessert werden könnte. Ab der nächsten Ausgabe planen wir im übrigen ein oder zwei Serviceseiten. Dazu gehören z.B. öffentliche Adressen von Antifa-Gruppen, Archiven und sonstigen ANTIFA-Projekten in NRW, damit ein besserer Austausch ermöglicht wird. Auch Terminankündigungen soll es geben. Redaktionsschluß für Artikel in der nächsten Ausgabe (Nr. 18) ist der 25. Oktober, für Termine und Adressen der 1. November. Die Zeitung soll am 30. November erscheinen.

Wir hoffen, von Euch zu hören!

Eure ZeitungsmacherInnen

Impressum

V.i.S.d.P.: P. Schulze
Kontakt:
Antifaschistische Zeitung NRW
c/o Infoladen, Brunnenstr.41,
42105 Wuppertal
Bankverbindung:
Geschichtswerkstatt Dortmund,
Stichwort NRW
Konto-Nr.: 301 0375 603
BLZ: 441 600 14
Dortmunder Volksbank
Auflage: 1000
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Abobedingungen: Wegen der hohen Portokosten kostet ein Abo über vier Ausgaben 22,-DM, also 5,50 DM pro Ausgabe.
Bei Bestellungen ab 5 Einzelexemplaren pro Ausgabe gibt es Rabatt.
Bestellungen bitte an die oben angegebene Kontaktadresse. Zahlungen mit Absenderadresse bitte auf das oben genannte Konto überweisen oder in Bargeld, Scheck oder Briefmarken an unsere Kontaktadresse.
Eigentumsvorbehalt: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhalt

Alfred Schobert:

Rechter „Kulturkampf“: VAWS in Mühlheim

*Kurz nachdem der Umzug des rechtsextremen Verlegers **Werner Symanek** von Bingen nach Mühlheim bekannt geworden war, machte das „Bündnis gegen Gewalt“ bei der Nachbarschaft mobil.*

Ein Flugblatt, eine gutbesuchte Abendveranstaltung in der Nachbarschaft und die Ankündigung einer zweiten machten genug Wirbel, um den Vermieter auf den Plan zu rufen. Die 'GEDE-Wohn' aus Ludwigshafen fürchtete um die Ruhe im Haus und bat, „von Aktionen gegen uns als Betreibergesellschaft Abstand zu nehmen, da wir es als nicht notwendig erachten, uns mit Druck zu Maßnahmen veranlassen zu wollen, die wir längst eingeleitet haben“.

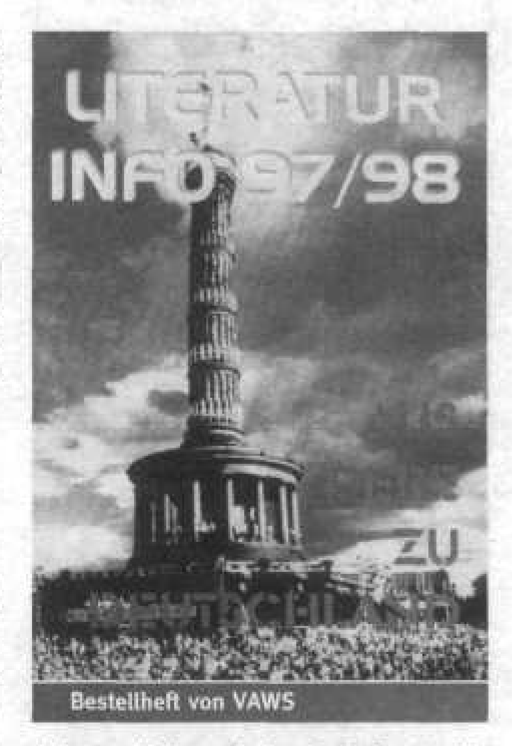
Symanek und die DDVB

Symanek trat bereits in jungen Jahren als rechtsextremer Funktionär in Erscheinung. Im November 1983 unterzeichnete Werner Symanek jun., damals in Gladbeck ansässig, als Parteivorsitzender die Satzung der '**Deutsch Demokratische Volksbewegung' (DDVB)**. Ob die Parteigründung in Zusammenhang mit damals anstehenden Organisationsverboten stand (im Dezember 1983 wurden die '**Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten', ANS/NA**, und die '**Aktion Ausländerrückführung', AAR**, verboten) und als legale Auffangorganisation intendiert war, bleibt Spekulation. Symaneks Stellvertreter war **Gerhard Mronga**. Als Kassenwart der in Bottrop sitzenden Partei fungierte **Werner Symanek sen.**. Für „Propagandaleitung“, wie es offiziell hieß, waren **Peter Tillmann** und **Christian Denda** verantwortlich; **Hans Bremer** diente als Organisationsleiter. Inhaltlich fiel das knappe Grundsatzprogramm der DDVB durch besondere Plumpheit auf. So heißt der letzte der zehn Punkte des Grundsatzprogramms dieser Freunde der Volksgemeinschaft (mit knapp dreieinhalb Zeilen übrigens einer der längsten): „Wir sind alle ein Volk. Es ist unsere Aufgabe die Gemeinschaft des Volkes zu fördern und zu stärken. Ordnung ist das oberste Gebot einer solchen Gemeinschaft. All unser tun und lassen steht im Diensten unseres Volkes“ (alle Fehler im Original; AS). Das Grundsatzprogramm jener Kleinstpartei mit den „Parteifarben Schwarz- Weiß- Rot“ enthielt die Empfehlung „Lesen Sie die Monatszeitschrift **UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN (UN)**“.

Unabhängige Freundeskreise

Die 'Unabhängigen Nachrichten' (UN) erscheinen seit 1969. Ihr Untertitel weist sie als „Nachrichtendienst und Mitteilungsblatt unabhängiger Freundeskreise“ aus; das Impressum präzisiert: „Herausgegeben im Auftrag und in Zusammenarbeit der **Unabhängigen Freundeskreise** vom Freundeskreis Unabhängige Nachrichten“ mit Sitz in Bochum. Als Sammelanschrift dient Werner Symaneks Postfach in Bingen. Das klingt etwas verwirrend, und der Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen spricht von einer „rechtsextremistische(n) Gruppierung ohne erkennbare Organisation“. Doch der Personalzusammenhang (und darüber auch Organisationsverbindungen) ist bei bloßer Lektüre erkennbar. „Verlag und Schrifleitung“ werden 1997 ohne Namen als in Oberhausen (Alstadener Str. 49) ansässig ausgewiesen. Die presserechtliche Verantwortung wird in jeder Ausgabe aufgeteilt. Da finden sich dann 1997 bspw. der Nazi-Barde **Frank Rennicke**, **Richard Sperber** (vermutlich identisch mit dem gleichnamigen Autor im nationalrevolutionären Blatt **'wir selbst')**, **Kurt Haußmann**, **Klaus Frühling**, **Bruno Unger** und **Annemarie Kunz**.

Das monatlich erscheinende 12-seitige Heft ist so aufgebaut, daß einzelne Artikel auch als Sonderdrucke bei bestimmten Veranstaltungen (große Vertriebenenaufläufe u.ä.) verteilt werden können. Häufig finden sich geschichtsverdrehende Beilagen, die insbesondere Schülern das rechte Geschichtsbild vermitteln sollen; gesammelt ergeben sie die komplette Verdrehung der deutschen Geschichte. Schwerpunkte liegen auf Kriegsschuldleugnung und Leugnung der Nazi-Verbrechen sowie auf dem gängigen Rassismus. 1996 erschienen als UN-Sonderdruck bspw. die „95 Thesen zum Lutherjahr“ des einschlägig bekannten Neonazis **Manfred Roeder**.



Bestellheft von VAWS

Eine Vorfeldorganisation der UFK war der **'Freundeskreis Freiheit für Deutschland' (FFD)**. Dieser wurde Anfang 1989 gegründet; die Initiatoren stammten aus dem Kreis der UFK, nämlich der alte Kämpfer **Günther Demolsky** (NRW-Landesvorsitzender der **'Sozialistischen Reichspartei'** bis zu deren Verbot 1952), **Werner Gebhardt**, **Helmut Fuchs** und der spätere Vorsitzende **Wilfried Bluschke** (aus Xanten). Der FFD wurde am 25.8.1993 vom Innenminister verboten. Der Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein Westfalen 1993 stellte dazu fest: „Mit dem UFK personell eng verzahnt und in den Agitationsthemen übereinstimmend war der (...) verbotene FFD. Ein Verbot der UFK kam nicht in Betracht, weil die ein



Die 'Unabhängige Nachrichten'

Verbot voraussetzende Organisationsstruktur hier nicht erkennbar wurde." Diese merkwürdige Begründung läßt fraglich werden, ob das Innenministerium die eigene Verbotsverfügung ernst nimmt. Die verbot nämlich, „Ersatzorganisationen (...) zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen". Letzteres liegt doch bei einer „personell eng verzahnt(en)" Organisation nahe! Im April 1994 fand vor dem Bochumer Landgericht ein Prozeß gegen sechs Mitglieder des FFD statt, die Herren Demolsky, Bluschke, Fuchs sowie **Paul Muenzer**, **Helmut Grimm** und **Ekkehard Weil**, ein rechtskräftig verurteilter Bombenleger, der in Bochum-Gerthe unter dem Namen **Karl Schubert** lebte (vgl. zum Prozeß antifaschistische zeitung nrw juni-august 94).

Nicht nur in eigener Sache, sondern als Service für die gesamte braune Szene gibt es als eng kooperierende Organisationen die 1979 gegründete **'Deutsche Rechtsschutzkasse'** mit Sitz in Bochum (Vors.: **Martin Voigt**), die angeklagten und verurteilten Kameraden finanziell unter die Arme greift und sympathisierende Rechtsanwälte vermittelt, und das 1992 gegründete **'Deutsche Rechtsbüro'**, das zur Vernetzung rechter Anwälte dient; hier spielt **Gisa Pahl**, Anwältin in der Kanzlei des Nazis und Anwalts **Jürgen Rieger** die zentrale Rolle. Sie steckt vermutlich hinter dem Pseudonym Gisela Sedelmaier. Sedelmaiers alias Pahls Rechtshilfe-Broschüre „Mäxchen Treuherz und die Fallstricke der Behörden" ist bei VAWS erhältlich.

VAWS: Propaganda und Kommerz

VAWS steht für **„Verlag + Agentur Werner Symanek"**. VAWS ist einerseits als Verlag tätig und deckt hier die ideologische Spannbreite des Rechtsextremismus ab. Verharmlosung und Beschönigung des Nazismus liefern Autoren wie **Wilfried van Owen**, früher Pressereferent beim Propagandaminister **Joseph Goebbels**. Symanek stellte einen Band mit Aktfotografie der 30er Jahre zusammen. Umschreibung der Geschichte wird konsequent betrieben, Deutschland als Opfer finsterer Vernichtungs- und Umerziehungspläne dargestellt. So stellte Symanek in einem zweibändigen Machwerk mit dem Titel „Deutschland muß vernichtet werden" Texte zusammen, die verdeutlichen sollen, wie Deutschland durch perfide Pläne seitens der alliierten Kriegsgegner angeblich um seine Existenz gebracht werden sollte bzw. werde; das Vorwort zum ersten Band verfaßte **Josef Klumb**. Neben der Eigenproduktion vertreibt VAWS Produkte rechter Verlage wie **'Grabert'** und **'Arun'**. Ebenso finden sich Bücher seriöser Verlage im Programm, auch solche von linken und kritischen Autoren. Das ist nicht nur Tarnung; zumeist geht es bei diesen Büchern um Geheimdienste, was gut in die auf die programmatisch in den Vordergrund gestellter Gegnerschaft zu finsteren Machenschaften geheimer Mächte paßt. Unter den rechten Mailordern fällt VAWS durch sein Musik-Programm auf. Während andere rechte Versandhäuser Tonträger für Wehrmachtsnostalgiker, Heimattümler und Glatzen anbieten, sucht VAWS auch Kundschaft in der Dark-Wave-Szene.

Das im Spätherbst 1993 redigierte Literatur Info '94 von VAWS erschien noch mit einer Postfachadresse in Gladbeck. 1994 zog der Verlag nach Bingen am Rhein, Symanek wohnte in Waldalgesheim; schon 'VAWS aktuell' vom Januar 1994 war mit der Bingener Postfach-Adresse versehen. In Bingen versuchte Symanek, auch in der regionalen Jugend-(Musik-) Szene Fuß zu fassen. Er gab im Mai 1994 ein 16-seitiges DIN A 4 Hochglanzblatt namens **„Undercover"** heraus; außer ihm war seine Lebensgefährtin **Christina Braun** in der Redaktion tätig. Das umsonst verteilte Blatt wollte laut Editorial den Leserinnen und Lesern „Dates und Parties mit Niveau nennen, gute Bands präsentieren, sowie ausgewählte und geprüfte Freizeitmöglichkeiten vorstellen". „Undercover" bezeichnet recht treffend die Methode verdeckter Arbeit: auf den ersten Blick keine Spur von Politik. Durch Artikel über beliebte Bands sollte die Dark-Wave-Szene angefixt werden. Dies versuchte VAWS auch bundesweit. Symanek schaltete Anzeigen in Musikmagazinen wie **'Subline'**. Die Fans erhielten dann neben der bestellten Ware Propagandamaterial der UFK. Bereits 1994 wurde VAWS deshalb Thema in der Dark-Wave-Szene. Es gab kritische Leserbriefe an 'Subline'; auch wurden Bands und Labels, deren Tonträger bei VAWS verkauft wurden, von Fans verständigt. Einige stoppten daher die Belieferung, so bspw. **'Gymnastic Records'** (mit den Bands **Deine Lakaien**, **Estampie** und **Qntal**).

„Feuer-Reinigung" und Massensterben

Bei seinen Aktivitäten fand Symanek Unterstützung durch einen ortansässigen Musiker, Josef Klumb (Jg. 1962) alias JK oder auch Jay Kay. Klumb kann zwar keinen sprachlich korrekten Satz schreiben, aber hält sich für einen Dichter; 1997 erschien im **'Angela Hackbarth Verlag'** (St. Georgen) sein zweiter Gedichtband mit dem Titel „Neue Lieder an die Nacht". In Interviews erweist er sich als plappernder Wirrkopf. Doch genau die unbelehrbar und in missionarischem Eifer vorgetragen Abstrusitäten und das erfolgreiche Üben von Bühnen-Posen eines Rock-Machos reichten aus, daß Teile der Independentszene die zum deutschen Gartenzwerg geschrumpfte Kopie Jim Morrisons als „charismatischem Sänger" verkannten. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre brachte Klumb mit seiner Band **Circle of Sig Tui** mehrere LPs und Eps heraus. 1989 veröffentlichte Klumb den Gedichtband „Jenseits aller Welt und Zeit", das Soloalbum „And all our glamour will turn into dust" sowie mit dem Projekt **Preussak** die CD „Liebe, Tanz und Tod". In der deutschen Independent-Szene schuf er sich etliche Kontakte, indem er für Euromedia die Samplerreihe „Godfathers of German Gothic" zusammenstellte. Anfang der 90er Jahre wurde die Band

Forthcoming Fire gegründet (von der Urbesetzung blieben nur Jay Kay und sein Bruder **Bernhard**). 1992 erschien deren erste Maxi „Longing for light", 1993 folgte die CD „Ekhnaton". Die offizielle Discographie führt auch ein „Tribute to Jim Morrison" auf. Zum Bandnamen meinte Klumb gegenüber dem Musikmagazin **Glasnost** (Jan.-Feb.-März 1994): „Es geht immer um Feuer und um die Reinigung der Welt durch Feuer, wie es in alten Mythologien und Religionen versprochen wird. Meiner Meinung nach ist es auch höchste Zeit, daß diese Reinigung stattfindet. (...) Durch diese 'Feuer-Reinigung' wird ein großer Teil der Menschheit sterben."

Klumb verkauft seinen menschenverachtenden Wahn nicht nur pseudomythologisch, sondern stylt sich zum Individualisten wider die ach so tumbe Masse. Forthcoming Fire setzen das musikalisch um. So aktualisiert das zweite Album, „Illumination?" (Erleuchtung) betitelt, Verschwörungsthesen, wie sie seitens klerikaler Reaktionäre zur 'Erklärung' und Diffamierung der Französischen Revolution in Umlauf gebracht wurden; diese Phantasie von der Weltverschwörung der Freimaurer wurde später - insbesondere durch die gefälschten „Protokolle der Weisen von Zion" - antisemitisch ergänzt. Hören wir den Irrleuchteten selbst: „Das Album geht inhaltlich auf die Thematik von Logen, Freimaurern und Geheimgesellschaften ein. Diese Bünde prägen das Bild der Politik in Ost und West, Mitteleuropa und Amerika. (...) Diese Politik prägt seit mehr als 250 Jahren ganz konkret das Weltgeschehen. Alles, was geschieht (...), dient einer bestimmten Planerfüllung. Okkulte Kreise treiben die Verwirklichung ihrer Vision von einer 'One-World'-Gesellschaft an. (...) Darauf arbeiten diese dunklen Mächte hin. Organisationen wie die Freimaurer, die nach außen hin human wirken, sind das Aushängeschild der Leute, die am Tempel der Menschheit arbeiten, an der großen Stadt des Menschen. Dies tun sie zusammen mit der Kirche, zusammen mit der Politik, zusammen mit dem Weltkapital und zusammen mit schwarzmagischen okkulten Brüderschaften, die alle gemeinsam an der Verblödung der Menschen arbeiten" (Glasnost).

Das Feindbild „Freimaurer" (die auch von den Nazis verfolgt wurden) wird von weiteren Feindbildern begleitet. Die „'One-World'-Gesellschaft" ist ein gängiges Feindbild der äußersten Rechten und zielt auf den Universalismus uneingeschränkter Menschenrechte. Das im hellen Wahn den „dunklen Mächten" zugeordnete „Weltkapital" ist wohl als „jüdisches" zu verstehen. Spätere Interviews benennen „Hochfinanz" und „Zionismus" als treibende Kräfte der Weltverschwörung: „Es ist die Hochfinanz, es sind die Kräfte, welche hinter ihren Marionetten die Welt bewegen. (...) Und es greift konkret nach der Herrschaft. Über die Leiche eines vereinten Europas hinweg, wird sich die Illuminatenfaust zu gegebener Zeit schließen (...). Das Gesicht dieses kommenden Regimes drückt sich aus durch die UNO, NATO, Weltbank, Zionismus, durch einige unserer Volksvertreter, Hochfinanz und Wirtschaft." Klumb berief sich hier ausdrücklich auf seinen Freund **Jan Udo Holey**, der unter dem Pseudonym **Jan van Helsing** (der Vampirjäger in Bram Stokers „Dracula") mit seinem mehrbändigen Machwerk „Geheimgesellschaften" die antisemitische Propaganda der gefälschten „Protokolle der Weisen von Zion" in esoterischer Verpackung wieder auflegte - bis zur Beschlagnahmung in der Schweiz und in Deutschland mit großem Verkaufserfolg in der Esoterikszene.

Mit solchen Äußerungen stieß Klumb lokal auf Gegenwehr. Während viele Gleichaltrige (auch aus der alternativen Szene) ihren alten Gefährten bewunderten, weil er „sein Ding durchzieht" oder ihn als bloßen Spinner verharmlosten, reagierte das Bingener JUZ mit Hausverbot. Am 13. Oktober 1995 schrieb Klumb einen wirren Brief an das JUZ, vertrat erneut die These von der „zionistischen Weltverschwörung" und schrieb sich in Rage: „Was ich hier offenbare tue ich mit Verlaub meiner Kampfgenossen und BRÜDER. IHR wisst mitunter nichts damit anzufangen, aber ich weis sehr wohl wie gut ihr daran tut, trotz eventueller Unverständnis mich niemals in eine SITUATION zu NÖTIGEN in welcher ich mich gezwungen sehe ZEICHEN SETZEN ZU MÜSSEN. ICH befinde mich in einem HEILIGEN KRIEG, UND WER ZWICHEN DIE FRONTEN GERÄT indem er aus unverständnis mir zu nahe kommt oder meinem Umfeld





Riefenstahl: Braun goes Darkwave

beschwört sich eine GEWALT herauf die ich nicht zu verantworten habe, und die sich entlädt ohne Spuren zu hinterlassen" (alle Fehler im Original; AS).

Die Adressaten durften den Schrieb wohl als Drohung verstehen, auch wenn sie nicht an „eine GEWALT" glauben, „die sich entlädt ohne Spuren zu hinterlassen" und befürchten, von Aliens per UFO entführt zu werden. Das Ganze klingt schwer nach Paranoia eines - großzügig geschätzt - Viertelgebildeten. Nicht auszuschließen, daß Klumb eines Tages noch erzählen wird, Hildegard von Bingen habe ihn als Amme gestillt, denn der Visionär läßt seinem sendungsbewußten Größenwahn freien Lauf: „Ihr wisst nicht einmal in welcher TRADITION BINGEN eigentlich wurzelt, das dieser BODEN von GEIST getränkt ist und das hier seit JAHRTAUSENDEN meinetwegen eine geheime Besonderheit herrscht." Wenn Klumb glaubt, der „BODEN" seiner Heimatstadt habe „seit JAHRTAUSENDEN" auf ihn gewartet, dann muß man als Beobachter schon durch und durch von den Ideen radikaler Antipsychiatrie geprägt sein, um nicht auf Begriffe der forensischen Psychiatrie zurückzugreifen. Wer nach soviel braunem Unsinn immer noch meint, man müsse mit Klumb & Co diskutieren, läßt sich vielleicht von dieser Aussage des Poeten im Brief an das JUZ vom Gegenteil überzeugen: „Wer mich kennt weis das mit mir nicht zu diskutieren ist, das hab ich nicht nötig" (Fehler im Original; AS).

Mit seinen spinnerten braunen Ideologieversatzstücken empfahl sich Klumb der jüngeren Generation der „Neuen" Rechten als nützlicher Nichtganzdichter. **Jürgen Hatzenbichler** und **Roland Bubik** hatten in Aufsätzen in '**Nation & Europa**' und der '**Jungen Freiheit**' die Dark-Wave-Szene als Operationsgebiet für sich

entdeckt. Auf beiderseitigen Nutzen spekulierend, ließen sich Forthcoming Fire als eine Art JF-Hausband aufbauen. Forthcoming Fire waren der optische Aufhänger der kommerziellen Anzeige, die die JF im auflagenstärksten Dark-Wave-Magazin, dem **'Zillo'**, schaltete. Als Lockvogel für die Musikfans bot die JF ein ganzseitiges Interview mit Jay Kay. Für Symanek arbeitete Klumb dann an der Riefenstahl-Compilation, einer Doppel-CD nebst Begleitbuch, mit dem sich VAWS zum Plattenlabel mauserte. Neben Forthcoming Fire brachte Jay Kay noch ein weiteres eigenes Projekt auf dem Sampler unter: Preusak. Über den Flirt des Zillo mit der JF und die Feier der Nazi-Kultur-Ikone Riefenstahl wurde in der Musikzeitschrift Spex und anderswo ausführlich berichtet - das soll nicht wiederholt werden (vgl. auch antifaschistische nrw zeitung Jan.-März 1997). Ergänzend sei nur auf Klumbs Interview in **'Sigill'** (H. 13), einem in Dresden erscheinenden heidnisch-faschistischen Fanzine, verwiesen. Hier komplettierte Klumb seine Größenphantasien um Sexualgeprotze und gerierte sich als der (attr)aktivste Phallus südlich des Nordpols. Deutlich streicht das Großmaul heraus, welchen konzeptionellen Anteil es bei der Zusammenstellung der Riefenstahl-Compilation für VAWS hatte. Bei seiner Verbindung mit Symanek ist wohl die Vorsehung im Spiel; sein „Schachzug in Richtung VAWS" müsse „von einer höheren Warte betrachtet werden". Bemerkenswert auch die Sprachakrobatik, wenn Klumb seinen und Sigills Gegnern vorwirft, sie hielten „am Glauben fest, daß wer heute Evola und Jünger liest, morgen schon Asylantenheime erhitzt".

Zwischenzeitlich tauchte in Kleinanzeigen im 'Zillo' (2/97) und der JF ein Versand auf, der vermutlich ein Tarnunternehmen Symaneks war: **'Intermedia 2000'** mit einem Postfach in Waldalgesheim, Symaneks Wohnort, bot Bücher über Runen aus dem VAWS-Programm an. Auf der Frankfurter Buchmesse 1997 war VAWS präsent: Klumb verteilte eine gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg" gerichtete Sonderausgabe der UN und Flyer für die „Herbstnächte auf Schloß Neuenburg", wo er mit seiner Zweitband Weißglut auf dem Programm stand. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß das Münchener Ensemble 'Estampie' wegen der Brauntöne im Festival-Programm die Teilnahme absagte.

Nachdem 'Forthcoming Fire' bei ihrer Tournee Anfang 1997 bereits vielerorts auf Proteste stießen (in Bochum wurde der Auftritt von Antifas per Bühnenbesetzung verhindert), wuchs auch in Bingen und Umgebung der politische Druck gegen VAWS und den musikalischen Anhang. Im Juli 1997 tauchten Klumb und sein Bruder, begleitet von namentlich unbekanntem Bandanhang sowie **Ellen Kositza** und **Claus-Michael Wolfschlag**, beide Stammautoren der 'Jungen Freiheit', bei einer Veranstaltung in Mainz auf und zettelten eine Schlägerei an. Der Versuch, sich in der Mainzer Lokalpresse als Märtyrer wichtig zu machen, mißlang - lediglich die rechtsextreme Presse griff die Legende begierig auf. Spätere Veranstaltungen im Wiesbadener Kulturzentrum Schlachthof und im JUZ in Bingen lockten zwar rechte Scouts (bspw. vom **'Staatspolitischen Club Frankfurt'**) an, konnten aber nach deren Rauswurf problemlos durchgeführt werden. Der Schlachthof kündigte daraufhin Klumbs Zweitband 'Weißglut' den Proberaum.

Klumb und seine Kameraden wurden spürbar nervös. So hatte man sich den von der Rechten ausgerufenen „Kulturkampf" wohl nicht vorgestellt. Der Bruder Jay Kays, Bernhard Klumb, schrieb dem Verfasser am 5. Januar 1998 mit ausdrücklicher Bitte um Veröffentlichung einen fadenscheinigen politischen Reinwaschungsversuch: Die Band fühle sich „zur Zeit sehr unwohl in der Rolle als scheinbare Politbarden", und „manche Kontakte, die sich im Laufe der Zeit ergaben", seien „nicht immer zu unserem Vorteil" gewesen. Ein Jahr zuvor hatte man noch von vom rechten Image und der Märtyrerpose profitieren wollen und eine Doppel-CD deutlich politisch „Verurteilt, gerichtet und lebendig verbrannt" (Novatek / Euromedia) betitelt. Doch weit reicht die Einsicht nicht: „Über die Meinungen, die mein Bruder Josef vertritt, urteile ich nicht. Das heißt aber nicht, daß alles, was mein Bruder von sich gibt für die ganze Band gilt, die nämlich letztendlich genauso unter den Auftrittsverboten gelitten hat. Wäre er ein Faschist, würde ich keine Bühne betreten auf der er steht" (Zeichenfehler im Original; AS). In der beigelegten „Richtigstellung" heißt es noch: „Jay Kay wird im Zusammenhang mit der Band keine politische oder ähnliche Plattform mehr betreten." Sein „Rückzug aus der Diskussion" sei „Folge des Nicht-verstandenwerdens und der Unfähigkeit zur Differenzierung seiner Äußerungen durch seine Kritiker". Als glaubwürdige Distanzierung kann man das nicht verstehen. Angesichts der langjährigen und dichten Verstrickung von Forthcoming Fire in den Rechtsextremismus, wäre eine wirkliche Distanzierung wohl nur in Form der Auflösung der Band zu haben.

Das 'Zillo. Musikmagazin', das sich gerne gegenüber der rechten Kulturstrategie sehr anfällig gezeigt hatte, nach dem Tod des Herausgebers **Rainer „Easy" Ettler** aber den JF-Stammautor **Peter Boßdorf** aus dem Mitarbeiterstab strich, macht sich weiter für 'Weißglut' stark. In der jüngsten Ausgabe (Juli/August 1998) ist Josef Klumb nicht nur per Foto im ausführlichen Bericht über das Leipziger „Wave-Gotik-Treffen" präsent (Zillo 7-8/98, S.89). Der Band, anscheinend mit einem neuen Vertrag beim Nürnberger Label **'Semaphore'** ausgestattet, wird auch eine eigene halbseitige Darstellung gewidmet (Zillo 7-8/98, S.20). Josef Klumb nennt sich nun „Thomas auf dem Berge", sein Bruder „Bernhard Stein". Auffallend an dem Artikel aus der Feder **Frank Rummeleits** ist, daß zwar viel über den „lyrischen Anstrich" der Texte des „Thomas auf dem Berge" die Rede ist, alle den Band-Statements allerdings vom Gitarristen **Gideon Winter** stammen. So sorgt das 'Zillo' einmal mehr dafür, daß ein rechtsextremer Funktionär in die Szene integriert bleibt, statt ihn zu isolieren.

Symanek zog im Januar 1998 ins Ruhrgebiet zurück. Klumb hält in Bingen, wo Anfang April eine Demonstration unter dem Motto „Weg mit dem rechten Sounddreck!" stattfand, für VAWS die Stellung. Schon ein Jahr zuvor hatte Symanek, da Musikzeitschriften wie **'New Life'** die VAWS-Anzeige abgelehnt hatten, für die Riefenstahl-Compilation unter dem Namen **„Heliocentric Distribution"** mit Mühlheimer Adresse geworben (das Zillo fiel gerne auf die Tarnung herein). Nun bezog VAWS in der Moränenstraße ein zweites Appartement; als Verlagsadresse dient ein Duisburger Postfach. Von dort aus schrieb VAWS Ende April in seinem Ruhrgebietsverteiler ein Foto-Kopfgeld auf den Verfasser aus: „Die Spur, welche die Antifa in den letzten Wochen hinterlassen hat war für jedermann gut sichtbar. Mord- und Bombendrohungen, Brandanschläge sowie Überfälle auf Verlagsmitarbeiter. Daher zahlen wir dem, der uns für unser

Privatarchiv ein Foto von dem maßgeblichen Antifaakteur Alfred Schobert liefert eine Aufwandsentschädigung von 250,- DM" (Zeichenfehler im Original; AS). Seitens der Vermieter verlautete, Symanek sei gekündigt worden. Anfang Juli meldete sich Symanek indes noch unter der alten Telefonnummer; das kann auch bedeuten, daß er bei Beibehaltung der Nummer anderswo im Vorwahlbereich Mühlheim/Oberhausen untergekommen ist. Bleibt abzuwarten, ob Symanek demnächst verbreitet, die Antifa habe in Mühlheim eine Atombombe gegen ihn gezündet, und ob er „daher" das Kopfgeld erhöht.

Über den Autoren des Artikels:

Alfred Schobert ist Mitarbeiter beim AK Rechts am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung. Mehrere Texte zum Thema sind auf der Homepage des DISS abrufbar (http//members.aol.com/dissdui)

Wir bedanken uns bei Alfred Schobert für die Zuverfügungstellung dieses Artikels.

Programm oder Prominenz?

Der 'Bund freier Bürger' in NRW

*Vollständig heißt die am 23.1.1994 in Wiesbaden gegründete Wahlpartei heute '**Bund Freier Bürger – Offensive für Deutschland, Die Freiheitlichen**' **(BFB/OFD)**. Initiator und Vorsitzender ist der Münchener Rechtsanwalt **Manfred Brunner** (50), der bis 1992 als Kabinettchef des EG-Kommissars **Martin Bangemann (FDP)** tätig war und seinen Platz wegen seiner Klage gegen die Maastrichter EU-Verträge räumen mußte. Auch war Brunner von 1983-88 Landesvorsitzender der bayrischen FDP, aus der er am 12.10.1993 austrat, um drei Monate später seine eigene Partei zu gründen (zu Brunner vgl. Antifaschistische NRW Zeitung Nr. 6, 10-12/94).*



Fischen in braunen Gewässern: Der BFB

Unter obigem Namen firmiert die Partei seit dem Zusammenschluß mit der erst am 13.12.1997 ins Leben gerufenen Gruppierung '**Offensive für Deutschland**' des ehemaligen hessischen Landtagsabgeordneten (MdL) der FDP, Dr. **Heiner Ernst Kappel** (59), am 25.1.1998 in Berlin. Der ehemalige Pastor und heutige BFB/OFD-Generalsekretär Kappel bezeichnet sich ebenso wie Brunner als „nationalliberal und konservativ". Gemeinsam mit dem dritten Initiator des BFB/OFD, **Heiner Hofsommer**, ex-**CDU**-MdL in Hessen, betonen Brunner und Kappel, ihr zukünftiges Klientel setze sich aus „Freiberuflern, Landwirten, entschiedenen Christen und Heimatvertriebenen" zusammen. In dieser „konservativen Sammlungsbewegung" hätten „Radikale von **Republikanern**, **NPD** oder gar **DVU** keinen Platz", beschwören sie ihre Distanzierung von der extremen Rechten.

Zentrale Publikation des BFB/OFD ist der seit 1995 monatlich erscheinende „Deutschlandbrief – Hintergrundinformation, Argumente und Fakten für freie Bürger", der in München von Manfred Brunner herausgegeben wird. Die Redaktion obliegt dem „Vertriebenenpolitiker" und BFB-Vorstandsmitglied Dr. **Bruno Bandulet**, dessen Bad Kissinger Verlag den 4–8seitigen Brief im A4-Format auch verlegt. Plakatives Hauptthema des „Deutschlandbriefes" ist nationalistisches Anti-'Euro'-Geseiere.

Die Programmatik des BFB/OFD gleicht in wesentlichen Punkten dem Parteiprogramm der '**Freiheitlichen Partei Österreichs' (FPÖ)** von **Jörg Haider**, mit dem Brunner schon lange eine freundschaftliche Beziehung pflegt. Auch sind in dem Programm Punkte von den REPs und der DVU übernommen, lediglich mit einigen „liberalen" Phrasen angereichert. Grundpositionen des Parteiprogramms sind die nationalistische Ablehnung der EU-Verträge von Maastricht, die Verteidigung der DM gegen den 'Euro', eine rassistische „Ausländerpolitik", die lediglich ein Gnadenasylrecht vorsieht und auch dieses am liebsten fallen lassen würde, die Befürwortung einer radikalen, reinen, von Sozialgesetzen befreiten Marktwirtschaft, die Unterstützung der „Vertriebenen" nach einem „Heimatrecht", die Forderung nach einem Mehrheitswahlrecht, die Bewahrung des „freien Bauerntums", die Bekämpfung von „Ausländerkriminalität" und nicht zuletzt


Heiner Kappel

Landesvorsitzender Heinrich Siemer

die Erklärung der „selbstbewußten Nation" mit „deutscher Kultur und christlich-abendländischem Erbe". Um ein Gegengewicht zur „universellen Massenkultur" zu schaffen, setzt der BFB/OFD auf das „neurechte" Konzept des Ethnopluralismus: „Europäisches Kulturgut muß stärker gefördert werden, wobei nationale und regionale Unterschiede erhalten und geschützt werden". Auch die deutsche Sprache soll vor der fortschreitenden Amerikanisierung geschützt werden. Klassisch rechts sind auch die Positionen zur deutschen Geschichte, die sich im Programm des „Bundes freier Bürger" nachlesen lassen. Angeprangert wird eine „rituelle Vergangenheitsbewältigung" eines „neurotischen Deutschlands", bei der das an Deutschen begangene „Unrecht" unter den Teppich gekehrt würde; Eine revisionistische und revanchistische Position, die viele Konservative mit der extremen Rechten vereint, denn schließlich hätten „wir Deutschen (...) Großes geleistet und wollen auch in Zukunft Großes zusammen bewirken". „Gesetzliche Verbote und volkspädagogische Vorgaben" dürften die „wahrheitsgemäße Geschichtsschreibung" nicht behindern. Die angebliche „Diffamierung der Wehrmacht" ist ebenfalls Thema beim BFB/OFD und die Beschäftigung damit führt in der 30-Punkte-Handreichung „Was wir gemeinsam wollen" von Brunner und Kappel zu der Feststellung: „Umfang und moderne Ausstattung unserer Streitkräfte sind wichtig, aber ausschlaggebend ist der innere Geist, der sie beseelt".

Das BFB/OFD-Programm scheint dazu bestimmt, WählerInnenkreise der oberen Mittelschicht anzusprechen, die hauptsächlich an Besitzstandswahrung und „Verteidigung nationaler Errungenschaften" interessiert sind. Also z.B. konservative und nationalistische FDP- und CDU/CSU-WählerInnen. Gleichzeitig versucht der BFB/OFD aber auch, in speziellen Gefilden Stimmen zu bekommen. Auffällig ist das vor allem bei den „Vertriebenen", deren Stimmenpotential er sich nicht entgehen lassen will. Von großem Wert bei diesem Unterfangen ist **Paul Latussek**, Funktionär des **'Bund der Vertriebenen' (BdV)** und mittlerweile Wahlkampfleiter für die neuen Bundesländer für den BFB/OFD. Der BFB/OFD-Bundesvorsitzende Brunner gab in einem Interview mit dem **'Ostpreußenblatt'** folgende Stellungnahme ab: „Wir wollen das Individualrecht auf Asyl abschaffen. (...) Ich würde den Artikel 23 wieder ins Grundgesetz aufnehmen". Mit dem letzten Satz fordert er indirekt ein Deutschland in den Grenzen von 1937, da der Artikel 23 allen Gebieten das Beitrittsrecht zur BRD gewährte, die bis zum 31.12.1937 Teil des Deutschen Reiches waren. Die zunehmend offensichtliche Orientierung des BFB/OFD an das Spektrum der extremen Rechten ist wohl durch die Erkenntnis erklärbar, daß mit einem nur bürgerlich-konservativem Bündnis die Erfolgsaussichten gering sind. Ob mit dem Einbinden extrem rechter Positionen und Personen dem Projekt aber größere Erfolgsaussichten beschieden sind, darf bezweifelt werden, da einige genau dieser Gruppen zumindest nominal den wirtschaftlichen Marktradikalismus der neuen Sammlungspartei ablehnen. Konflikte sind also vorprogrammiert.

Der BFB/OFD versucht sich offenbar in einem Spagat zwischen systemkonformen, neoliberalen Inhalten, und Positionen, die der BRD-Verfassung zumindest tendenziell entgegenstehen und von den meisten Rechtsextremen befürwortet werden. Es ist abzusehen, daß sich in diesem Punkt auf längere Sicht Uneinigkeiten und Kämpfe um personelle Führungskompetenzen ergeben. Als vereinende Sammlungsbewegung scheint die Partei von Brunner und Kappel demnach nicht geeignet zu sein, auch wenn sie nicht müde werden, dies zu behaupten. Schließlich bestehe der Kern des Projektes aus Gruppierungen des **'Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands' (BKKD)**, an dem unter anderem die **'Deutsche Partei' (DP)** des **Freiherrn Johannes von Campenhausen** und die **'Deutsche Soziale Union' (DSU)** beteiligt sind. Brunners Partei war schon an der Bildung des BKKD im Mai 1995 beteiligt und erhoffte sich davon einen Zusammenschluß aller „konservativ-patriotischen"- und nationalliberalen Personen und Gruppen, deren Kräftebündelung bis heute allerdings nicht recht gelungen ist. Inhaltliche Kontroversen und häufiger Wechsel von Spitzenfunktionären behindern die noch jungen Bündnisse nach eigenem Bekunden stark, ebenso wie die meist personell schwachen Basisstrukturen.

Trotz dieser Schwächen hat es der BFB/OFD mittlerweile geschafft, in allen Bundesländern Landesverbände aufzubauen bzw. Geschäftsstellen einzurichten. Diese funktionieren unterschiedlich gut und sind ebenso unterschiedlich besetzt, was sich in der Zahl der BeisitzerInnen und der Prominenz des jeweiligen Vorsitzenden äußert. Letztere sind meistens Professoren, Selbständige oder gut bezahlte Angestellte und haben entweder schon eine „Karriere" bei einer (etablierten) Partei hinter sich oder waren vorher parteilos.

In Nordrhein-Westfalen wurde der Landesverband des BFB anfangs vom Aachener Universitätsprofessor **Dr. Heinz Martin Kottowski-Dümenil** als Vorsitzenden geleitet, die Landesgeschäftsstelle befand sich in Duisburg. Seit 1997 ist der Erkrather **Prof. Dr. Heinrich Siemer**, Professor an der Wuppertaler Gesamthochschule, Vorsitzender, die Geschäftsstelle wurde bis zum Frühsommer von **Gerhard Schwarz** in Swisttal bei Bonn geführt und sitzt nun in Düsseldorf. Einer der ersten in NRW gegründeten Kreisverbände befindet sich in Köln, er wurde Mitte 1995 ins Leben gerufen (vgl. Antifaschistische NRW Zeitung Nr. 9, 10-12/95). Die meisten KVs wurden jedoch erst in diesem Jahr gegründet, u.a. in Bielefeld, Hagen, Mettmann und Paderborn.

In Ostwestfalen wurde Anfang März diesen Jahres in enger Absprache mit der dortigen Lokalpartei **'Bürgergemeinschaft für Bielefeld' (BfB)**, die nicht nur das Kürzel mit der Brunner-Partei teilt, der KV Bielefeld des BFB/OFD gegründet. Die

Lokalpartei mit dem Aushängeschild **Maja Oetker**, der Ehefrau des Seniorchefs des millionenschweren Puddingkonzerns **Dr. Oetker**, kandidierte 1989 erstmals zur Kommunalwahl und stellt mehrere der Gründungsmitglieder des BFB/OFD (vgl. Antifaschistische NRW Zeitung Nr. 16, Winter 97/98). Vorsitzender des neuen KVs ist Joachim Birkholz, sein Stellvertreter wurde Rainer Wohlert. Eine Woche nach Bielefeld gründete sich der KV Paderborn. In Hagen wurde ein Kreisverband am 3. April im örtlichen Ratskeller gegründet. Zu einem ersten Treffen im März hatte der ehemalige Hagener Rechtsaußen-Polizeipräsident **Günther Steckhan** zusammen mit dem Hagener Elektromeister **Olaf Köhler** eingeladen. Steckhan gehörte 1994 zu den durch öffentlichen Druck „verhinderten BFB-Gründungsmitgliedern", die das ausgesuchte 38-köpfige Komitee schon vor der tatsächlichen Gründung wieder verlassen mußten. Damals war er noch im Polizeidienst und widerrief schleunigst seinen erklärten FDP-Austritt, nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben trat er aber sofort dem BFB bei. Zum Vorsitzenden des KV Hagen wurde der wieder in seiner Heimatstadt Köln lebende Steckhan bestimmt, der den Verband von dort aus „leiten und lenken" will. Stellvertretender Vorsitzender ist der bislang parteilose Olaf Köhler. Zur Gründungsversammlung waren zwar rund 50 vorwiegend ältere Hagener aus der lokalen NPD und deren Umfeld anwesend, der KV mußte allerdings mit gerade mal drei in der Stadt ansässigen Mitgliedern starten. Die meisten Anwesenden wünschten sich weniger „Wirtschaftspolemik" und mehr „Recht und Ordnung", was ihnen Professor Siemer als Landesvorsitzender aber nicht zugestehen wollte, woraufhin viele den Saal verließen. Die beiden Beispiele Bielefeld und Hagen zeigen die örtlichen Unterschiede in der Organisation des BFB/OFD. Teilweise können sich die KV-Initiatoren an bestehende Strukturen alter UWGs und FWGs oder an verhältnismäßig renommierte Persönlichkeiten hängen, mitunter bekommen sie aber kaum Zugang zu den Gruppen, die sie ausdrücklich erreichen wollen, sondern streiten sich mit NPD- oder DVUlern. Auf Landesverbandsebene zeichnet sich die NRW-Parteistruktur durch noch wenig Mitglieder und nur gering aktives Fußvolk aus, bietet dafür aber Prominenz auf den Posten und Pöstchen. Durch den Zusammenschluß mit der OFD von Heiner Kappel sind auch in NRW viele nationalliberale und konservative FDP-Mitglieder zum BFB gewechselt, die z.T. Erfahrung in Kommunal- und Landespolitik mitbringen und wieder neue Kontakte zu diversen Stiftungen, Verbänden und Vereinen schaffen. Verbindungen bestehen noch durch Brunner zur sog. **'Düsseldorfer Herrenrunde'**, einem überregional bedeutsamen Kreis von Finanziers und Hintermännern, vorwiegend von „national gesinnten" FDP- und CDU-Anhängern um **Prof. Dr. Carl Zimmerer**, den ehemaligen Leiter der Düsseldorfer **Commerzbank** und Eigentümer der international renommierten **'Interfinanz – Gesellschaft für internationale Finanzberatung mbH'**. Diese 'Herrenrunde' organisierte Vorträge u.a. mit **Klaus Kinkel** und **Günter Rexrodt**, aber auch mit **Franz Schönhuber**, **Jörg Haider**, **Adolf von Thadden**, **Heinrich Lummer** und Manfred Brunner. Der Sohn von Carl Zimmerer, **Xaver Carl Zimmerer**, kandidierte 1994 zur Europawahl für den BFB.

Der BFB/OFD dürfte bei der Bundestagswahl am 27.9.1998 keine Chancen haben, auch nur annähernd an die 5%-Hürde heranzukommen, konkurriert er doch mit eine Reihe von Parteien um die Stimmen seiner Zielgruppen: Mit der **„Pro-DM-Partei"** des Düsseldorfer Millionärs **Bolko Hoffmann** und der gesamten extremen Rechten um die Stimmen der rechten Euro-GegnerInnen, mit der FDP um das neo„liberale" Wahlvolk, mit der CDU/CSU um das konservative Spektrum, mit der CDU/CSU, den REPs, der NPD und der DVU um die „Heimatvertriebenen" und und und.

Trotzdem ist die Partei nicht zu unterschätzen. Sie wird voraussichtlich nicht an den absehbaren Nicht-Erfolgen zerbrechen, sondern weiterhin kontinuierlich für die nächsten Wahlen planen. Auch wenn in NRW die Parteistruktur noch ungenügend ausgebaut ist, festigt sie sich doch zunehmend. Viele Mitglieder im LV und auf KV-Ebene sind schon seit 1994/95 dabei. Konkret ist in NRW ein professionelleres Auftreten der Partei nach außen hin festzustellen. Gleichzeitig muß sie sich mit verstärktem antifaschistischem und manchmal auch lokalem Widerstand der bürgerlichen Parteien bei ihren Veranstaltungen auseinandersetzen. Es bleibt abzuwarten, wie es nach dem Wahlkampf mit dem Landesverband um ihren NRW-Spitzenkandidat für den Bundestag, Prof. Dr.-Ing. Heirnich Siemer weitergeht.


ex-Polizeichef Langhan

Zur Organisation des Landesverbandes:

Kreisverbände bestehen in:
Bielefeld, Bonn, Düsseldorf, Gütersloh, Hagen, Kleve/Wesel, Köln, Lippe (Detmold), Kreis Mettmann (Ratingen), Minden-Lübbecke, Paderborn

Kreisverbände befinden sich im Aufbau
(Frühsommer 1998) in Bergneustadt, Dortmund, Düren, Duisburg, Essen, Herdecke, Ibbenbüren, Kreuztal, Lüdenscheid, Recklinghausen, Schwerte, Solingen, Steinfurt, Tecklenburg, Unna
(Eigenangaben des BFB/OFD)

Der LV NRW ist über ein Düsseldorfer Postfach des Vorstandes und über die Geschäftsstelle in Düsseldorf zu erreichen. Die Bundesgeschäftsstelle befindet sich in München (Vorsitzender: Brunner), das Büro des Generalsekretärs Heiner Kappel im hessischen Bad Soden am Taunus.

Quellen:

- *verschiedene Materialien vom BFB/OFD*
- *RechtsSchutzInstitut (Hg.): Lokalpolitik und die extreme Rechte in Düsseldorf, 1997*
- *Roter Winkel, Ausgabe Mai 98*
- *Der Rechte Rand Nr. 29, 30, 49, 50, 51*
- *Blick nach Rechts 14.1.98 und 8.4.98*
- *AntifaINFOBlatt Nr. 26*
- *Mecklenburg: Handbuch des deutschen Rechtsextremismus, 1996*
- *Wagner: Handbuch Rechtsextremismus, 1994*
- *lokale Presseartikel*

Wuppertal: Nazi-Musiker vor Gericht


Steve Bramekamp

Vom 22. bis zum 28. April 98 wurde vor dem Wuppertaler Landgericht gegen sechs zum Teil bundesweit prominente Neonazis ein Prozeß geführt, bei dem relativ hohe Strafen verhängt wurden. Der folgende Bericht liefert Einzelheiten und Hintergründe.

Neben den Wuppertalern **Steve Bramekamp**, **Ralf Schlupkothen**, **Dieter Schirmer** und **Rainer Triebsch** mußten sich der Wülfrather **Jörg Kirchner** und der Elmshorner **Jens Uwe Arpe** wegen Volksverhetzung und dem Verwenden verfassungsfeindlicher Kennzeichen verantworten. Konkret vorgeworfen wurde ihnen, auf einem Bonehead-Konzert in der Solinger Kneipe „Graf Zeppelin" Lieder mit ausländerfeindlichen und antisemitischen Texten gespielt, den „Hitler-Gruß" gezeigt und faschistische Parolen skandiert zu haben. Das Konzert hatte bereits am 21. September 96 stattgefunden. Nachbarn waren wegen der lautstark gröhlenden Neonazis beunruhigt gewesen und hatten die Polizei alarmiert, die die Veranstaltung auflöste und 51 Personen in Gewahrsam nahm. Drahtzieher des als Abschiedsparty gedachten Konzertes der überregional bekannten Gruppe 'Entwarnung' war Steve Bramekamp, der zu dem Event bundesweit persönlich bekannte „Kameraden" eingeladen hatte. Bramekamp ist Kennern der Szene kein Unbekannter: Bereits 1993 war der damals 17-jährige mit seiner ersten Band 'Ultradoitsch' (sic!) wegen Aufstachelung zum Rassenhass zu gemeinnützigen Arbeitsstunden verurteilt worden. Nach der Verurteilung wechselte die Besetzung der Gruppe zum Teil, der Name wurde in 'Entwarnung' geändert. 'Entwarnung' veröffentlichte fortan mehrere Tonträger, Bramekamp arbeitete auch an zahlreichen musikalischen Solo-Projekten (z.B. der Band „Bulldog") sowie an einigen Samplern mit. Das politisch einschlägige Material erschien u.a. beim Label des ehemaligen JN-Kaders **Dieter Koch**, der in Sprockhövel einen rechtsextremen Musik-Versand betreibt und auch selbst rechte Bands unter Vertrag nimmt. Koch ist mittlerweile ebenfalls wegen Aufstachelung zum Rassenhass verurteilt worden. Er gibt übrigens offiziell den Jahresumsatz seines im bundesweiten Vergleich eher unbedeutenden „Unternehmens" mit immerhin 700.000 DM an.

Doch zurück zum Solinger Konzert: Daß die Veranstaltung letztlich vor Gericht verhandelt wurde, ist insbesondere einem der Besucher zu verdanken, der es sich trotz mehrfacher Warnungen der Musiker nicht nehmen ließ, alles als „Home-Video" aufzunehmen. Selbiges sollte dementsprechend das wichtigste Beweisstück der Anklage werden.

Zu den anderen Angeklagten: Bei Jens Uwe Arpe, der als singender Überraschungs-Gast-Star auftrat, handelt es sich um den Leadsänger der in Naziskin-Kreisen äußerst beliebten norddeutschen „White-Power" - Rockgruppe 'Kraftschlag'. Auch Arpe ist einschlägig vorbestraft: Wegen der rassistischen Inhalte des Debüt-Albums der Gruppe wurde er 1993 zu einer siebenmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt. 1996 erhielt Bramekamp von ihm das Angebot, bei der Skandinavien-Tour von 'Kraftschlag' als Ersatz-Gitarrist einzusteigen, was später zu einer festen Band-Mitgliedschaft führte. Aus Bramekamps Sicht ein recht wichtiger Schritt in seiner Karriere, der wohl auch dazu führte, sein Engagement bei „Entwarnung" aufzugeben und in Solingen „Abschied" zu feiern.

Ralf Schlupkothen ist ebenfalls kein unbeschriebenes Blatt, er blickt auf Vorstrafen wegen Körperverletzung und dem Verwenden verfassungsfeindlicher Kennzeichen zurück. Er trat ebenso wie Jörg Kirchner (der übrigens als einziger der sechs noch nicht einschlägig bekannt war und Bramekamp nur flüchtig gekannt haben will) bei dem Solinger Konzert als Musiker auf.

Die beiden übrigen Angeklagten, Dieter Schirmer und Rainer Triebsch, traten als Bühnen-Ordner in Erscheinung. Triebsch, der beim Konzert eine Hakenkreuzarmbinde trug, ist ein alter Bekannter aus der Wuppertaler Nazi-Szene und blickt nach diversen Delikten, u.a. dem Überfall einer Gruppe von Neonazis auf ein Jugendzentrum in Sprockhövel, auf eine lange Liste von Vorstrafen zurück. Schirmer, ein Mitarbeiter des 'Dieter Koch Versands', nutzte das Konzert, um neben seinem Engagement als Ordner an einem Stand Kochs CDs zu verkaufen. Die Rolle Kochs wird übrigens in einem abgetrennten Verfahren zur Sprache kommen.

Beim Verfahren zogen alle Angeklagten die mittlerweile sattsam bekannten Register, um per intensiver Betätigung der Tränendrüse ein mildes Urteil zu erreichen: Schwere Kindheit (Triebsch), sprachliche Behinderung (Schirmer), bereits angetretende oder in Kürze anzutretende Familienväterschaft (Bramekamp, Arpe), Rückzug ins Private (Arpe), angebliche Reue (Bramekamp) usw. zeigten zunächst auch Wirkung auf Richter und Staatsanwaltschaft. Dies sollte sich erst ändern, nachdem eine „Antifaschistische Initiative" dem Gericht „öffentliche Beweisanträge" mit Hintergrundinformationen zugefaxt hatte. Bis dahin „glänzte" die Staatsanwaltschaft mit schlechter Vorbereitung. Der WDR hatte in der Nachrichten-Sendung „Aktuelle Stunde" in einem Bericht zum Prozeßauftakt Ausschnitte aus dem dänischen Nazi-


Dieter Schirmer


Dieter Koch

Video-Magazin „Kriegsberichterstatter" gezeigt. Darin wurde neben einem Interview mit Bramekamp, der dabei mit „Hitler-Gruß" vor einer Hakenkreuz-Fahne posierte, auch die Tatsache angesprochen, daß Arpe Mitarbeiter des „Kriegsberichterstatter" sei. In dem dänischen Video-Magazin werden u.a. Morde an Schwarzen und Juden gezeigt und verherrlicht. Das alles will die Staatsanwaltschaft nicht gesehen und auch nicht gewußt haben. Immerhin sah man sich aber angesichts der antifaschistischen Öffentlichkeitsarbeit gezwungen, den Angeklagten einige unangenehme Fragen zu stellen. So mußte Arpe beispielsweise zugeben, daß sein vermeintlicher Rückzug ins Private künftig darin bestehen soll, einem Job beim Verlag 'Mehr Wissen' des Düsseldorfer Rechtsextremisten **Kurt Winter** nachzugehen. Winter, von 1991 bis 1993 Vorsitzender der Düsseldorfer '**Republikaner**'-Abspaltung '**Freie Wählergemeinschaft**', vertreibt über diesen Verlag und die angegliederten Versände einschlägige Nazi-Literatur.

Vor diesem Hintergrund fielen dann schließlich die Urteile vergleichsweise hart aus. Arpe wurde zu zwei Jahren Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt, zu der eventuell noch die sieben Monate aus der früheren Verurteilung hinzukommen, da es Unklarheiten bezüglich der Bewährungsfrist dieser Strafe gab. Bramekamp erhielt eine Freiheitsstrafe von 18 Monaten auf fünf Jahre Bewährung und muß 5.000 DM an eine antirassistische Organisation zahlen. Auch Schlupkothen erhielt eine fünfjährige Bewährungsstrafe sowie eine Geldstrafe, Triebsch und Schirmer eine dreijährige Bewährungsstrafe und Arbeitsstunden bzw. Geldstrafe. Allein Kirchner kam mit einer Geldstrafe von immerhin 4.800 DM davon.

Zur Urteilsverkündung reiste publicitywirksam der Düsseldorfer Rechtsextremist **Torsten Lemmer** samt Anhang an. Lemmer betreibt u.a. ein eigenes Label, auf dem die letzten Tonträger der Gruppe „Kraftschlag" erschienen. Auch ist er Herausgeber der bundesweit größten Rechtsrockpostille 'Rock Nord', in deren Mai-Ausgabe (Nr. 35) das Wuppertaler Urteil ausführlich dokumentiert und bejammert wird. Lemmer unterstützte die Angeklagten während des Prozeßes moralisch und ließ es sich nicht nehmen, einige von ihnen nach Beendigung des Prozeßes persönlich abzuholen. So hatte die rechte Szene die angeblich geläuterten „Aussteiger" Arpe, Schlupkothen, Schirmer und Triebsch bereits unmittelbar nach der Urteilsverkündung zumindest symbolisch wieder.

Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" in Aachen - Ein Bericht

*Vom 19.4. bis 20.5.1998 wurde in Aachen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" gezeigt. Da im Gegensatz zu anderen deutschen Städten die örtliche **CDU** die Ausstellung unterstützte, erwarteten Veranstalter und Polizei keine der sonst üblichen Gegendemonstrationen seitens der Rechten (vgl. Aachener Zeitung 27.1.98).*

Diese Einschätzung wurde von antifaschistischen und anderen linken Gruppierungen vor Ort nicht geteilt. In einem Flugblatt, das von AntifaschistInnen anläßlich der Ausstellungseröffnung verteilt wurde, wird dieses wie folgt erklärt:
„An beiden Eröffnungstagen und in der Nacht auf den Montag rechnen wir verstärkt mit Gegenaktionen aus dem national-konservativen sowie dem faschistischen Lager. Dies nicht nur wegen der Nähe der beiden Tage zum sog. 'Führergeburtstag', sondern auch aufgrund der zahlreichen Schnittpunkte und guten Verbindungen zwischen national-konservativen Kreisen und dem faschistischen Spektrum in Aachen. So ist der bereits in anderen Städten vollzogene 'Schulterschluß' gegen die Wehrmachtsausstellung auch in Aachen zu erwarten.
Der Vorsitzende des Altherrenverbandes der Aachener Burschenschaften kündigte bereits öffentlich an, daß er sich an den Beschluß des letzten Burschenschaftstages in Eisenach halten werde. Dieser Beschluß sieht ein offensives Vorgehen gegen die Wehrmachtsaustellung vor. Diese Äußerung ist in soweit von Bedeutung, da die in Aachen ansässigen Burschenschaften in letzter Zeit durch ihre regen Aktivitäten einiges an Aufsehen erregt haben (vgl. ANTIFA-Zeitung NRW Nr. 16, Winter 97/98). Zudem hat die **'Burschenschaft Libertas Brünn zu Aachen'** zur Zeit den Vorsitz im nationalistischen Dachverband der **'Deutschen Burschenschaften' (DB)** inne.
Da es (...) immer wieder zu 'Hitler-Geburtstagsfeiern' auf dem Anwesen der Familie **Narath** (**'Wiking Jugend'**) in Stolberg bei Aachen kam, ist ebenfalls von dieser Seite mit Aktionen zu rechnen.
Zudem dürfte sich **Sascha Wagner, NPD/JN**- Funktionär aus Herzogenrath, welcher u.a. den Aufmarsch in München gegen die Wehrmachtsausstellung mitorganisiert hat und zudem an einem Überfall auf eine mit Antifaschisten besetzte S-Bahn am Rande der Ausstellung in Dresden beteiligt war, die Gelegenheit vor der eigenen Haustür kaum entgehen lassen.
Die Grenznähe zu Belgien und den Niederlanden sowie die guten Kontakte zwischen NPD/JN und der **CP'86** (NL) sowie dem **'Vlaams Blok'** (B) läßt zudem die Einschätzung zu, daß die in der Vergangenheit gemeinsam, überwiegend in den Niederlanden durchgeführten Aktionen, diesmal in Aachen stattfinden könnten."[1]


Hitlers willige Wehrmacht

Für den Tag der offiziellen Eröffnung und für das folgende Wochenende wurde deshalb mit Hilfe von AntifaschistInnen aus der Region eine Art Bereitschaftsdienst eingerichtet. Damit sollte insbesondere erreicht werden, bei eventuellen (Stör-) Aktionen seitens der Neonazis sofort vor Ort sein und in Aktion treten zu können und eine Darstellung von Neonazis in der Öffentlichkeit zu verhindern.
Im Vorfeld wurde bekannt, daß die 'Burschenschaft Libertas Brünn' am Abend des 20.4. in einem Lokal eine Podiumsdiskussion zum Thema „Wehrmachtsausstellung" mit den Referenten **General a.D. F. Uhle-Wettler**, **F. Seidler** (Autor des Machwerkes „Verbrechen an der Wehrmacht") und einem der Ausstellungsersteller veranstalten wollte. Letzterer zog seine Teilnahme zurück, als er erfuhr, wer die anderen Referenten sein sollten. Zudem ergab sich für die Veranstalter das Problem, einen Veranstaltungsort zu finden, da mehrere in Frage kommenden Lokale abgesagt hatten.
Als am Samstag doch noch kurzfristig ein Veranstaltungsort gefunden wurde, ergab sich folgende Situation:
Fast zeitgleich trafen AntifaschistInnen und BesucherInnen der Veranstaltung, vorwiegend Burschenschafter, am Veranstaltungsort ein. Während es etwa 20 Burschenschaftern gelang, in das Lokal zu kommen, blieb der Rest vor dem Lokal ausgesperrt, da die Antifas den Zugang mittlerweile blockiert hatten. Ausgesperrt blieben auch die beiden Referenten, die es vorzogen, in einem nahegelegenen Hotel mit ihren Begleitern den weiteren Verlauf der Entwicklung abzuwarten.
Nach einigen Rangeleien mit der nur in Sparbesetzung anwesenden Polizei, in deren Verlauf eine Scheibe zu Bruch ging, setzte sich bei den Burschenschaftern die Erkenntnis durch, daß an diesem Ort keine Veranstaltung durchzuführen sei. Von der Polizei durch eine Hinterausgang herausgelassen, verließen sie das Lokal und steuerten eines ihrer Häuser an, um dort noch einen „Abtrunk" stattfinden zu lassen.
Nach Kenntnisstand örtlicher AntifaschistInnen hatten die Referenten schon vorzeitig resigniert und unverrichteter Dinge die Heimreise angetreten.
Bei der leider etwas planlosen Verfolgungsjagd durch AntifaschistInnen in

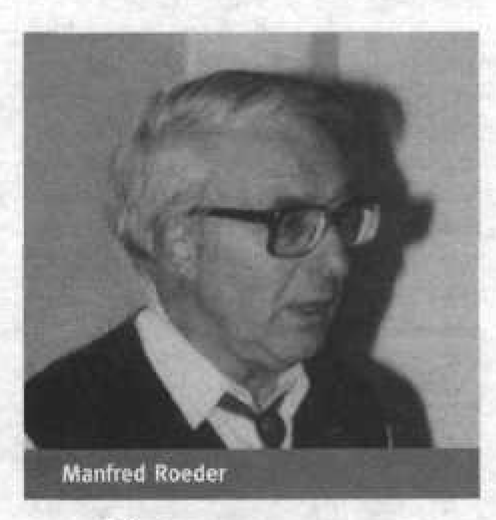
Richtung Burschenschafterhaus gelang es der mittlerweile stärker werdenden Polizei, einzelne Autos anzuhalten und die Insassen zu kontrollieren. Vor dem Haus angekommen, trafen die AntifaschistInnen auf herannahende Polizei, die Platzverweise erteilte und versuchte, die Leute zurückzudrängen. Bei diesen Auseinandersetzungen wurde ein Jugendlicher für vier Stunden festgesetzt. In der folgenden Nacht wurden die fünf einschlägigen Burschenschafterhäuser von der Polizei durchgehend bewacht.
Am Sonntag war von der Burschenschaft 'Libertas Brünn' eine Gegendemonstration vor dem Ausstellungsgebäude angekündigt worden. Im Gegensatz zum Samstag war die Polizei diesmal besser vorbereitet und besetzte alle wichtigen Straßenkreuzungen sowie den Eingang des Ausstellungsgebäudes. Ca. 30 Burschenschafter (recht wenige, wenn man bedenkt, wieviele Burschenschaften in Aachen existieren) trafen dann zunächst auf die Polizei und dann auf 80 AntifaschistInnen. Letztere übertönten mit einem Pfeifkonzert sämtliche Redebeiträge der Burschenschafter, so daß diese nach ca. einer Stunde entnervt das Feld räumten.
Im weiteren Verlauf der Ausstellung waren keine weiteren Aktivitäten seitens der Burschenschaften zu verzeichnen. Dafür erlebte am 22.4. sowohl die 'Burschenschaft Libertas Brünn', als auch das Aachener 'Haus des Deutschen Ostens' noch eine Überraschung zum Frühstück. Laut Aachener Nachrichten fand sich ein von Burschenschaften, der **'Landsmannschaft Ostpreußen'** und anderen „Vertriebenenverbänden" finanziertes Schild, welches am Grenzübergang Vaals (NL/D) bei Aachen an die ehemalige Reichsstraße Nr.1 nach Königsberg erinnern sollte, in zersägter Form wieder ein. Nachdem das Schild zuvor immer wieder zum Ziel von Farbeiern, Plakaten und ähnlichem geworden war, verschwand es eines Nachts und ward nicht mehr gesehen. Bis zu jenem Montag eben, an dem es in Teilen vor den Häusern zweier seiner Finanziers wieder auftauchte, versehen mit einem Bekennerschreiben, in dem eine „Zelle Phönix" mitteilt, daß das Schild Opfer eines Anschlags geworden sei und hiermit zurück an den Absender gehe.

[1] aus einem Antifa-Flugblatt zur Ausstellung in Aachen

Er lächelt in jede Kamera – Er redet in jedes Mikrophon:

Der zweite Frühling des Naziterroristen Manfred Roeder

*Geboren wurde **Roeder** am 6.2.1929 in Berlin. In den letzten Kriegstagen des 2. Weltkriegs nahm er als 16-jähriger an den Kämpfen um Berlin teil.*



Manfred Roeder

1967 wurde er nach erfolgreichem Jurastudium als Rechtsanwalt zugelassen. Diesen Beruf darf er allerdings nicht mehr ausüben, da ihm von der Bundesanwaltskammer die Zulassung entzogen wurde.
1970 zog Roeder nach Bensheim und startete seine offizielle politische Karriere bei der örtlichen CDU. 1971 gründete er den gemeinnützigen Verein **'Deutsche Bürgerinitiative'**. Ab 1972 tauchte Roeder auch als Verfasser rechtsradikaler Schriften auf, so z.B. sein Erstlingswerk „Unser Kampf gegen eine widernatürliche Justiz", die von dem 1997 verstorbenen Revisionisten **Thies Christophersen** herausgegeben wurde. Im selben Jahr folgten auch erste Aktionen mit Christophersen. Die beiden demonstrierten ihren Unwillen gegen die „Dokumenta" in Kassel mit einer Fuhre Mist (dort liegen ja bekanntlich die Wurzeln eines guten Deutschen) und einer Rauchbombe.
1973 schrieb Roeder das Vorwort zu der Hetzschrift von Thies Christophersen „Die Auschwitzlüge". Außerdem betätigte er sich als Autor für Christophersens Hauspostille „Die Bauernschaft".
1974 wurde Roeder Bundesbruder der **'Europaburschenschaft Arminia in Zürich'** und erhielt das „Arminia-Ehrenband". Im selben Jahr organisierte er eine Demonstration zum 80. Geburtstag von **Rudolf Heß**. In den nächsten Jahren führte er mehrere Demonstrationen durch, meist für die Freilassung von Rudolf Heß oder Öko-Demos für den Erhalt deutscher Landschaften.
1975 gründete er die **'Freiheitsbewegung Deutsches Reich' (FDR)** und ließ sich durch den „Reichstag" der FDR in Flensburg in Nachfolge des Großadmirals Dönitz, den Roeder immer noch als legitimen Reichspräsident und Führer der Wehrmacht ansieht, zum „Reichsverweser" ernennen.
1976 nahm Roeder an einem Treffen der illegalen **NSDAP** auf Helgoland teil.
In dieser „bewegten" Zeit erhielt er die ersten Verurteilungen wegen Beleidigung, Volksverhetzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Er floh aus Deutschland über die Schweiz und Österreich nach Brasilien. Dort feierte er am 20.4.1978 mit dem KZ-Wächter Wagner „Führers Geburtstag". Weitere Stationen seiner Flucht waren Großbritannien, Kanada, die USA und Südafrika. Überall dort knüpfte Roeder enge Kontakte zu Nazigruppen und alten Seilschaften. Schon damals gehörte er wegen seiner internationalen Beziehungen zu den führenden Nazis in Deutschland.
Obwohl Roeder per internationalem Haftbefehl gesucht wurde, gelang ihm noch 1978 die Einreise in die BRD. 1979 folgte seine Festnahme und kurzzeitige Inhaftierung in der Schweiz, jedoch keine Auslieferung an die BRD-Justiz.
Als Nachfolgeorganisation der 'Freiheitsbewegung Deutsches Reich' gründete er die **'Europäische Freiheitsbewegung'**.
Roeder knüpfte in den folgenden Jahren aber nicht nur wichtige Kontakte in der internationalen Naziszene, sondern scharte auch militante Neonazis in der **'Deutschen Aktionsgruppe'** um sich. 1980 verübte diese Nazigruppe mehrere Sprengstoffanschläge, bei denen am 22.8.1980 in Hamburg zwei Vietnamesen ermordet wurden. Am 1.9.1980 erfolgte Roeders Festnahme in Hannoversch Münden, 1982

seine Verurteilung zu 13 Jahren Haft wegen der Bildung einer „terroristischen Vereinigung" und der Anstiftung zu sieben Brand- und Sprengstoffanschlägen. 1983 gründete seine Frau Gertrud das **'Hilfswerk Manfred Roeder'**. Er selbst verfaßte auch im Knast weitere Nazi-pamphlete, die über das Hilfswerk verbreitet wurden. Nach knapp zehn Jahren wurde Roeder 1990 aus der Haft entlassen und nahm direkt am Revisionistentreffen „Wahrheit macht frei" in München teil.

In den nächsten Jahren steckte Roeder seine Hauptenergie in das **'Deutsch-Russische Gemeinschaftswerk - Förderverein Nord-Ostpreußen'**. Ziel dieser Organisation ist die Ansiedlung von „Rußlanddeutschen" in der Nähe von Kaliningrad – für Roeder natürlich „Königsberg". Er wirbt bei betuchten Rechtskonservativen um finanzielle Unterstützung. Auch die Bundeswehr unterstützte sein Anliegen logistisch, u.a. durch die Überlassung von Militärlastwagen. Die Menschen, die auf Roeder hofften, aber wurden jäh enttäuscht. Außer seinen vielen Versprechungen und einigen nicht bezugsfähigen Häusern haben die sogenannten Rußlanddeutschen noch nichts von der versprochenen Unterstützung gesehen. Es bleibt anzunehmen, daß Roeder einen Großteil der Spendengelder in die eigenen Taschen steckte.

Das Ziel der Ansiedlung von deutschstämmigen RussInnen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten liegt auf der Hand. Neben der lukrativen Abzocke wollen Roeder und Co. ohne kriegerische Mittel vollendete Tatsachen schaffen. Wo viele „Deutsche" leben, ist die Forderung nach Autonomie dieser Gebiete, die dann später „heim ins Reich" geholt werden können, natürlich viel einfacher. Roeder konstruiert für sich einen „Freistaat Preußen", der später aus dem russischen Staatenverband heraus gelöst werden soll.

Roeder ist auch aktiv in neuheidnischen Gruppen wie z.B. dem **'Bund der Goden'** und in pseudoökologischen Organisationen wie dem **'Collegium Humanum'**.

Ende 1997, Anfang 1998 erhielt Roeder in den Medien unerwartet neue Popularität. Es kam heraus, daß er im Januar 1995 an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg im Rahmen einer sogenannten „Offiziersweiterbildung" einen Vortrag zum Thema „Übersiedlung von Rußlanddeutschen in den Raum Königsberg" gehalten hatte und anschließend noch weiter in der Akademie beherbergt wurde. Des weiteren wurde bekannt, daß die Bundeswehr, obwohl angeblich das Innenministerium die Bundeswehrführung eindringlich vor den Machenschaften des Naziterroristen und seinem 'Deutsch-Russischen Gemeinschaftswerk' gewarnt hatte, wie schon erwähnt mit ausgedienten BW-LKW's versorgte. Mehrere Nachrichtenmagazine berichteten über die sogenannte Hilfe in „Ostpreußen" bzw. über nicht bezugsfertige Wohnungen und geprellte „Rußlanddeutsche", die, durch Roeders Versprechungen angelockt, nun schon seit mehreren Jahren in Bauwagen leben müssen. Die rechte „Hilfe" bleibt weiter aus.

Verteidigungsminister Volker Rühe kam zusehens in die Kritik, was bis zu Rücktrittforderungen reichte. Beinahe hätte Manfred Roeder also einmal etwas Vernünftiges zustande gebracht, aber eben nur beinahe, da nach der „unvoreingenommenen Untersuchung" eines Untersuchungsausschußes inzwischen klargestellt wurde, daß neben vielen anderen Einzelfällen auch hier eine Anballung widriger Umstände und Mißverständnisse vorgelegen habe.

Angesichts von so viel Medienrummel um seine Person blüht Roeder, zur Zeit Bundestagskandidat der NPD, zusehends auf. Er ließ im letzten dreiviertel Jahr kaum eine wichtige Naziveranstaltung aus und wurde fast überall als mehr oder weniger gern gehörter „Vater der Bewegung" eingeladen. Im folgenden eine Auflistung einiger Veranstaltungen von Herbst letzten Jahres bis Frühjahr diesen Jahres, bei denen Roeder in Erscheinung getreten ist. Die Auflistung ist schon alleine deshalb nicht vollständig, weil ansonsten der Rahmen gesprengt würde:

14. September 1997
Kundgebung gegen die Wanderausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" in Marburg, die Roeder jedoch nicht bis zum Ende miterleben durfte, da er sich in einem Krankenhaus behandeln lassen mußte.

9. November 1997
Demo mit 100 Nazis, erneut in Marburg.

10./11. Januar 1998
Rede vor 300 Nazis beim 27. Bundesparteitag der NPD in Reuterstadt-Stavenhagen.

7. Februar 1998
Rede beim sogenannten „Tag des Nationalen Widerstands" der NPD in Passau.

7. März 1998
Rede beim Jahrestreffen der **HNG**.

4. April 1998
Vortrag auf einer Veranstaltung des **'Deutschen Kulturwerks'** in Bonn.

Hinzu kommen noch mehrere geplante Auftritte, die verboten oder von AntifaschistInnen unterbunden wurden.

Auch wenn Roeder heutzutage hin und wieder den Eindruck eines senilen Altnazis erweckt (so brachte er kürzlich tatsächlich ein Flugblatt in Umlauf, in dem er sich als „Kanzleralternative" anpreist), sollte mensch sich nicht täuschen lassen. Roeder war und ist einer der bedeutendsten Nazis in Deutschland. Er hat immer noch beste internationale Kontakte zu Nazigruppen in einer Vielzahl von Ländern. Er ist sowohl bei burschenschaftlichen Treffen, als auch auf „Vertriebenen"treffen und auf Veranstaltungen militanter Neonazis und der NPD gern gesehen. Nicht zuletzt ist er für den Tod von zwei Menschen verantwortlich. Dies sollte nicht vergessen werden!

„Vater des Deutschtums" verstorben

*Wenn die '**Burschenschaft Germania Hannover**', der Ministerpräsident des Landes NRW, die '**Deutschland Stiftung e.V.**', die '**Deutsche Bank AG**', diverse Botschaften und viele mehr ihr Beileid aussprechen, da will auch die Antifa-NRW-Zeitung nicht abseits stehen, sondern dem vielgeehrten Verstorbenen einen besonderen Nachruf widmen.*

Im Alter von 82 Jahren starb in Herne am 16.6.1998 **Robert Heitkamp**. Das Vermögen der Familie Heitkamp, Eigentümerin des größten deutschen Bauunternehmens in Privatbesitz, wird auf 850 Millionen DM geschätzt, was bei einer Mitarbeiterzahl von 8.500 (Stand 1990) genau 100.000 DM ausmachen, die der Firmen-Patriarch aus einem durchschnittlichen Heitkamp-Mitarbeiter herausgepreßt hat. Nicht wegen solcher im Kapitalismus normalen Verhältnisse bedenkt die Antifa-NRW-Zeitung den Verblichenen mit einem Nachruf, sondern weil selbiger mit seinem Vermögen neben dem Bundesinnenministerium der wichtigste Förderer des „Deutschtums im Ausland" war.

Der ebenfalls den Weg allen Fleisches gegangene Ex-Bundesminister **Hans („SS-Jonny") Klein** umschrieb die Rolle Heitkamps mit folgenden Worten: „Ohne Heitkamp gäbe es den **VDA** (Verein für das Deutschtum im Ausland, Anm. der Red.) vielleicht schon nicht mehr". Unendlich gelitten habe „die friedliche Bürgerinitiative VDA" unter den Problemen der Nachkriegszeit, führte Klein aus. Ja, man stand auf Platz 5 einer Liste der Alliierten, die jene Organisationen umfaßte, die bei der Kapitulation NS-Deutschlands sofort und für immer zu verbieten seien. Der VDA rangierte also in der Gunst der Alliierten knapp hinter den anderen „Bürgerinitiativen" NSDAP, SS und SA. Nicht umhin konnte Klein, ob dieser mißlichen Ausgangsposition Heitkamp für seine wirtschaftlichen Hilfen zu danken, die dem VDA neue Impulse gegeben hätten.

Nicht nur mit dem VDA, sondern auch mit den anderen, oben genannten NS-Organisationen war Heitkamp in unterschiedlicher Weise verbunden. Bei der NSDAP wurde er als Mitglied Nummer 6203584 geführt. „Verdiente" SS'ler bedachte wiederum Heitkamp nach 1945 mit Nummern, nämlich mit Personalnummern seiner Firma, wo Hitlers ehemaligen Schergen höhere Positionen bekleideten. Diese guten Beziehungen dürften dazu beigetragen haben, daß Heitkamp bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nie zu kurz kam. Und sollten die guten Beziehungen einmal nicht ausgereicht haben, so verfügte Heitkamp immer noch über ein umfangreiches Privatarchiv, in dem Informationen über einige tausend Geschäftsleute und andere Stützen der Gesellschaft nur darauf warteten, dem einen oder anderen Entscheidungsträger bei seiner Entscheidungsfindung behilflich zu sein.

Die Firma Heitkamp und der VDA gingen in ihrer Geschichte eine sicherlich für beide Seiten einträgliche Symbiose ein. Spendete der eine, berücksichtige der andere ihn großzügig bei Auftragsvergaben im Ausland. Wie eng diese Symbiose war, läßt sich ermessen, wenn man bedenkt, daß sich der Geschäftssitz des VDA zeitweise in der Münchener Heitkamp-Niederlassung befand. Der Einfachheit halber wurde gleich auch der Heitkamp-Prokurist **H.J. Berendes** Vorsitzender des VDA. Heitkamp selber begnügte sich mit einem Sitz im Verwaltungsrat des VDA, den er bis zu seinem biologischen Ende inne hatte. Hier saß er zuletzt mit Personen wie dem „Anti-Antifa"-Professor **Hans-Helmuth Knütter**, dem rechtsextremen BGS-Pfarrer **Rolf Sauerzapf** und mit **Heinrich Kroll**, Chef der sogenannten „Deutschen Minderheit" in Polen.

Fast wie ein vorweggenommener Nachruf klingt im nachhinein das Grußwort **Hartmut Koschyks** (MdB/CDU), der im '**Globus**' (Verbandszeitschrift des VDA) Ende 97 meinte: „Der unermüdliche Einsatz des 'Vaters des VDA', Robert Heitkamp, sowie dem VDA in der vergangenen Zeit zugegangene Erbschaften mögen Anstoß auch für andere sein, ihren Beitrag für einen starken VDA zu leisten."


Deutschtumsaktivist Robert Heitkamp

Bleibt zu hoffen, daß Robert Heitkamp sich die Sache mit der Erbschaft für den VDA nicht zu Herzen genommen und über seinen Tod hinaus, etwa mit einer Stiftung, ähnlich der '**Niermann**'- oder '**Toepfer-Stiftung**' das „deutsche Volkstum im Ausland" die nötigen Bluttransfusionen - sprich Geldtransfers gesichert hat.

Das ‚Deutsche Kulturwerk' in NRW – Pflegerin des Erbes der Altnazis

Seit Herbst 1997 tritt in NRW eine Gruppierung in Erscheinung, die insbesondere mit der Durchführung von Veranstaltungen mit hochkarätigen Referenten aus der extremen Rechten auf sich aufmerksam macht. Grund genug, sich aus antifaschistischer Sicht für diese Organisation zu interessieren.

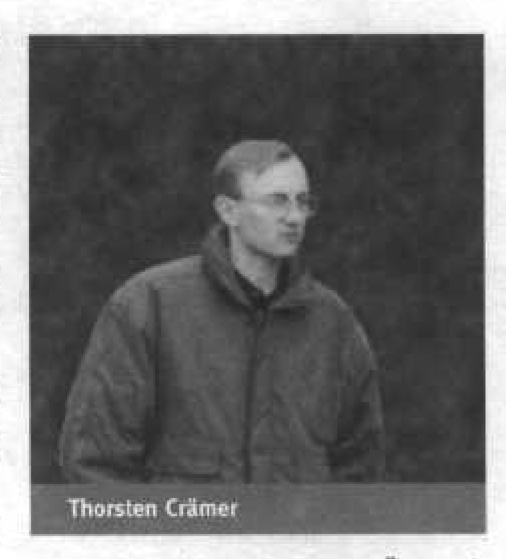
„Vermittlung von politischen, historischen und kulturellen Wissen"

„Deutschland in einem Europa der Vaterländer", so lautete das Thema, zu dem der Brigadegeneral a. D., **Reinhard Uhle-Wettler**, am 27. November 1997 auf einer Veranstaltung des **'Deutschen Kulturwerkes'** in Hagen referierte. In dem Einladungsschreiben stellt sich die als Veranstalter auftretende Gruppierung wie folgt vor: „Das Deutsche Kulturwerk führt die Vortrags- und Kulturarbeit der Pflegestätte Hagen des ehemaligen **'Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes'**[1] (DKeG) fort, das unlängst aufgelöst wurde. (...) Da in NRW (...) ein größerer Sympathisantenkreis des ehemaligen Kulturwerkes liegt, haben wir uns als jüngere Generation der Aufgabe gestellt, im Bereich der deutschen Kulturarbeit unseren Beitrag zu leisten." Ziel sei, so ist dem Einladungsschreiben einer Folgeveranstaltung zu entnehmen, „allein die Vermittlung von politischen, historischen und kulturellen Wissen". Man verstehe sich als „parteiunabhängiger Zusammenschluß von volkstreuen und kulturell interessierten Deutschen".

Am 27. März fand eine weitere Veranstaltung des 'Deutschen Kulturwerks' im Raum Hagen statt. Dort klärte der als Referent eingeladene **Jürgen Schwab**, angekündigt als „Chefredakteur" der österreichischen FPÖ-nahen Zeitschrift **'Aula'**, die Anwesenden über das Thema seiner an der Universität Bamberg verfaßten Diplomarbeit und des daraus entstandenen Buches, „Die Meinungsdiktatur", auf. Der 30-jährige Burschenschafter und ehemalige ‚**Republikaner**'-Funktionär **Schwab**, der bisher allerdings nur als Redakteur und nicht als Chefredakteur der ‚Aula' bekanntgeworden ist, blickt bereits auf eine lange Karriere in der Nazi-Szene zurück. So war er z.B. Gründungsmitglied des neonazistischen **„Bund Frankenland"** und Autor in einer Vielzahl von Zeitschriften der extremen Rechten, darunter ‚**Nation und Europa**', ‚**Sleipnir**', ‚**Staatsbriefe**' und ‚**Junges Franken**'.

Am 4. April zog es die Neonazis vom Westfälischen ins rheinländische Gefilde. In Zusammenarbeit mit dem Bonner **NPD**-Kreisverband unter dem Vorsitz von **Hans-Robert Klug**, veranstaltete das 'Deutsche Kulturwerk' in der Bonner Kneipe **„Nordlicht"** eine Veranstaltung zum Thema „Die Bundeswehr und die Volkstreuen." Wer könnte zu diesem Komplex „besser" referieren als der, auch bei der Hamburger Bundeswehr-Führungsakademie als Referent gern gesehene Naziterrorist **Manfred Roeder**. Um ihn zu hören, reisten rund 60-70 Alt- und Neonazis aus NRW an. Unter ihnen auch eine ca. 12 bis 15-köpfige Abordnung vom Lüdenscheider ‚**Donner-Versand**' und dessen Umfeld, darunter auch der ehemalige NF-ler und heutige Chef des Versands, **Stefan Haase**.

Eine weitere Veranstaltung des 'Deutschen Kulturwerkes' fand am 5. Juni in dem Hattinger Nobelrestaurant **'Schulenburg'** statt. Das Gebäude gehört der Stadt Hattingen, die es aber verpachtet hat. Der Inhaber - er hatte die 'Schulenburg' erst wenige Tage vorher gepachtet - erklärte gegenüber JournalistInnen, daß ein Kellner die Reservierung der Nazis entgegengenommen habe. Sein Mitarbeiter und er hätten nicht gewußt, daß hinter dem ‚Kulturwerk' eine neonazistische Organisation stehe. Über die wahre Gesinnung seiner Gäste sei er dann vorab von der Polizei informiert worden. Die habe ihm auch geraten, die Nazis nicht vor die Tür zu



Thorsten Crämer

setzen, da er sich so eine Menge Ärger mit diesen ersparen könne. Noch am gleichen Tage erhielten die Nazis für weitere Veranstaltungen ein generelles Hausverbot in dem Restaurant.

Als Referenten für die Veranstaltung in Hattingen hatte das 'Kulturwerk' den ehemaligen Landesvorsitzenden der Berliner 'Republikaner', **Prof. Dr. Klaus Weinschenk** gewinnen können. Sein Vortragsthema lautete: „Wer ist der Nächste? - Zur Psychopathologie der Patriotenverfolgung". Die rund 100 anwesenden FaschistInnen wurden über mehrere Schleusungspunkte zur Veranstaltung geleitet. Wenige Tage später erklärte der Hagener Polizeiliche Staatsschutz der örtlichen ‚**Westdeutschen Allgemeinen Zeitung**' (WAZ), daß die von ihm beobachtete Veranstaltung legal gewesen und es zu keinen strafrechtlich relevanten Vorfällen gekommen sei.

Eine weitere Veranstaltung des 'Deutschen Kulturwerks' fand am 3. Juli im Raum Iserlohn statt. Die Neonazis hatten diesmal **Dr. Heinrich Piebrock** aus Brilon eingeladen, der über **Oswald Spenglers** 1933 erschienenes Werk „Jahr der Entscheidung" referieren sollte. Piebrock trat auch schon 1994 und 1995 in Hetendorf als Referent auf. 1995 lautete dort das Thema: „Jahre der Entscheidung - Grundaussagen Oswald Spenglers".

Die Drahtzieher

Die Hauptakteure des „Deutschen Kulturwerkes" sind keine Unbekannten in der Neonaziszene. Der Geschichtsstudent **Thorsten Crämer** aus Schwelm, der gerne der Presse in den Block diktiert, daß „rechtsextrem" für ihn eine Ehrenbezeichnung sei, kann als Kopf des „Kulturwerkes" angesehen werden. Seine Privatanschrift in der Schwelmer Kantstraße 13 dient als eine von zwei Kontaktadressen für die Nazi-Gruppierung. Neben seiner Tätigkeit für das 'Kulturwerk' bekleidet Crämer nach Informationen der WAZ (Ausgabe vom 23.7.98) auch das Amt des NPD-Kreisvorsitzenden Ennepe-Ruhr. Die WAZ wußte zudem zu berichten, daß Crämer am 22. Juli 1998 mit vor Ort war, als rund fünfzig Nazis, großteils „angereiste NPD-Mitglieder aus NRW", auf Usedom an der Ostsee eine Wahlkampfveranstaltung von Helmut Kohl störten. Kohl wollte im Rahmen seiner „Bädertour im Osten" zu den Gästen und BewohnerInnen des Ostseebads Heringsdorf sprechen. Bevor er aber seine Worthülsen verbreiten konnte, kam es zu einer Einlage der Neonazis. Zwei „Kameraden" von Crämer, die Kohls Bodyguard angegriffen hatten, wurden festgenommen. Vor Ort war übrigens auch das JN-Bundesvorstandsmitglied **Sascha Wagner**, dessen kämpferische Qualitäten in Griff zweier Zivilpolizisten wieder einmal schnell auf Grenzen stießen.

Ein weiterer Kopf des 'Deutschen Kulturwerks' ist der Iserlohner **Timo Pradel**, der auf kaum einer Naziveranstaltung fehlen darf. Pradel, dessen Iserlohner Postfach auch als zweite offizielle Kontaktanschrift für das ‚Kulturwerk' dient, tritt u.a. als Redaktionsmitglied der von **Rüdiger Kahsner** (Hagen) herausgegebenen '**Westdeutschen Volkszeitung**' (WVZ), dem NRW-Ableger der '**Berlin-Brandenburger-Zeitung**' (BBZ), in Erscheinung. Kahsner, der auch für das 'Kulturwerk' aktiv sein dürfte, zeichnet dieses Jahr mit seiner Privatadresse auch verantwortlich für Flugblätter des '**Aktionskomitees Rudolf Heß**', dem er offensichtlich angehört.

Ebenfalls für das ‚Deutsche Kulturwerk' in vorderster Front aktiv ist der Dortmunder JN/NPD -Aktivist **Sven Schwerdtfeger**, ehemals stellvertretender Bundesvorsitzender der **„Deutschen Nationalisten"** (DN).

Ausblick

Beim ‚Deutschen Kulturwerk' handelt es sich um eine Gruppierung, die fest in die Neonazi-Strukturen eingebunden ist. Ihr Aktivitätsgrad im vorpolitischen Raum ist beträchtlich, bedenkt man, daß sie erst seit kurzem in Erscheinung tritt und ihre Hauptaktivisten auf einer Reihe weiterer Partys tanzen, so zum Beispiel Torsten Crämer, der quer durch die Republik reist, um Wahlkampfunterstützung für die NPD im Osten zu leisten (vgl. auch ‚Süddeutsche Zeitung' vom 31.7.98). Auf jeden Fall sollte dieser Gruppierung in Zukunft etwas mehr antifaschistische Aufmerksamkeit geschenkt werden. Hier könnte sich ein neues und ernstzunehmendes strömungsübergreifendes Projekt entwickeln, das zudem versucht, die Erfahrungen und Kontakte der „Alten" zu erhalten bzw. wieder nutzbar zu machen.

1 Die DKeG, eine Scharnierorganisation der alten Nazis, wurde 1950 gegründet und entwickelte sich bis Ende der siebziger Jahre zur bedeutendsten Kultur- und Ideologieorganisation der „Alten Rechten" (vgl. Drahtzieher in braunen Netz, Hamburg 1996)

„Il boia di piazzale Loreto" wird nicht ausgeliefert



Ohne Reue: Theodor Saevecke, Ex SS-Hauptsturmführer und jetziger Pensionär in Bad Rothenfelde

Um einen weiteren braunen Skandal bereichert sich momentan die BRD-Regierung. Sie liefert den ehemaligen SS-Hauptsturmführer und SD-Sicherheitschef von Mailand, ***Theodor Saevecke****, nicht an die Turiner Militärstaatsanwaltschaft aus. Dort erwartet ihn ein Prozeß, u.a. wegen der Erschießung von 15 Geiseln am 10. August 1944 auf der Piazzale Loreto in Mailand .*

Theodor Saevecke

Saevecke wird 1911 in Norddeutschland geboren. Bereits mit 15 führt er die Schilljugend der Organisation **Roßbach** in Parchim an, tritt 1928 als 17-jähriger der Lübecker SA bei und kurz darauf der NSDAP. 1934 startet er seine Karriere als Polizist. 1937 besucht er die Führerschule der Sicherheitspolizei. 28jährig wird er Leiter des Morddezernats von Posen und in die SS übernommen. 1941 ist er bereits Kriminalrat und SS-Hauptsturmführer. 1942 arbeitet er als Verbindungsmann der SS zur italienischen Kolonialpolizei in dem von Italien besetzten Libyen. Als im November 1942 die Wehrmacht das französische Protektorat Tunesien besetzt, avanciert er zum Vize-Chef eines SS-Einsatzkommandos. Er treibt jüdische Zwangsarbeiter für die Wehrmacht zusammen und erpreßt 50 Millionen Franc und 43 Kilogramm Gold von den jüdischen Gemeinden. Er wird belobigt: „Mit großem Erfolg" habe er „die Judenfrage im tunesischen Raum bearbeitet."

Am 13.9.1943 wird Saevecke Chef des Außenkommandos der Sicherheitspolizei von Mailand. Er verfolgt das Ziel, vor allem die politischen Gegner in den Rüstungsfabriken sowie PartisanInnen, Juden und Jüdinnen aufzuspüren und „unschädlich zu machen". Saevecke, der in der beschlagnahmten Villa eines geflohenen Juden wohnt, bezieht am 16.10.1943 das Hotel Regina gegenüber dem Mailänder Dom als SD-Hauptquartier. Er requiriert ebenfalls Nachbargebäude und läßt einen Teil der insgesamt 210 Zimmer seiner Dienststelle als Haft- und Folterzellen herrichten. Er veranstaltet Razzien, läßt verhaften, foltern und deportieren. Den Folterungen wohnt er persönlich bei. Den Angestellten **Otello Vecchio**, bei dem Ersatzteile für ein Funkgerät entdeckt wurden, läßt er z.B. durch einen Ochsenziemer blutig schlagen und anschließend nach Dachau deportieren. Oder der jüdische Flüchtling **Erich Wachtor**. Saevecke läßt ihm, nachdem dieser sich weigert, versteckte Juden und Jüdinnen preiszugeben, 26 Zähne ausreißen (taz 19.6.´98). Nach eigenen Angaben füllte ihn seine Tätigkeit „wirklich Tag und Nacht aus" (aus einem Brief Saeveckes vom 27.10.1964).



Zur Abschreckung auf der Piazza Loreto liegengelassen: Die 15 erschossenen Widerstandskämpfer

In dem 1997 erschienenen Buch „Hitler a Milano; I crimini di Theodor Saevecke capo dell GeStaPo" macht der Mailänder Historiker **Luigi Borgomaneri** Saevecke für die Deportationen von 992 ArbeiterInnen und PartisanInnen aus Mailand und der zu Mailand gehörigen Provinz verantwortlich. 232 dieser Deportierten starben mit Gewißheit in den Lagern. Wahrscheinlich waren es aber über 500. Ebenso starben 1.200 Juden und Jüdinnen. Sie wurden vom Mailänder Gefängnis San Vittore aus per Bahn in die Vernichtungslager nördlich der Alpen transportiert.

La strage de piazzale Loreto

Für den 10.8.1944 befiehlt Saevecke die Exekution von 15 Geiseln auf der Piazza Loreto. Ausgeführt wird die Erschießung der im Gefängnis San Vittore inhaftierten Partisanen durch die Legion „Muti", einem faschistischen italienischen Freikorps. Um 4 Uhr morgens trägt Saevecke eigenhändig im Gefängnis San Vittore die Namen der zu Erschießenden in eine Liste ein. Die eine Stunde später erschossenen Widerstandskämpfer werden zur Abschreckung der Bevölkerung mehrere Tage auf dem Platz liegengelassen. Diesen Befehl versucht Saevecke später mit dem Tod zweier Wehrmachtsangehörigen zu rechtfertigen, die angeblich bei einem Partisanenanschlag getötet worden seien. Tatsächlich hatte es kurz zuvor einen Bombenanschlag auf einen deutschen Lkw in der Nähe der Piazza gegeben, bei dem der Fahrer aber nur leicht verletzt wurde. Somit sind die Morde an den Gefangenen nicht einmal nach dem perversen Kriegsrecht zu rechtfertigen, das Militärs in bestimmten Situationen Geiselerschießungen zubilligt, und stellt somit selbst für Militärs ein Kriegsverbrechen dar. Diese Morde brachten Saevecke den Namen „Il boia de piazzale Loreto" ein, „Der Henker der Piazza Loreto".

Angedenk dieses Verbrechen wurde am 29. April 1945 der von einer PartisanInneneinheit auf der Flucht gefangengenommene, abgeurteilte und standrechtlich erschossene Mussolini auf der Piazza Loreto kopfüber aufgehängt.
Nach fast zweijähriger Amtszeit wird Saevecke am 29.4.1945 von US-amerikanischen Truppen festgenommen.

Wenn einer nützlich ist ...

Nicht daß jetzt angenommen wird, die Alliierten hätten den von ihnen inhaftierten SD-Chef der italienischen Justiz übergeben. Wie viele andere Nazimörder, z.B. **Klaus Barbie**, der ehemalige GeStaPo-Chef von Lyon oder der SS-Major **Karl Hass**, wurde Saevecke vor der Justiz geschützt und kam bei der CIA unter. Saevecke arbeitet, nach eigenen Angaben, von 1949 bis 1951 für die **CIA** in Berlin.
Anschließend steigt Kriminalrat Saevecke unbehelligt im **BKA** zum stellvertretenden Leiter der Bonner Sicherheitsgruppe auf. Titel: Referent für Hoch- und Landesverrat. In dieser Funktion leitet er die überfallartigen Durchsuchungen der Redaktionen des Nachrichtenmagazins **'Der Spiegel'** in Hamburg und Bonn in der Nacht zum 27. Oktober 1962. Der damals amtierende Verteidigungsminister **Franz Josef-Strauss** witterte Geheimnisverrat durch das Magazin und ordnete diese Aktion an. Der innenpolitische Wirbel, den die Spiegelaffäre 1962/1963 verursacht, führt zu Saeveckes Versetzung zum BKA Wiesbaden. 1971 tritt er in den Ruhestand. Der, u.a. mit einer Kriegsrente ausgestattete, Pensionär lebt jetzt in Bad Rothenfelde bei Osnabrück.

Eine deutsche Geschichte

Saeveckes Nachkriegskarriere wurde zweimal durch seine frühere SS-Tätigkeiten getrübt, aber keineswegs beeinträchtigt. 1954 wurde er kurze Zeit zwangsbeurlaubt, bis das Innenministerium befand, daß sich Vorwürfe gegen Saevecke nur auf „Hörensagen" beziehen würden. 1963 wurde über eine vom 'Spiegel' veröffentlichte Reportage über ihn auch in Italien bekannt, daß er noch am Leben ist und sogar seine Karriere erfolgreich fortgeführt hatte. Die Empörung war groß. Viel Belastendes gegen ihn wurde zusammengetragen und eine Bestrafung verlangt. Doch das Drängen der italienischen Hinterbliebenen, jüdischen Gemeinden, PartisanInnenverbände und des Mailänder Stadtrats blieb erfolglos. Saevecke blieb unbehelligt. Er wurde lediglich versetzt. Und das stand, wie bereits erwähnt, im Zusammenhang mit der 'Spiegel'-Durchsuchung und nicht mit seinen Folterungen, Deportationen und Hinrichtungen in Norditalien.
Zweimal beschäftigte Theodor Saevecke auch Gerichte, besser gesagt ein Gericht: Die „Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen" in Dortmund. Diese Zentralstelle war von ihrer Gründung 1961 bis ins Jahr 1972 durchgängig fest in der Hand ehemaliger NS-Juristen. Alle drei Leiter dieser „Zentralstelle" von 1961 bis 1972 waren ehemalige SA- und NSDAP-Mitglieder gewesen und hatten Karriere im NS-Staat gemacht. Ebenso wie weitere acht Staatsanwälte dieser Einrichtung. Der bis 1964 über sie waltende und weisungsbefugte Generalstaatsanwalt aus Hamm war ebenfalls ein „alter Kamerad".
In nur 55 der bis zum 28. Februar 1995 in Dortmund anhängigen 1.296 Verfahren wurde überhaupt Anklage erhoben, gegen gerade einmal 158 von insgesamt 24.275 Beschuldigte. Das Justizministerium von NRW sah sich bis Ende 1996 nicht in der Lage zu ermitteln, wie viele der Hauptverfahren dann mit Freisprüchen endeten, wie viele mit Schuldsprüchen und mit welchem Strafmaß (vgl.: Blätter für deutsche und internationale Politik; 11/96).
Beide Ermittlungsverfahren gegen Saevecke wurden von der Dortmunder Zentralstelle eingestellt. Das eine 1971, das andere 1989. 1971 sah sich das Gericht nicht in der Lage, Saeveckes Behauptung zu widerlegen, er habe „nicht gewußt, daß Juden, die im Bereich des Außenkommandos Mailand festgenommen worden seien, später getötet werden sollen. Er (Saevecke) sei auch der Meinung gewesen, daß Juden nur wegen strafbarer Handlungen in das Gefängnis eingeliefert worden seien." 1989 sahen sich die Dortmunder „Ermittler" ebenfalls außerstande, belastendes Material gegen Saevecke aufzutreiben. Sie beklagten sich, weder bei der UNO in New York noch aus Großbritannien „irgendwelche Unterlagen zu dem Tatgeschehen am 10.8.1944" erhalten zu können.



Denkmal auf der Piazza Loreto zur Erinnerung an die Ermordeten vom 10.8.1944

Alta
l'illuminata fronte
caddero del nome
della liberta
(Erhobenen Hauptes gefallen
im Namen der Freiheit)

Gian Antonio Bravin
Giulio Casirachi
Renzo del Riccio
Andrea Esposito
Domenico Fiorani
Umberto Fogagnolo
Tullio Galimberti
Vittorio Gasparini
Emidio Mastrodomenico
Salvatore Principato
Angelo Poletti
Andrea Ragni
Eraldo Soncini
Libero Temolo
Vitale Vertemati

10. Agosto 1944

Der Prozeß in Turin

Was für die Dortmunder „Ermittler" ein „unüberwindbares Hindernis" darstellte, war für den ermittelnden Turiner Militärstaatsanwalt **Pier Paolo Rivello** kein Problem. In dem gut zugänglichen 'Public Record Office' in London beschaffte er sich die Protokolle der Verhöre der Mitarbeiter Saeveckes. Diese hatten britische Nachkriegsermittler in ihrer Untersuchung der Geiselerschießung vom 10.8.1944 erstellt. Sie stellen heute die wichtigsten Beweismittel in dem am

20. März 1998 begonnenen Prozeß dar. Weitere belastende Dokumente, darunter auch das Vernehmungsprotokoll Saeveckes, sind auf seltsame Art und Weise aus den diversen Archiven verschwunden. Nicht nur die Militärstaatsanwaltschaft von Turin hat derzeit ein gesteigertes Interesse an dem Erscheinen Saeveckes beim nächsten Prozeßtermin im Herbst. Auch der Vertreter der Nebenklage, **Umberto Fogagnolo**, Sohn eines der Erschossenen, drängt auf Saeveckes Erscheinen. Er spricht dabei im Namen einer „Fondazione", die aus den Hinterbliebenen, PartisanInnenorganisationen und den Kommunen Mailand, Turin, Bologna und Neapel besteht. Doch die Chancen stehen schlecht. Der Artikel § 16, der in seiner Änderung dem NS-Nachfolgestaat BRD erlaubt, Flüchtlinge in Hunger, Folter und Tod abzuschieben, untersagt die Auslieferung deutscher Staatsbürger, inklusive NS-Massenmörder.

Staatsanwalt Rivello hatte bis zu einem rechtskräftigen Urteil auf einen Haftbefehl verzichtet und Saevecke zum Erscheinen aufgefordert. Dieser schickte aber lediglich eine Verteidigungsschrift mit einer Unschuldsbeteuerung. In einem Interview, das Saevecke dieses Jahr einem italienischen Journalisten gab, äußerte er seine Meinung zum Prozeß: „Vor diesem Staatsanwalt würde kein Deutscher auftreten. (...) daß der sich nicht schämt, mir so einen Brief zu schicken." Der einstige Mussolini-Verehrer Saevecke, der die Auffassung vertritt, daß Hitler „ohne den Fehler mit den Juden (...) den Krieg gewonnen" hätte, gab schon 1964 in einem Brief an den Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums, **Dr. Guido Valabrega**, zu verstehen, daß seiner Meinung die Vorwürfe gegen ihn von einer „kommunistischen Tarnorganisation" erhoben würden, „die die Weisung zur Hetze gegen mich von den Kommunisten Ostberlins und Sowjetrußlands (...) erhalten hat." In diesem, mit der Adresse des BKA als Absender versehenen Brief, billigt er Dr. Valabrega weiterhin zu: „Sie brauchen mir weder vergeben noch vergessen."

Auch wir werden nicht vergessen: Für die sofortige Auslieferung von Theodor Saevecke!

Kampf gegen Denkverbote

„Vertriebene" ehren Neofaschisten



Dr. Claus Nordbruch bei der Preisverleihung (2.v.l.)

*„Während zum Beispiel der 'Schwarze Block' von etwa 8000 gewaltbereiten Antifa und Autonomen mit dem Privileg polizeilicher 'Deeskalationsstrategie' die Möglichkeit findet, in Göttingen oder Hannover zeitweise rechtsfreie Räume und bürgerkriegsähnliche Verhältnisse zu schaffen, treffen im Verhältnis dazu eher harmlose 'rechtslastige' Organisationen wie die **Wiking-Jugend** auf harte Verbotsdurchsetzung",*

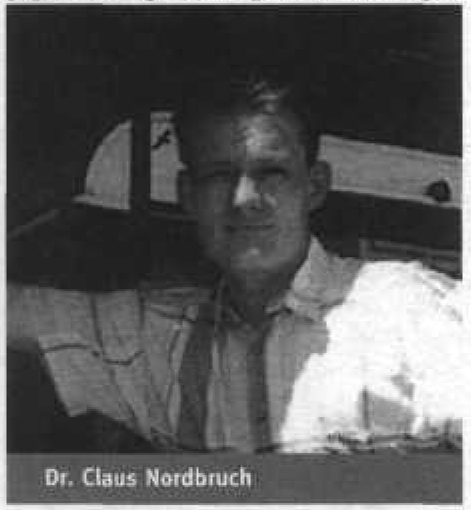
schreibt **Klaus Hornung** in dem Nachwort des in diesem Jahr im **„Universitas Verlag"** München erschienen Buches „Sind Gedanken noch frei? Zensur in Deutschland", das von **Dr. Claus Nordbruch** aus Südafrika verfaßt wurde. Dieser merkt ergänzend an, daß die 'Wiking-Jugend' „vor allem durch Sonnwendfeiern, Zeltlager, Paukenschlag und Fanfaren hervorstach" und es nicht geschafft habe, die „magische Mitgliederzahl von 400 zu übersteigen" - „Gut, daß gegen einen solch expandierenden Feind der freiheitlichen Grundordnung endlich eingeschritten wurde", kommentiert Nordbruch zynisch.

Nach Eigenangaben geht es Nordbruch darum, „gegen Denkverbote anzukämpfen", denn „nicht jeder, der über einen Judenwitz lachen kann, ist aber notwendigerweise gleich ein Verbrecher".

Und nun hat die **'Stiftung Ostdeutscher Kulturrat'** (OKR) am 6. Mai ihren Wissenschaftspreis für Dissertationen in den Räumlichkeiten der Universität Bonn verliehen: Einer der Preise geht in diesem Jahr an keinen geringeren als an Claus Nordbruch. Bei der Feierlichkeit war neben Stiftungspräsident **Herbert Hupka**, der in diesem Jahr in seinem Amt als Vorsitzender der **'Landsmannschaft Schlesien'** bestätigt wurde, auch die neugewählte Präsidentin des **'Bundes der Vertriebenen'** (BdV), **Erika Steinbach** (CDU-MdB) anwesend.

Die 1950 gegründete Stiftung würdigt mit ihrem Preis Arbeiten, die sich mit „Geschichte und Kultur der Vertreibungsgebiete und ihrer deutschen Bevölkerung innerhalb und außerhalb der alten Reichsgrenzen von 1937 und der deutschen Siedlungsgebiete" auseinandersetzen. Das Thema von Nordbruchs Arbeit, die 1996 im **Olms Verlag** veröffentlicht wurde: „Über die Pflicht. Eine Analyse des Werks von Siegfried Lenz. Versuch über ein deutsches Phänomen." Darin arbeitet Nordbruch, so das BdV-Organ **'Deutscher Ostdienst'**, erstmals „die Vielschichtigkeit des Pflichtbegriffes" und die „Handlungsweise der Personen bei Lenz" heraus. Und das neofaschistische Theorieblatt **'Nation & Europa'** (NE) sekundiert in einer

Rezension der Nordbruch-Schrift, daß „sich der gemeinhin als links geltende Literat durchaus differenziert mit dem Pflicht-Phänomen auseinandergesetzt" habe.
Claus Nordbruch wiederum setzt sich noch mit anderem auseinander, als nur mit dem Pflichtbegriff bei Lenz. So mokiert er sich zum Beispiel in einem Artikel in der NE-Februar-Ausgabe dieses Jahres über „Bibliotheken-Säuberungen", die darin bestünden, daß „ost- und sudetendeutsche Ortsnamen" in den Schlagwortkatalogen von wissenschaftlichen Bibliotheken einheitlich in den aktuell gültigen Bezeichnungen der jeweiligen Landessprache wiedergegeben werden sollen, anstatt in alter großdeutscher Bezeichnung. Per Kleinanzeige in 'Europa Vorn' suchte Nordbruch Ende des vergangenen Jahres nach Autoren, die sich an einer Anthologie beteiligen wollen, die „sich mit den Motiven der Deutschen befaßt, sich dem Christentum abzuwenden", wobei das „vermehrt zu vernehmende Bekenntnis" zu „Atheismus und germanischer Mythologie" eine ebenso entscheidende Rolle spiele, wie die „Zuwendung zu fernöstlichen Religionen".
In der **'Nordischen Zeitung'** der **'Artgemeinschaft - Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung'** ist Nordbruch ebenfalls Autor, wie auch Anzeigenkunde. Und in der geschichtsrevisionistischen Postille **'Recht und Wahrheit'** von **Georg Albert Bosse** gehört Nordbruch in der Ausgabe Juli/August 1997 neben anderen, wie z.B. **Christian Worch**, auch zu den Autoren. Im **'Eckartboten'** der deutschtümelnd-antisemitischen **'Österreichischen Landsmannschaft'** wendet sich der OKR-Preisträger in der März-Nummer 1998 gegen die Legalisierung der Abtreibung in Südafrika, wo sich **Nelson Mandela** über den „Willen der Völker" hinwegsetze und den „typischen schwarzafrikanischen Chaosstaat" vorbereite. Das langfristige Ziel der Republik Südafrika, in der „sämtliche einflußreichen Posten in Staat und Wirtschaft" von Kommunisten besetzt seien, sei, so Nordbruch, „die totale Umerziehung eines Volkes, auf daß es nie wieder wagen möge, seine Rechte, wie z.B. das auf Selbstbestimmung, zu fordern". Dieses Volk, die „Buren", sei der Gefahr der „Einimpfung eines Schuldkomplexes" und der „Garantie auf eine Knechtschaft von Generationen" unter dem Motto „Kuschen und zahlen" ausgesetzt.


Dr. Claus Nordbruch

Das Buch „Ein Nationalstaat für Buren", so war einer Werbeanzeige in der völkisch-nationalistischen Wochenzeitung 'Junge Freiheit' zu entnehmen, sei eine „gut lesbare Untersuchung". Auf „außergewöhnlich Weise" werde sowohl die „unaufhaltsame Zersetzung des heutigen Südafrikas" dargestellt, als auch der für Südafrika „einzig mögliche Weg zum Frieden" aufgezeigt. Und der bestünde in der „Auflösung des südafrikanischen Einheitsstaates bei gleichzeitiger Schaffung ethnischer autonomer Staaten". Die „Alternative zum Chaos" bestehe in der „Schaffung eines eigenen Nationalstaates für jedes Volk". Der Verfasser, so heißt es in der Anzeige, lege die „verschiedenen Vorstellungen bezüglich eines Burenstaates" dar. Der Verfasser des Buches heißt selbstverständlich Claus Nordbruch. Im vergangenen September referierte der OKR-Preisträger denn auch beim 21. Südafrika-Seminars des **„Hilfskomitees Südliches Afrika"**. Sein Thema dort: „Wie realistisch ist der Traum vom Buren-Volksstaat?" In der diesjährigen Mai-Ausgabe von 'Nation & Europa' macht sich Nordbruch wiederum auf die Suche nach einem „Mann bzw. Pärchen" aus dem NE-Umfeld, der bzw. die Lust haben, „einige Wochen im Juli und/oder August auf einer Farm zu arbeiten" - in Südafrika.
Doch nicht nur Nordbruch, auch die 'Stiftung Ostdeutscher Kulturrat' weist den rechten Weg. Neben der Zeitschrift **'Kulturpolitische Korrespondenz'**, deren verantwortlicher Redakteur **Jörg Bernhard Bilke** nebenbei gern für die **'Junge Freiheit'** zur Feder greift, gibt sie zusammen mit der Düsseldorfer **'Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus'** auch die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift **'Der gemeinsame Weg'** heraus. Im 'Gerhart-Hauptmann-Haus' (früher: 'Haus des Deutschen Ostens') traten im vergangenen Jahr unter anderem **Alfred Mechtersheimer** und der Nationalrevolutionär und Vordenker der „Neuen Rechten", **Henning Eichberg**, als Referenten an. Vom 'Bund der Vertriebenen' wird das 'Gerhart-Hauptmann-Haus' als Einrichtung „zur Erhaltung, Fortentwicklung und Erforschung" des „Erbes und der Leistungen" der „Vertriebenen" gepriesen. Die 'Stiftung Ostdeutscher Kulturrat' erhält in diesem Jahr mehr als eine Million Mark aus dem Bundeshaushalt. Die bündnisgrüne Abgeordnete Annelie Buntenbach, die in der 234. Sitzung des Bundestages am 6. Mai in einer Fragestunde Auskunft zu den Umtrieben des OKR-Preisträgers erhalten wollte, wurde vom Parlamentarischen Staatssekretär **Eduard Lintner**, selbst aktiv in der **'Sudetendeutschen Landsmannschaft'** (SL), abgeblockt: Die Bundesregierung sehe „keinen Anlaß zu Konsequenzen hinsichtlich der Förderung der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat". Damit ist alles gesagt.
Halt, nicht ganz: „Das Fatale an der Political Correctness für die Meinungsäußerungsfreiheit ist, daß manche Auseinandersetzungen und Diskussionen von vornherein nicht oder nur in Form einer Diffamierungskampagne oder eines Schauprozesses stattfinden können." (Nordbruch). Er hat sich die Auszeichnung der 'Stiftung Ostdeutscher Kulturrat' redlich verdient.

Das Pressefest von „Europa Vorn" in Dresden

...wenn endlich Schluß wäre mit der Zwietracht im patriotischen Lager... (Franz Schönhuber in „Europa Vorn" April/Mai 1998)



Ganz vorn beim Feiern: Sascha Wagner (links)

Ganz der Idee einer „Vereinigten Rechten" verpflichtet, werkelt der Kölner Rechtsaußen **Manfred Rouhs** schon seit vielen Jahren an der Bündelung aller nationalen Kräfte. Zu Beginn der 90er Jahre saß er für **die 'Deutsche Liga für Volk und Heimat' (DLVH)**, einer Sammlungsbewegung rechts von den **'Republikanern'**, im Kölner Stadtrat. Bestätigt durch den Wahlerfolg der **DVU** in Sachsen-Anhalt, beschäftigt sich der Herausgeber der Zeitschrift **'Europa Vorn'** (neuerdings **'Signal'**) derzeit wieder intensiv mit der Konkurrenz zwischen den nationalen Parteien, vorrangig mit der von DVU und 'Republikanern'. So schrieb er nach dem Einzug der DVU in den Magdeburger Landtag, daß, „wer jetzt noch glaubt, mit den Republikanern in den Bundestag einziehen zu können, lebt in einer Scheinwelt". Daraus ergibt sich für ihn im Hinblick auf die Bundestagswahl, daß der Einzug einer „nationalen Partei" in den Bundestag nur dann möglich ist, wenn es einen „Verzicht auf Konkurrenzkandidaten gegen die DVU" gibt. Angelehnt an Kaiser Wilhelm II., der beim Ausbruch des 1.Weltkrieges 1914 „nur noch Deutsche kannte", stellt sich Rouhs dann auch die rhetorische Frage, um was es denn gehe: „Um Personen und Parteien? Oder um Deutschland?".

In diesem Sinne sorgt Manfred Rouhs jährlich für die Organisation des 'Europa Vorn'-Pressefestes. Angekündigt für den Großraum Leipzig, fand am 27. Juni die diesjährige Veranstaltung in Dresden statt. Noch tags zuvor ließ das sächsische Innenministerium verlauten, daß das Pressefest nicht im Freistaat über die Bühne gehen würde. Frei nach dem Motto „je größer, desto besser" mietete Rouhs den Veranstaltungsraum des 'Deutschen Hygienemuseums' für eine Debatte rund um den Euro an. Daß ausgerechnet das 'Hygienemuseum' gewählt wurde, kann wohl nur als symbolischer Akt begriffen werden, denn es war zwischen 1933 und 1945 ein wichtiger Bestandteil der nationalsozialistischen Programmatik zum „Schutz der Volksgesundheit".

Den Interessierten versprach die Einladung sowohl ein umfangreiches politisches als auch kulturelles Programm. Beispielsweise sollte es zum Dauerbrenner **'Front National'** eine Diskussionsgruppe um deren „Vorbild für die deutschen Patrioten" geben, **Franz Schönhuber** sollte sprechen, die unvermeidlichen Troubadoure **Jörg Hähnel** und **Frank Rennicke** sollten spielen und für den Abend waren „Spanferkel- und Bratwurstessen" sowie „gepflegter Bierkonsum" zu erwarten. Angelockt von Party und Gesang folgten in der Mehrzahl ostdeutsche Nazis dem Ruf zum Fest. Unter den etwa 200 TeilnehmerInnen befanden sich trotzdem einige schillernde Persönlichkeiten der bundesdeutschen Nazi-Szene. So z.B. der Bundesvorsitzende der **'Jungen Nationaldemokraten' (JN)**, **Holger Apfel**, das Mitglied des JN-Vorstandes **Oliver Händel** und auch der Organisator einer Vielzahl von Nazi-Skinheadkonzerten in Ostsachsen, der Görlitzer **Mario Ansorge**.

Doch das 'Dresdner Hygienemuseum' fühlte sich mit den braunen Gästen nicht wohl und kündigte umgehend den Mietvertrag. So mußten die Nazis bereits zwei Stunden nach ihrer Ankunft die Elbmetropole schon wieder verlassen. Ob dieser Rauswurf den massiven Protesten lokaler AntifaschistInnen zu verdanken ist, bleibt Spekulation. Diese waren jedenfalls den gesamten Tag den Nazis auf den Fersen und behinderten diese mit vielfältigen Aktionen. So griffen die AntifaschistInnen einen Schleusungspunkt für das Treffen an und später demonstrierten etwa 80 von ihnen vor dem 'Hygienemuseum', während andere in den angrenzenden Straßen für eine erschwerte Abfahrt der Nazis sorgten. Im Anschluß an ihren Rausschmiß offenbarte sich die strukturelle Stärke der sächsischen NPD. Noch in Dresden wurde den Gästen angekündigt, daß das Pressefest in Wurzen fortgesetzt werden würde. Dort verfügt die lokale NPD über ein offiziell für 10 Jahre gepachtetes „Bürger-und Jugendzentrum". In Wurzen, seit mindestens zwei Jahren Synonym für eine „National befreite Zone", lauschten dann etwa 300 Nazis den Klängen von Hähnel und Rennicke.

Ein Schwerpunkt in der aktuellen **'Neuen**

Doitschen Welle', dem Jugendmagazin aus dem „Verlag Manfred Rouhs", ist dann auch Wurzen, welches dort als „Modell für eine gelungenen lokale Kulturrevolution" bezeichnet wird. Auf sieben Seiten wird der Prozeß zur Schaffung der rechtsradikalen Dominanzkultur in der Browntown Wurzen geschildert. Die Wurzener Jugendlichen seien sich bewußt, „von wem ihre Eltern eingemauert wurden". Die Hegemonialstellung der Nazis im Muldentalkreis hat eine enorme Vorbildwirkung und Anziehungskraft auf die bundesweite Naziszene. Als am 24. Januar 1998 etwa 200 Leipziger AntifaschistInnen zu einer Demonstration nach Dresden fahren wollten, wurde der Zug von ca. 80 Nazis in Wurzen angegriffen. Bei den nachfolgenden Auseinandersetzungen wurden u.a. **Ulli Diehl** und **Sascha Wagner** verletzt. Beide sind Führungskader der JN, Diehl im Saarland und Wagner im JN-Bundesvorstand und - obwohl in NRW (Herzogenrath bei Aachen) wohnhaft - in Rheinland-Pfalz. Hier schließt sich der Kreis, denn Wagner ist auch Chefredakteur der 'Neuen Doitschen Welle' und war maßgeblich an der Organisation des „Europa Vorn"-Pressefestes in Dresden beteiligt. Das von Köln aus vertriebene „politische Jugendmagazin" dokumentiert gute Verbindungen der Redaktion in Richtung der fünf neuen Bundesländer, insbesondere nach Sachsen. So sind regelmäßige AutorInnen, in der seit Anfang 1997 erscheinenden Zeitschrift der schon erwähnte Mario Ansorge und seine Frau **Peggy**.

Rouhs und Wagner unternehmen zur Zeit zahlreiche Versuche, eine einheitliche Stoßrichtung der „Nationalen Bewegung" zu erreichen - einerseits in der Einigung der verschiedenen Parteien/Organisationen und andererseits im Abbau der Vorurteile zwischen Nazisubkultur und Rechtsaußenpolitik. In gegenseitiger Ergänzung dienen dazu die „theorielastig" ausgerichtete 'Europa Vorn', neuerdings 'Signal' und die 'Neue Doitsche Welle', die sich als Hochglanz-Fanzine um die Nazi-Skinheads bemüht.

Mißhandlungen bei Abschiebeversuchen durch den BGS

In Nordrhein-Westfalen scheitert schätzungsweise jede 20. Abschiebung auf dem Rollfeld des Düsseldorfer Flughafens an der Weigerung der Piloten, die sich wehrenden Flüchtlinge gegen ihren Willen zu transportieren. Bei an die 5 000 Abschiebungen pro Jahr allein aus dem größten Abschiebeknast Europas im westfälischen Büren, bedeutet dies, daß Widerstand praktisch täglich stattfindet. Die Flüchtlingsverwaltung und der am Flughafen für die Durchführung der Abschiebung zuständige BGS haben sich auf diese für sie ärgerliche und kostspielige Gegenwehr der Flüchtlinge eingestellt und verwenden verschiedene Maßnahmen, um sie zu brechen.

Nach gescheiterten Abschiebungen werden Flüchtlinge nicht wieder in das Abschiebegefängnis zurückgebracht, in dem sie bis zu diesem Zeitpunkt inhaftiert waren. Damit sich die Möglichkeit eines erfolgreichen Widerstandes gegen die Abschiebung nicht unter den Abschiebegefangenen herumspricht, werden sie stattdessen vom Flughafen aus direkt in Justizvollzugsanstalten (JVAs) für Strafgefangene eingeliefert. Gemäß einem Rotationssystem sind die dafür 'zuständigen' Knäste im 1. Quartal die JVA Rheinbach, dann Bochum, Düsseldorf und im 4. Quartal Dortmund. Dort unterliegen die Abschiebegefangenen verschärften Haftbedingungen, da sie von den Ausländerämtern wegen der Vorkommnisse am Flughafen als gefährlich oder selbstmordgefährdet eingestuft werden, und die JVAs diese Einstufung übernehmen.

Doch es bleibt nicht bei der Verlegung in Strafknäste. Noch auf dem Düsseldorfer Flughafen kommt es in vielen Fällen zu Mißhandlungen durch Beamte des Bundesgrenzschutzes (BGS): Immer wieder berichten Flüchtlinge von Bedrohungen und Schlägen im Anschluß an die Weigerung des Piloten, sie gegen ihren Willen ins Flugzeug zu nehmen. Entweder im Gefangenentransporter vom Flugzeug zurück in die Räumlichkeiten des BGS oder in eben diesen Räumlichkeiten werden Flüchtlinge von Gruppen von 2-6 Beamten in gefesseltem Zustand mit Knüppeln geschlagen, mit behandschuhten Fäusten auf den Körper oder auch ins Gesicht geboxt. Stellvertretend für eine Anzahl ähnlicher Berichte steht das folgende Zitat aus dem Brief eines z.Zt. in der JVA Bochum inhaftierten Abschiebegefangenen:

"Daraufhin fesselten die Polizisten zu viert meine Arme mit einer schwarzen Schnur, sie begannen mich zu schlagen, aber nicht in mein Gesicht, sondern eher in die Seiten, auf meinen Rücken und auf meine Beine, bis ich schrie und ihnen sagte, daß sie aufhören sollten, mich zu schlagen, und daß ich mitfliegen würde. Darauf hörten sie mit ihren Übungen auf, aber meine Arme blieben hinter meinem Rücken gefesselt und das T-Shirt mir über den Kopf gezogen, damit ich nicht sehen konnte, wer mich schlug und womit.

Direkt auf dem Flughafen wurde ich von 6 Polizisten begleitet, dort erinnerte ich mich, was mich in meinem Land erwarten würde, und ich sagte der Polizei, daß ich nicht ins Flugzeug stiege und nicht aus ihrem Bus aussteigen würde. Sie beschimpften mich auf jede erdenkliche Weise und nahmen wieder gewisse Bedrohungen auf, aber da Reisende anwesend waren, die die Szene beobachteten, tat mir die Polizei nichts, d.h. sie schlugen mich nicht. Einige Minuten später kam der Captain oder der Copilot oder sonstwer aus der Crew (...) in den Bus der Polizei und sah, wie ich an den Armen gefesselt und weinend im Bus lag; er rettete mir das Leben indem er sagte, ‚den hier nehme ich nicht in meinem Flugzeug mit'. Und wir fuhren zurück zur Polizei.

Ich wurde wieder in denselben Saal gebracht, wo die Polizisten wieder begannen, mich zu schlagen, und sie zogen mein T-Shirt über mein Gesicht, die Arme waren mir noch immer hintenherum gefesselt, und sie fingen an mich von neuem mit Stöcken und 'Totschlägern' zu schlagen. Es ist schwer, das zu erklären, doch nach einigen Minuten ließen sie mich in Ruhe, wobei ich schrie und weinte."

In den Berichten der Flüchtlinge zeichnet sich das Muster ab, daß Schläge nach gescheiterten Abschiebungen nicht als Ausrutscher einzelner Beamter gewertet werden können, sondern als regelmäßig verwendetes Mittel zur Einschüchterung dienen. [...]

Bochum

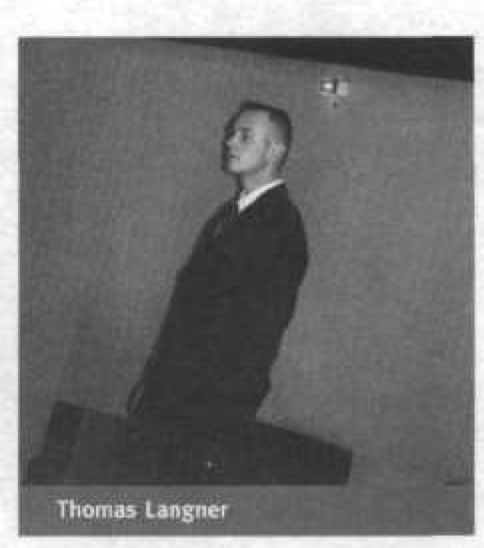
Prozeß gegen den 'Ruhrskin-Vertrieb'

Vom 30.1. bis zum 6.3.1998 fand vor dem Bochumer Amtsgericht der Prozeß gegen die beiden Betreiber des 'Ruhrskin-Vertriebs' statt. Angeklagt waren wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen, Gewaltverherrlichung, Aufstachelung zum Rassenhass und Volksverhetzung der 22-jährige **Bundeswehrsoldat Thomas Langner** und der 21-jährige **Mathias Martin**.

Beide hatten am 27.6.'96 ein Gewerbe namens **'Ruhrskin-Vertrieb'** in Castrop Rauxel angemeldet. Als Zweck des Unternehmens wurde der Vertrieb von Tonträgern, Videos und T-Shirts angegeben. Als Lager dienten den beiden ihre Wohnungen und der Kofferraum von Langners PKW. Aus diesem heraus wurde ebenso der Verkauf getätigt, wie auf einschlägigen Treffen oder über den Postweg. Unterstützend hatten die beiden einen Vertriebskatalog erstellt, in dem Martins Adresse als Bestelladresse angegeben wurde. Ihre Ware erhielten sie von **'Rock-o-Rama'** (Brühl) und diversen anderen neonazistischen Vertrieben, darunter auch der **'Mitteldeutsche Musik-Versand'** von **René Peschke**. Ihr Treiben flog auf, als die Polizei den Verkauf von Tonträgern und Videos Waren aus Langners PKW beobachtete und eine Kontrolle durchführte. Daraufhin führte die Staatsschutzabteilung der Dortmunder Polizei am 7.7.96 bei Langner eine Hausdurchsuchung durch und wurde auch fündig: Einschlägige Fanzines, Aufnäher, **KKK**-Poster, Hakenkreuzfahnen, **'Wiking-Jugend'**-Abzeichen, eine Mitgliederliste der **'Kameradschaft Recklinghausen'** mit der Aufführung bezahlter Mitgliedsbeiträge sowie selbstverfaßte Thesenpapiere und Vortragstexte. Weiterhin wurden massenhaft CDs und Videos gefunden, darunter auch das Video „Staatsfeind Nr. 1", das von dem 1997 verstorbenen Auschwitzleugner **Thies Christophersen** erstellt und vertrieben wurde.

Die Hausdurchsuchung schien Langner und Martin nur so weit als Warnung zu gereichen, daß sie das Gewerbe abmeldeten. Der Versand ging weiter. So verkauften sie dem Dinslakener **Marco Galensiok**, der später in Dinslaken wegen eines eigenen Versands einen Prozeß bekam, CDs in Wert von über 2.000,- DM. Es folgte eine weitere Hausdurchsuchung am 3.1.1997 bei Mathias Martin. Ebenso wie Langner versuchte dieser die beträchtliche Anzahl von CDs als Privatsammlung zu deklarieren, obwohl von vielen mehrere Exemplare vorhanden waren. Im CD-Sortiment hatten Langner und Martin so ziemlich alles, was das Naziherz höher schlagen läßt, darunter auch reihenweise indizierte Scheiben.


Mathias Martin


Thomas Langner

Reines Gewinnstreben und nichts politisches hätte hinter ihrem Vertrieb gestanden, so Langner und Martin vor Gericht. Sie hätten den Vertrieb ohnehin nur nebenher betrieben, da er kaum etwas abgeworfen hätte. Unterstützt wurden diese Aussagen durch die Anwälte der beiden. Langner wurde obendrein mit einer ihm sehr wohlgesonnenen Sozialprognose eines Herrn **Buch**, seines Zeichens Jugendgerichtshelfer aus Herne, versehen. Beide Angeklagten kassierten eine zweijährige Haftstrafe, ausgesetzt auf drei Jahre zur Bewährung, sowie eine Geldstrafe in Höhe von 3.000 DM und 100 Sozialstunden. Die Urteilsbegründung hatte allerdings mit der Realität wenig bis überhaupt nichts zu tun. So vehement die Richterin **Noesselt** auch den Inhalt der CDs als menschenverachtend, brutal und ekelerregend bewertete, so sachlich falsch war ihre Beurteilung der Motivation der beiden Angeklagten. Sie gestand den Angeklagten zu, daß sie keinerlei „Sendungsbewußtsein" beim Vertrieb der CDs gehabt hätten. Statusgründe und Angeberei bei den „Kameraden" hätte sie bewogen, das Geschäft zu betreiben. Dies trifft weder bei Martin zu, der schon vor Jahren in einer rechten Skinclique um einen gewissen **Motyl** in Erscheinung trat, und erst recht nicht bei Langner. Selbst der Staatsschutz bezeichnete Langner als überzeugten Neonazi. Das ehemalige Mitglied der verbotenen **'Nationalistischen Front'** hielt sogar auf den „Rudolf-Heß-Marsch" 1991 in Bayreuth eine Rede. Bei ihm wurden die Mitgliederliste der 'Kameradschaft Recklinghausen' mit verzeichneten Beitragszahlungen gefunden, was mindestens auf eine Funktion als Kassenwart schließen läßt. Bei der in der Tradition der verbotenen FAP stehenden 'Kameradschaft Recklinghausen' war es im letzten Jahr mehrfach zu Hausdurchsuchungen gekommen, bei der auch Waffen gefunden wurden. Langner beschäftigte sich offensichtlich auch mit dem Verfassen von Theorie- und Strategiepapieren. All dieses wurde in der Bemessung des Strafmaßes und bei der Urteilsbegründung unter den Teppich gekehrt. Die beiden Herrschaften handelten laut Frau Noesselt nicht aus politischem Bewußtsein, sondern der Wunsch zu imponieren hätte ihr Handeln geleitet. Der politische Hintergrund wurde in dem Urteil völlig ausgeklammert.

Auch der Staatsanwaltschaft, vertreten durch Herrn **Temming**, schien nicht sonderlich um Aufklärung bemüht zu sein. So wurde z.B. auf die Vernehmung eines weiteren Zeugen mit der Begründung verzichtet, daß dieser wohl trotz Ladung nicht erscheinen würde. Eine Einschätzung, die nach Bekunden der Staatsanwaltschaft auf den Ausführungen der Angeklagten basiert, die den potentiellen Zeugen als völlig unzuverlässige Person beschrieben hatten. Eine Vorgehensweise, so Temmings korrekte Bewertung dieser Vorgehensweise, die im Interesse der Angeklagten läge, da bei einer Aussage des Zeugen ein härteres Strafmaß für beide wahrscheinlich gewesen wäre.

Das um Aufklärung bemühte Trio komplettierte Herr **Schwake** von der Staatsschutzabteilung der Dortmunder Polizei. Er gab im Prozeß auf Nachfrage der Richterin zu Protokoll, daß er Mathias Martin Anfang August '96 aufgesucht hätte, um diesen in einer „präventiven Maßnahme" zu ermahnen, nicht an den geplanten Aktionen der Neonaziszene anläßlich des Todestages von Rudolf Heß teilzunehmen. Bei seinem „Besuch" hätte er Martin auch am Rande auf die Strafbarkeit des Handels mit rechtsextremen CDs hingewiesen. Eine Warnung von Seiten der Polizei also, die Martin die Möglichkeit eröffnet hätte, belastendes Material rechtzeitig beiseite zu schaffen. Diese Staatschutzpraxis führte paradoxerweise noch dazu, daß der Umstand, daß fünf Monate nach der Warnung und nach der Hausdurchsuchung bei Langner, in Martins Wohnung strafrechtlich relevante CDs gefunden wurden, strafmildernd für die beiden Angeklagten gewertet wurde. Die „erfolgreiche" Durchsuchung von Martins Wohnung reichte dem Gericht für die Einschätzung , daß der Vertrieb von beiden Angeklagten unprofessionell geführt worden und somit auch keine ernsthafte Angelegenheit gewesen sei. Offensichtlich schien im Fall Langner und Martin eine Mischung aus Dummheit und Dreistigkeit vor höherer Strafe zu schützen. Erwähnenswert ist übrigens noch, daß die Bundeswehrkompanie aus Aahlen, bei der Langner stationiert ist und auf eine Karriere als Zeitsoldat hofft, einen Ausbilder zur Urteilsverkündung schickte. Wahrscheinlich eine weitere „Einzelfallprüfung" ...

„Kühnen-Gruß" oder 3:0?

Mit einer ganz neuen Definition von Handzeichen überraschte am 10. März **Lars Holger Hölper** den **Amtsrichter Dr. Deutscher** am Bochumer Amtsgericht. Er hätte am 30.9'97 im Bochumer Stadion anläßlich des UEFA Spiels Bochum/ Istanbul nicht den „Kühnen-Gruß" entrichtet, sondern seinem türkischen Kontrahenten ein 3:0- Sieg für Bochum prophezeit. Den „Kühnen-Gruß" (abgewandelter Hitler-Gruß mit drei gespreizten Fingern, auch „Widerstands-Gruß") hätte er erst über die Anklageschrift kennengelernt. Die Staatsanwaltschaft und das Gericht mochten den Ausführungen des kahlköpfigen Bomberjackenträgers nicht so recht folgen. Waren da doch noch die Aussage des Polizeibeamten, der angab, der Kühnen-Gruß genau zehn Zentimeter vor seinen Augen hätte ihm gegolten sowie die bereits zuvor begangenen rassistisch motivierten Straftaten des 23-jährigen, die bereits zu Vorstrafen geführt hatten. Von seiner rassistischen Gesinnung machte der VFL-Fan auch keinen Hehl. So kam es, daß Hölper wegen Verwendung verfassungsfeindlicher Zeichen nach § 86 und §86a zu einer Geldstrafe in Höhe von 2.500 DM verurteilt wurde.

Versuchter Todschlag

Ende Juni überfielen vier Naziskins eine Punkparty in einem Bochumer Park und schlugen mit Todschlägern auf die Punks ein. Ein Punk wurde so schwer verletzt, daß er fast sein linkes Auge verlor. Die Polizei konnte drei der Schläger festnehmen. Ihnen steht ein Verfahren wegen versuchtem Todschlags ins Haus.

Hausdurchsuchungen bei der NPD

Im Mai wurde die Landesgeschäftsstelle der **NPD** in Wattenscheid sowie die **JN**-Zentrale in Dresden durchsucht. Ebenso jeweils eine Wohnung in Bochum und Oberhausen. Hintergrund war ein Aufkleber der JN, auf dem ein nackter Frauenkörper abgebildet ist, um den sich zwei schwarze Hände schlingen. Der Untertitel unter der Abbildung lautet: „Auch das ist Völkermord". Das Amtsgericht München hatte den Kleber, der übrigens schon seit Jahren von der JN verbreitet wird, wegen seiner volksverhetzerischen Stoßrichtung für rechtswidrig erklärt. Sichergestellt wurden bei der Durchsuchungen auch einige Computer. Zu mutmaßen ist, daß in Bochum das NPD-Landesvorstandsmitglied Wolfgang Henning und seine Frau Claudia Besuch bekamen. Henning erstellt und betreut die Internetseiten der NPD. (WAZ 29.5.'98)

War das Klug?

Ja, er war's. Der 27-jährige Wattenscheider Trockenbauer **Frank Klug** bewies am 11.3. vor dem Bochumer Amtsgericht allerdings, das Nomen nicht gleich Omen ist. Im vergangenen März saß er in der Buslinie 390, die nach Wattenscheid-Günnigfeld führt. Dort pöbelte er ein deutsch-ausländisches Pärchen mit „Kanackenschlampe" und „Ich schlag Dir die Zähne raus" an. Das Pärchen versuchte einer Konfrontation zu entgehen und stieg aus. Klug folgte ihnen, pöbelte weiter und zerstörte schließlich das Fenster einer Spielhalle. Vor Gericht tat ihm alles leid, er sei angetrunken gewesen, hätte Probleme mit seiner Frau gehabt. Das half alles nichts. Er wurde wegen Beleidigung und Sachbeschädigung zu 4.800,- DM verurteilt.



Claus Crämer mit Lätzchen

JN'ler im Ordnerdienst von 'Wattenscheid 09'

Offensichtlich scheint die Mitgliedschaft bei der **NPD**-Jugendorganisation **JN** kein Hindernisgrund für eine Bestätigung als Ordner beim Zweitligisten Wattenscheid 09 zu sein. Den JN-ler Claus Crämer wird es freuen, im Stadion weiterhin für Ordnung sorgen zu dürfen. So recht gelingen wollte ihm das beim Spiel am 19.3. gegen St.-Pauli allerdings nicht. Nachdem in der JN-Publikation „Ruhrstürmer" den St. Pauli-Fans Prügel angedroht wurde und Wattenscheid das Spiel mit 4:1 für sich entscheiden konnte, wendete sich das Blatt außerhalb des Stadions. Einstecken mußten nun die Wattenscheider Nazi-Hools. Auch **Crämer** konnte da nichts mehr in Ordnung bringen.

Bonn

Roeder in Bonn

oder

der Versuch eines konspirativen Nazitreffens, organisiert von H.R. Klug

Am 4. April 1998 fand in Bonn eine Ver-

anstaltung des **'Deutschen Kulturwerks'** (s. Artikel in dieser Ausgabe) statt. Da die Veranstalter meinten, aus ihren Erfahrungen mit Bonner AntifaschistInnen klug geworden zu sein, beauftragten sie eben diesen, nämlich den Chef des Bonner **NPD**-Kreisverbandes, **Hans Robert Klug**, mit der konspirativen Organisation einer internen Veranstaltung in Bonn. Als einziger Redner sollte der in den letzten Monaten durch seinen Auftritt in der Bundeswehrakademie in Hamburg wieder populär gewordene Naziterrorist **Manfred Roeder** sprechen. Sein Thema: „Die Bundeswehr und die Volkstreuen".

Erst gegen 18:00 Uhr sollte den Gästen der genaue Veranstaltungsort bekannt gegeben werden. Dadurch sollten Störungen durch „linke Chaoten" vermieden werden. Außerdem hoffte man so, nach der Veranstaltung wohlbehalten und ohne größere personelle und materielle Verluste wieder den Heimweg antreten zu können.

Die Rechnung der Nazis ging „leider" nicht so ganz auf. Schon kurz nach 18.00 Uhr konnte H.R.Klug vor der Gaststätte „Nordlicht" in Bonn-Auerberg ausgemacht werden. Zu diesem Zeitpunkt sollen auch bereits engagierte Bürgerinnen und Bürger einigen Neonazis den doch eher langweiligen Vortrag von Roeder erspart und ihnen statt dessen eine Besichtigung des örtlichen Krankenhauses verschafft haben.

Daraufhin sicherten Bonner und Aachener Polizeikräfte die Veranstaltung. Gegen 18.30 Uhr beehrte eine etwa 150 Menschen starke antifaschistische Demonstration lautstark die knapp 60-70 Nazis im inneren der Gaststätte.

Außer Klug und dem Brüderpaar **Frank und Marcus Krämer** aus Eitorf (beide ehemalige **FAP**-Aktivisten mit guten Kontakten zur **'Sauerländer Aktionsfront'**) konnten keine bekannten Neonazis aus Bonn und Umgebung ausgemacht werden. Dafür gab sich aber der ex-**NF**l'er und jetzige Betreiber des Lüdenscheider **'Donner-Versands'**, **Stefan Haase** nebst mehrköpfiger Begleitung aus dem Märkischen Kreis und dem Sauerland, die Ehre.

Trotz polizeilicher Überwachung verzögerte sich die Heimreise einiger Gäste, da ihre PKWs während der Veranstaltung auf wundersame Weise Schäden erlitten hatten. Besonders den Besatzungen einiger Autos aus dem Märkischen Kreis wird der Abend im wunderschönen Bonn noch lange in Erinnerung bleiben (Radwechseln macht Spaß und hält fit !!!). Auch die völlig panische Abreise einer Wagenladung Bochumer Jungnazis läßt auf einen gelungenen Abend schließen.

Roeder sprach etwa 2 Stunden. Die anschließende Diskussion wurde von **Thorsten Crämer** geleitet, der offensichtlich den völlig überforderten H.R. Klug abgelöst hatte. Der letzte eingeschlafene Nazi wurde durch das Absingen aller drei Strophen des „Deutschlandliedes" geweckt.

Abschießend bleibt festzuhalten, daß der 4.4.1998 wohl alles andere als ein Erfolg in die Geschichte der Bonner Nazis eingehen wird. Das konspirativ angelegte Treffen war noch vor seinem eigentlichen Beginn entdeckt worden. Einigen Nazis wurden noch vor Spielbeginn die rote Karte gezeigt und 150 AntifaschistInnen waren innerhalb einer halben Stunde mobilisiert und konnten nur durch massiven Polizeieinsatz davon abgehalten werden, die Veranstaltung der Nazis zu beenden. Der Fuhrpark der VeranstaltungsteilnehmerInnen wurde minimiert, Roeder und Co. mußten durch die Hintertür und unter Polizeischutz das Gelände verlassen... Nur weiter so - von der Bonner NPD lernen heißt siegen lernen! AntifaschistInnen können sich schon auf den von H.R. Klug organisierten NPD-„Widerstand" gegen die demnächst in Bonn zu sehende Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht freuen. Für den 24.10.98 hat das Bonner Organisationsgenie eine NPD-Kundgebung in Bonn angemeldet.

Friedhelm Busse führt Selbstgespräche in Bonn

Der ehemalige Bundesvorsitzende der verbotenen **'Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei' (FAP), Friedhelm Busse** aus München, wollte mal wieder Bonner Luft schnuppern. In den letzten Jahren war Bonn für Busse kein so angenehmes Pflaster. Am 9.2.1992 versuchte die FAP beispielsweise im Bonner Norden eine Demonstration durchzuführen. Sie kam genau 200 Meter weit und wurden unter der Bonner Nordbrücke von AntifaschistInnen angegriffen und zurückgedrängt. Die verschüchterten FAPler wurden mittels Bonner Stadtwerk-Bussen auf die andere Rheinseite zu ihren Fahrzeugen eskortiert. Ein anderer Bonn-Besuch endete für Busse mit einem Krankenhausaufenthalt.

Am 16.5.98 wollte Busse nun vor Bonner „Kameraden" reden. Die Vorbereitungen für diese Veranstaltung hatte die Bonner



H.R.Klug als Fahnenträger am 1.Mai

NPD übernommen, die interessanterweise nicht nur zuläßt, daß Führer verbotener Organisationen und NS-Fetischisten wie Busse zu ihren Veranstaltungen kommen, sondern diese sogar organisiert. Sämtliche Berührungsängste und Abgrenzungsbeschlüsse im braunen Sumpf sind offensichtlich nicht mehr vorhanden.

Als sich Busse allerdings kurz vor dem 16.5. bei der Bonner NPD über den Stand der Vorbereitungen informierte, wurde ihm mitgeteilt, daß alle Bonner Gaststätten gerade an diesem Tag ausgebucht seien bzw. die Wirte wegen des zu erwartenen Immobilienschadens nicht mehr an Nazis vermieten. Da Busse seine Rede jedoch nicht absagen wollte, entschied man sich kurzfristig für einen Grillplatz im Derletal/Bonn Hardberg.

So knapp 25 Gestalten erschienen dann auch, interessierten sich aber wohl mehr für's Grillen und Biertrinken als für die Worte des ehemaligen „großen Führers". Nach knapp einer halben Stunde hatte dann auch die anwesende Polizei genug. Sie untersagte Busse, seinen Vortrag fortzuführen. Bei Nichtbeachtung müsse von einer verbotenen politischen Veranstaltung ausgegangen werden, die dann aufgelöst würde. Busses nicht von der Hand zu weisender Einwand, er führe Selbstgespräche, beeindruckte die Ordnungshüter wenig. So beendeten die Nazis ihr gemütliches Grillfest und zogen wieder von dannen. Und wenn Busse nicht bald gestorben ist, dann wird er wohl noch einmal nach Bonn kommen.

Kriegsverbrecher Oberländer tot

Im Alter von 93 Jahren ist am 6. Mai der ehemalige „Vertriebenenminister" **Prof. Theodor Oberländer** verstorben. Ober-

länder, ein Vordenker in der Nazi-Bevölkerungspolitik, beteiligte sich auch aktiv an Pogromen gegen die Zivilbevölkerung. Im Sommer 1996 machten etwa 100 AntifaschistInnen vor seinem Haus in Bonn auf seine Rolle während der Nazizeit aufmerksam.

Tegethoff aus der Versenkung

Über **Ralf Tegethoff** aus Bad Honnef wird in der Nazi-Postille „**Zentralorgan**" Nr. 2 berichtet, daß er am 7. März auf der Jahreshauptversammlung der '**Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene**' (**HNG**) einen Vortrag über den verstorbenen Altnazi **Otto Ernst Remer** (Generalmajor a.D.) gehalten hat. Damit ist sein Name seit einiger Zeit wieder mal in der Öffentlichkeit. Tegethoff, ehemaliger stellvertretender **FAP**-Landesvorsitzender in NRW und Aktivist der verbotenen '**Wiking-Jugend**', ist Führer der „**Unabhängigen Kameradschaft Rhein-Sieg**". Neben regelmäßigen Treffen und der Teilnahme an bundesweiten Naziaufmärschen, nehmen die „Kameraden" auch an Wehrsportübungen im Siebengebirge teil.
Die HNG unterstützt gefangene Nazis politisch und finanziell. In ihrer monatlichen Gefangenenliste findet sich auch der Bonner Nazi **Dirk Wilbertz** (ex-FAP). Er schaffte es, in den HNG-Nachrichten sogar einmal den Titel „Gefangener des Monats" zu bekommen. Den Haftgrund verschweigt der „Nationale Gefangene", der übrigens Ende letzten Jahres im Knast geheiratet hat, allerdings: Wegen Drogenbesitzes kam er in den Knast. Um seine dortigen Schulden zu bezahlen, überfiel er in einem Hafturlaub zweimal die gleiche Bank und wurde natürlich erwischt. Wenn das die Kameraden wüßten...

Stefan Giering tot

Der auch über die Grenzen Bonns bekannte Neonazi **Stefan Giering** ist tot. Er starb an Lungenkrebs. Giering, der es in seiner Glanzzeit sogar schaffte, im Buch „Drahtzieher im braunen Netz" erwähnt zu werden, drehte zwischenzeitlich völlig ab. Nachdem ihn seine Freundin verlassen hatte, verbarrikadierte er sich mit einem Luftgewehr bewaffnet in einer Hochhauswohnung in Sankt Augustin. Er schoß auf alles, was sich bewegte. Nach einer kurzen Polizeiaktion wurde er ins Landeskrankenhaus eingeliefert. Auf neue Eskapaden seinerseits wird man nun vergeblich warten.

Castrop-Rauxel

Die Opfer sind die Täter ...

In der Nacht vom 24. auf den 25.7.1998 wurde um ca. 1.25 Uhr ein Brandanschlag auf die AsylbewerberInnenunterkunft Wartburgstr. 27 in Castrop-Rauxel verübt worden. Das Feuer konnte schnell gelöscht werden, jedoch verletzte sich eine 19-jährige Frau beim Sprung aus dem Fenster. Einmal mehr liegen der ermittelnden Polizeibehörde keine Hinweise auf einen rassistischen Hintergrund vor. Es wird aber auf jeden Fall von Brandstiftung ausgegangen, da ein Sperrmüllhaufen vor dem Haus in Brand gesteckt worden war.
In Zusammenhang mit dem Brandanschlag hat jetzt der Leiter des Bereichs „Wohnungssicherung/Asylbewerber", **Wolfgang Limberg**, Anspruch auf die Auszeichnung „Arschloch des Jahres" erhoben und hierbei seine KontrahentInnen bereits weit hinter sich gelassen. Der Sperrmüll sei schuld und natürlich die „Ausländer". Es werde viel zu viel Sperrmüll angesammelt, kritisierte Limberg und fügte hinzu: „Wir weisen die Bewohner immer wieder darauf hin, dort nichts hinzulegen. Aber es entspricht wohl ihrer Mentalität, daß sie alles gebrauchen können und heranbringen."
Flüchtlinge sind also wieder einmal selber schuld, wenn sie angezündet werden. Mal abwarten, ob auch das Entzünden des Sperrmülls den Flüchtlingen in die Schuhe geschoben wird.
In der Presse ist natürlich nichts von der immer stärker werdenen Castroper Naziszene zu lesen, deren Existenz auch von der Polizei nicht geleugnet werden kann. Immerhin wurden in den letzten Jahren mehrere Hausdurchsuchungen wegen einschlägiger Delikte durchgeführt. Aber erfahrungsgemäß bedarf es ja nicht einmal einer organisierten Naziszene um BrandSätze gegen Flüchtlinge zu schleudern. Oder man entledigt sie sich auf dem „demokratischen" Weg. So muß bis Ende März 1999 das Wohnheim Am Weissdorn, in dem bis vor kurzem noch ca. 200 Menschen lebten (jetzt noch 40), geräumt werden. Dazu hat sich die Stadt Castrop-Rauxel vor Gericht verpflichtet, weil sich „immer wieder" AnwohnerInnen über angebliche Belästigungen beschwert hatten.

Dortmund

Informelle Jugendtreffs im Jungferntal

Diese will die Polizei seit längerem schon im Visier haben, beschmierten doch im Januar 1998 „vermutlich perspektivlose Jugendliche mit einfachem Weltbild", so der **SPD**-Bezirksvertreter, mehrere Häuserwände mit türkenfeindlichen Hetzparolen. Auch fielen AnwohnerInnen vermehrt „Sieg-Heil" skandierende Jugendgruppen vor einem Supermarkt auf. Die Jugendfreizeitstätte im benachbarten Stadtteil Dortmund-Rahm sei in der Vergangenheit ebenfalls mit fremdenfeindlichen Sprüchen besprüht worden. So reagierte die Polizei mit der Einrichtung eines kriminalpräventiven Rates im Stadtbezirk auf diese „Jugendkriminalität". An dem „Runden Tisch" suchen Behörden, Institutionen und VertreterInnen verschiedener gesellschaftlicher Interessensgruppen nach Lösungen. Nach dem Stadtteil Brechten war das Jungferntal Schwerpunkt einer versuchten „Etablierung der rechten Szene" und nebenbei auch Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit in den letzten Monaten.
(WR 31.1.98/3.2.98/19.5.98)

„Echter Deutscher" oft besoffen

Vor der X. Strafkammer des Dortmunder Landgerichtes wurde am 19.3.98 ein 55jähriger in einer Berufungsverhandlung erneut wegen Volksverhetzung zu vier Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Der Angeklagte hatte am 20. Juni 1997 zwei jungen Türken erklärt, daß „hier ein Hitler fehle, der wieder für Ordnung sorge" und hatte abschließend den beiden gedroht, seine Waffe zu holen und ihnen ein Loch in den Kopf zu schießen. Das alles, weil diese spielenden Kindern zur Hilfe geeilt waren, die der Mann verjagen wollte. Selbiger hatte mindestens 2,1 Promille intus und wurde von der von den beiden Zeugen gerufenen Polizei zur Ausnüchterung mitgenommen. In den Verhandlungen bekannte der Trinker immer wieder, daß er ein „echter Deutscher" sei und andere schließlich keine Rechte in Deutschland hätten.
(WR 20.3.98)

Offenes Fenster führt zu Festnahmen

Am 25.3.98 riefen sechs Jugendliche in Dortmund-Dorstfeld, in der Straße „Am Täufling", nationalistische Parolen und imitierten eine Hitlerrede bei geöffnetem Fenster. Genau das wurde den 15 - 16jährigen zum
Verhängnis, da auch der auf den Plan gerufene Staatsschutz zuhörte.
(WR 27.3.98)

Rassistische Mails von Uni-Rechnern

Im Frühjahr 1998 erreichte eine übel antisemitische Mail die Web-Site von „ha-Galil", einem Projekt, das (auch kritische) Informationen zum Judentum in der ganzen Welt bietet. Der tatsächliche Absender hatte an einem frei zugänglichen Internet-Arbeitsplatz der Dortmunder Unibibliothek die Mailanschrift einer tschechischen Studentin mißbraucht. Die „Lenkungsgruppe Internet" des Unirektorats reagierte auf den Vorfall mit dem Anhängen eines Hinweises an jede zukünftig abgeschichte Mail, daß diese von einem öffentlich zugänglichen Rechner abgeschickt wurde und sich die Uni deshalb in keinster Weise mit dem Inhalt identifiziert.
(taz-ruhr April 1998)

NPD-Demo verboten

Eine für den 6. Juni 1998 in der Dortmunder Innenstadt angemeldete **NPD**-Demo unter dem Motto „Arbeit zuerst für das eigene Volk" ist verboten worden, weil der anmeldende NPD-Funktionär „einschlägig strafrechtlich in Erscheinung getreten" war und zudem von den etwa 300 angegebenen Teilnehmern Straftaten zu erwarten gewesen wären. Da die NPD nicht weiter gegen das Verbot anging, handelte es sich bei dieser Anmeldung wohl nur um einen Propagandagag, um mal wieder in die Zeitung zu kommen. Das hat geklappt.
(WR 30.5.98)

Erneut Freisprüche vor dem Landgericht

Ende Juni fand vor der X. Strafkammer des Dortmunder Landgerichts die Berufungsverhandlung **gegen Roland Wardecki, Sven Schwerdtfeger** und **Andreas Freytag** statt. Die Anklagepunkte waren: Schändung des jüdischen Friedhofs in Dortmund-Dorstfeld, das Anbringen eines Transparentes anläßlich des 20. Aprils („Führergeburtstag") sowie diverse Farbschmierereien. Die Berufung von Wardecki wurde in Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft zurückgezogen, so daß er nur noch als Zeuge auftrat. Sowohl die Angeklagten, als auch die Zeugen **Robert Langnickel**, **Andreas Posselt** und Wardecki, waren ehemalige Mitglieder der **'Republikaner'**. Ihnen genügten in den Jahren 93/94 die Stammtischaktivitäten der Reps nicht mehr. Stattdessen wollten sie entsprechend der neonazistischen Mobilisierung dieser Jahre auch in Dortmund agieren. Zu diesem Zweck gab es dann regelmäßige Treffen bei Wardecki, welcher letztlich zum Kronzeugen der Anklage wurde: er packte während einer Haftzeit (u.a. fahrlässige Tötung im Straßenverkehr) beim Staatsschutz aus und benannte Aktionen und Beteiligte (vgl. Antifa-NRW-Zeitung Nr.16). Erst aufgrund dieser Aussagen gelang es den Ermittlungsbehörden, angezeigte Straftaten zuzuordnen. Langnickel (ehem. **NO**-Mitglied) bestätigte zwar die Treffen, machte aber zu den einzelnen Vorwürfen von seinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch, da gegen ihn noch ein Verfahren aussteht. Er soll auf die Aktionen gedrängt, und zusammen mit Freytag die Grabsteine besprüht haben, während Wardecki und Schwerdtfeger Schmiere standen. Posselt, ehemaliger **JN**-Stützpunktleiter in Dortmund, produzierte sich in den Verhandlungspausen zusammen mit einem HJ-Verschnitt jüngeren Alters durch übelste sexistische Sprüche gegenüber Prozeßbeobachterinnen. Bei seiner Befragung zu den Grill- und Liederabenden bei Wardecki tat sich der vorsitzende Richter durch bemerkenswerte Kenntnis des Horst-Wessel-Liedtextes hervor, um dann festzustellen, dies sei kein Kinderlied. Freytag und Schwerdtfeger bestritten alle Vorwürfe und widersprachen auch den Zeugenaussagen von Wardecki und Posselt. Widersprüche wurden von Richter und Staatsanwalt nicht hinterfragt, stattdessen folgte das Gericht der Auffassung der Angeklagten, Wardecki habe sich wichtig machen wollen. Das Verfahren gegen Freytag wurde eingestellt.
Sven Schwerdtfeger, der sich während der Vernehmung seiner JN/NPD Mitgliedschaft brüstete und Farbsprühereien als „...der Sache schädlich..." bezeichnete, bemerkte zudem, daß man den Toten ihre Ruhe lassen könne, wenn man sich mit den Lebenden auseinandersetzen kann... Er bekam einen Freispruch, was seine Anhängerschaft im Zuschauerraum (acht junge Neonazis) entsprechend feierten.

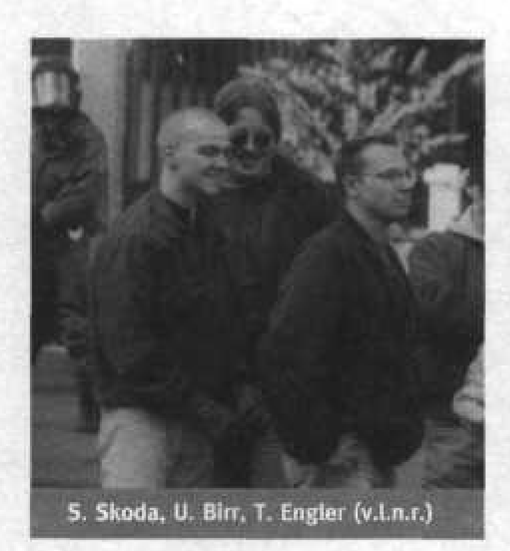
Angriff von Neonazis

Anfan Juli wurde in Lünen (bei Dortmund) ein Tamile von einer Horde junger Neonazis aus Dortmund und Lünen angegriffen und erheblich verletzt. Die Täter im Alter von 17 bis 25 Jahren konnten festgestellt werden. Bei mehreren Verdächtigen wurden die Wohnungen durchsucht und Beweismaterial sichergestellt (siehe Ruhr-Nachrichten vom 6. u. 11.7.98).

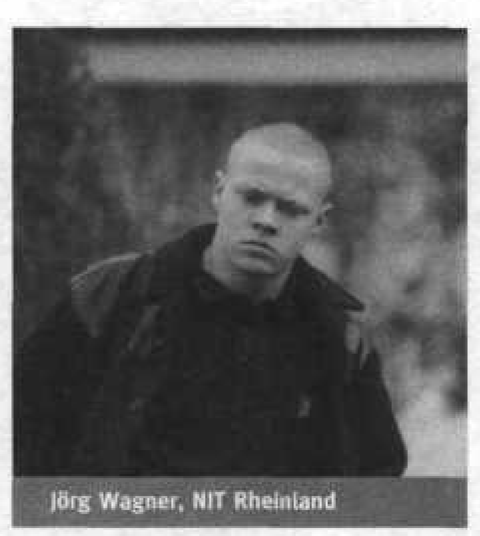
Düsseldorf

"Die Fahne hoch (...)", das Zahlen nicht vergessen ...

Zu Geldstrafen zwischen 200 und 600 DM wurden am 2.3.1998 fünf Personen vor dem Düsseldorfer Amtsgericht verurteilt. **Tibor Engler** und **Andreas Schmitz** hatten sich im Sommer 1997 zum Besuch der "größten Kirmes am Rhein" entschlossen, dort angeblich die Mitangeklagten im Bierzelt kennengelernt und nach reichlich Bier "deutsches Liedgut" angestimmt, u.a. auch das "Horst-Wessel-Lied". Dabei erwiesen sich insbesondere Schmitz und Engler als auffallend textsicher. Die Polizei unterband nach zehn Minuten den spontanen Auftritt der Düsseldorfer Barden. Das ganze endete mit einer Anklage wegen "Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen." Auch das **NIT Rheinland** berichtete über den Ausgang des Prozeßes, was nicht weiter verwundert, da sowohl Engler als auch Schmitz der **"Kameradschaft Düsseldorf"** angehören, die das NIT Rheinland betreibt. Dieser Hintergrund fand natürlich keine Erwähnung während des Prozeßes. Insbesondere der 25-jährige Engler ist alles andere als ein Unbekannter in der regionalen Neonaziszene. Schon Anfang der neunziger Jahre wurde er als **NF**-Mitglied geführt und betätigte sich darüber hinaus bei der Düsseldorfer **REP**-Abspaltung **'Freie Wählergemeinschaft' (FWG)**, dort sogar als Ausschußmitglied des Stadtrats. Er flog Ende 1992 raus, weil die unter Druck stehende FWG es für taktisch klug



S. Skoda, U. Birr, T. Engler (v.l.n.r.)



Jörg Wagner, NIT Rheinland

ansah, sich von einigen Personen ihres offenkundig neonazistischen Flügel zu trennen. Neben seiner Betätigung im NF-Stützpunkt Düsseldorf/Mettmann konzentrierte sich Engler bereits zu dieser Zeit auf den **"Deutschen Hochleistungskampfkunstverband"** (**DHKKV**) des Solinger **Bernd Schmitt**, der nach dem mörderischen Brandanschlag Ende Mai 1993 in die Schlagzeilen geriet, da mehrere der Täter dort am "kanackenfreien" Freitagstraining teilnahmen (vgl. ANTIFA-NRW-Zeitung Nr. 6, Okt.-Dez. '94). Engler meldete sich für Härtetrainings des DHKKV an und beteiligte sich auch am Saalschutz für neofaschistische Organisationen. Mit von der Partie war damals auch schon das heutige "Kameradschaftsmitglied" **Stefan Krekel**, ebenfalls bei NF und FWG aktiv. Heute betätigt Krekel sich wohl lieber als "Anti-Antifa-Aktivist" und als Kameradschaftschauffeur. Das damals Erlernte setzt Engler im übrigen heute hin- und wieder bei Altstadtschlägereien nach Fußballspielen von Fortuna Düsseldorf ein. Bei einer mindestens siebenjährigen Erfahrung in der neonazistischen Szene dürften diese Schlägereien und die 600 DM teure Heldentat im Bierzelt nicht gerade zu den Glanzleistungen seiner "Karriere" zählen.

Schulter an Schulter: 'Rheinische Post', CDU und NIT Rheinland

Seit über einem Jahr betreibt der 'ANTIFA-KOK Düsseldorf und Umland' eine Kampagne gegen das **NIT Rheinland** und die '**Kameradschaft Düsseldorf**'. Höhepunkte waren das vorübergehende Abschalten des NIT und eine 1.500-köpfige antifaschistische Demonstration am 31.1.1998 in Düsseldorf. Während der gesamten Kampagne wurde eine intensive Informations- und Öffentlichkeitsarbeit betrieben, insbesondere im Düsseldorfer Stadtteil Flingern. Im März diesen Jahres (und damit neun Monate nach Beginn der Kampagne) schaffte es dann auch die zuständige Bezirksvertretung (BV), sich des Themas anzunehmen. Auf Initiative von **SPD** und '**Grünen**' und gegen die Stimmen der **CDU** wurde das Thema auf die Tagesordnung gesetzt und als Sachverständige Vertreter des ANTIFA-KOK, des Polizeilichen Staatsschutzes, des Sozialdezernates und das Jugendamtes eingeladen. Der Vertreter der Polizei stellte nach einem umfassenden Vortrag des ANTIFA-KOK die "Kameradschaft Düsseldorf" als eine kleine Gruppe von Neonazis dar, die isoliert sei und von denen auch keine Gefahr ausginge, weil man da "ein Auge drauf" habe. Auch Strafrechtliches ginge von dieser Struktur nicht aus. Die BV beschloß erst einmal nichts und wollte das Thema zu einem späteren Zeitpunkt erneut behandeln. So gingen die Monate dahin, ohne daß etwas geschah - zumindest von Seiten der Lokalpolitik. Das erste, was wieder zu hören war, war ein Gezetere der CDU, die es in der Zwischenzeit geschafft hatte, den Verfassungsschutzbericht NRW zu lesen (nicht schlecht!). Darin ist der ANTIFA-KOK als dem "linksextremistischen Spektrum zugehörig" klassifiziert, im übrigen ohne auch nur den Versuch einer Begründung hierfür zu liefern. Die CDU beantragte am 9.6., die BV möge nachträglich ihr "Bedauern" über die Einladung des ANTIFA-KOK bekunden. Da sie mit dem Antrag Schiffbruch erlitt, weil ein derartiges Anliegen selbst der SPD zu doof war, legte sie mit einer Anfrage über den ANTIFA-KOK an die Stadtverwaltung nach und lancierte zusätzlich am 21.7. einen Artikel in der CDU-freundlichen '**Rheinischen Post**' (**RP**). Dieser Artikel enthält so ziemlich alle gängigen "Links=Rechts" und "ANTIFA= Gewalt= Extremismus" - Muster und erhebt neben dem Vorwurf, der ANTIFA-KOK hätte den Betreiber des NIT Rheinland verprügelt - was nicht einmal Polizei und VS behaupten - folgende Argumentationsakrobatik: "Mitarbeiter in Jugendfreizeiteinrichtungen Flingerns schätzen, daß rund 70% ihrer Besucher politisch rechtslastig eingestellt sind. Dieser Nährboden wird durch die linke Agitation und Konfrontation erst gefährlich." Antifaschistische Arbeit macht also aus "rechtslastigen" Jugendlichen Neonazis. Da müßten sich die "Kameraden" ja eigentlich freuen. Wie auch immer: Freuen können sich die Düsseldorfer Neonazis tatsächlich ob der Schützenhilfe bei der Bekämpfung antifaschistischer Arbeit. So kann die "isolierte Gruppe" dann auch schon mal mit 22 Leuten bei einer städtischen Veranstaltung zum Thema "Rechtsextremismus in Düsseldorf" im Rahmen der "Anne-Frank-Ausstellung" einlaufen und dafür sorgen, daß diese nicht stattfindet, eine ca. 80-köpfige Saalveranstaltung des NS-Spektrums mit bundesweiter Beteiligung gegenüber einer Polizeikaserne und -wache durchführen, bei der völlig offen der Hitlergruß gezeigt wird, oder die neonazistische Heulboje, den Nazibarden **Frank Rennicke**, zu einem Minikonzert einladen. Da können weiterhin erste erfolgreiche Versuche zur Einbindung rechter Hools und Jugendcliquen an den Start gebracht werden, parallel der diesjährige "Deutsche Marsch" anläßlich des 11. Todestages des Hitlerstellvertreters **Rudolf Heß** vorbereitet und zu fast jeder Aktion der Neonazi-Szene in der BRD gefahren werden. Grund genug, die Kampagne gegen die "Kameradschaft Düsseldorf" weiterzuführen und zu intensivieren. Immerhin gibt es auch in Düsseldorf eine Reihe von Organisationen und Personen, die der CDU-Logik absolut nicht folgen wollen und die dieses auch durch eine Reihe von Leserbriefe in der RP vom 29.7. zum Ausdruck gebracht hat.

Nazis im Stadion

Nicht erst seit dem Ausscheiden von Bertis Buben bei der WM 98 und den Schlägereien in Lens, steht in Düsseldorf das Thema "Neonazis im Stadion" auf der Tages-

ordnung. Nachdem in den letzten Jahren von den "Fanexperten" die Entwicklung und Lage trotz gegenteiliger Hinweise als ungefährlich eingeschätzt worden war, kann seit Anfang des Jahres nach Auftritten von Neonazis im Stadion niemand mehr das Problem wegdiskutieren. Mit dazu beigetragen, daß das Problem endlich ernst genommen wird, haben **"Fortuna-Fans gegen Rechts"** und das Fortuna-Fanzine **'Come Back'**, das ausführlich über die Entwicklung im Stadion informiert, Hintergrundstrukturen benennt und auch mit zu politischen Aktionen aufruft (Come Back, Pf. 260112, 40094 Düsseldorf). Auffällig ist, daß sich wieder mehr organisierte Neonazis im Stadion einfinden und offensichtlich nach einigen Dürrejahren wieder Morgenluft für die Agitation und Einbindung rechter Fans wittern. Potential gibt es auf jeden Fall reichlich. Erst vor wenigen Tagen (11.8.) kam es wieder zu einem Vorfall, bei dem eine junge Türkin von zehn Nazi-Hools in der Straßenbahn angegriffen und mit rassistischen Sprüchen belästigt wurde. Dabei wurde sie durch eine geworfene Glasflasche am Kopf verletzt. Alle Täter konnten ermittelt werden, da sie sich nicht schnell genug von Ort des Geschehens entfernten.

'Bund Freier Bürger' mit Startschwierigkeiten

Am 23.3.98 wollte der **'Bund Freier Bürger - Offensive für Deutschland'** in Düsseldorf mit einer Großveranstaltung seinen Wahlkampf einläuten. Als Redner waren der Bundesvorsitzende **Manfred Brunner**, der neue BfB-Hoffnungsträger und ehemalige FDP-Funktionsträger **Heiner Kappel** und der in Erkrath bei Düsseldorf beheimatete NRW-Vorsitzende **Prof. Dr. Heinrich Siemer** angekündigt. Offensichtlich hatte sich die Schlips- und Kragenfraktion der extremen Rechten aber den Wahlkampfauftakt in NRW etwas einfacher vorgestellt. Nach antifaschistischer Intervention flog sie zunächst aus dem Nobelhotel 'Nikko', das wohl Angst vor rufschädigenden Demonstrationen hatte, und danach auch aus dem 'Weiterbildungszentrum'(WBZ) der städtischen Volkshochschule wieder heraus. Erst wenige Stunden vor Veranstaltungsbeginn schaffte es der BfB, per Gericht das WBZ als Veranstaltungsort zu erstreiten. Die Polizei sorgte dann dafür, daß AntifaschistInnen die Veranstaltungen nicht durch eine Blockade verhinderten. Trotzdem kam es zu nicht unerheblichen Störungen zu Beginn der Veranstaltung, da alle Gäste an der abgedrängten Blockade vorbei mußten. Zur BfB-Veranstaltung erschienen dann ca. 300 Personen, von denen wohl die meisten ihren 60. Geburtstag bereits hinter sich hatten und auch sicherlich keine Probleme mit der Höhe ihrer Rente haben oder bekommen werden.

Per Presseerklärung jammerte der BfB über die Störaktionen, die die "aufstrebende politische Kraft" über sich ergehen lassen mußte. Grund zum Jammern gab es in der Tat genug: Auch die nächsten beiden Veranstaltungen in Düsseldorf gingen in die Hose. Geplant waren eine "Versammlung für Mitglieder und Interessente" am 4. April sowie ein Landesparteitag am 24. April, beide im Düsseldorfer 'Gerhart-Hauptmann-Haus', das aus öffentlichen Geldern finanzierte ehemalige 'Haus des Deutschen Ostens' der "Vertriebenen", in dem sich schon seit Jahren alle Strömungen der extremen Rechten tummeln. Nachdem dieses Unterfangen von AntifaschistInnen bekannt gemacht wurde, kam es zu einer Anfrage der **'Grünen'** im Landtag, die schon vor ihrer Beantwortung dazu führte, daß dem BfB die Räumlichkeiten mit der Begründung, daß man "eine überparteiliche Einrichtung sei", verwehrt wurde. Stattdessen trafen sich am 24. April 15 Gestalten in der vom 'Gerhart-Hauptmann-Haus' verpachteten angrenzenden Gaststätte 'Rübezahl'. Auch diese Gaststätte wird für BfB und Konsorten in Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehen, da derartige Veranstaltungen laut Stellungnahme des NRW-Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, **Dr. Horstmann**, die "völkerverbindende Arbeit des Gerhart-Hauptmann-Hauses" konterkarieren würden und damit der Satzung widersprächen. Auf die angeblich "völkerverbindende Arbeit" sei an dieser Stelle nicht eingegangen. Völlig ungestört konnte der BfB dann allerdings am 7.5. in der Ratinger Stadthalle seinen Landesparteitag durchführen. Auch Veranstaltungen im WBZ, die zur Zeit ebenfalls störungsfrei verlaufen, scheinen heute kein Problem mehr zu sein. Den Makel, der extremen Rechten anzugehören, dürfte der BfB in Düsseldorf aber so schnell nicht wieder loswerden. Trotz dieses Teilerfolges muß hier aber dringend nachgesetzt werden, wenn BfB-Veranstaltungen in Düsseldorf und Umgebung nicht zum Alltag werden sollen.

Hagen

'Unabhängige Nachrichten' in Briefkästen

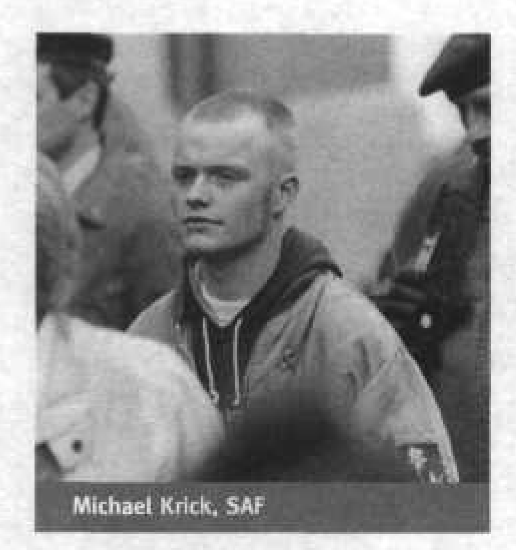
Der Hagener **Walter Stanek**, der vor einigen Jahren als ex-**REP**ler und Vorsitzender des Hagener Kreisverbands der **'Deutschen Liga für Volk und Heimat'** (DL) auffiel, beschäftigt sich in letzter Zeit öfter damit, ältere DL-Flugblätter und Fotokopien von aktuellen Ausgaben der **'Unabhängigen Nachrichten'** (**UN**) mit seiner Anschrift als Kontaktadresse zu verteilen. In diversen Straßenzügen, vorwiegend in Hagen-Haspe, landeten die Zettel des nachts in den Briefkästen der AnwohnerInnen. In den UN wird in erster Linie die Schuld Deutschlands am Kriegsausbruch geleugnet und auch gegen die doppelte Staatsbürgerschaft gewettert. Werbeaufkleber für die UN werden in Hagen massiv von dem ehemaligen Herausgeber der **'Westdeutschen Volkszeitung'**, **Rüdiger Kahsner**, verteilt. Kahsner vertreibt als Inhaber des **'RK-Druck und Vertrieb'** verschiedenste Aufkleber, Infoblätter und sonstigen Kleinkram, den er in Katalogen anbietet. Kahsner, wie Stanek ehemaliger DL-Kandidat, ist übrigens seit einiger Zeit Mitglied der **NPD** und Mitglied des **'Rudolf-Hess-Aktionskomitees 98'**.

Hoch-Sauerland-Kreis

Michael Krick in „Systemhaft"

Michael Krick, Möchtegernführer der im vorigen November durch den Unfalltod von **Andree Zimmermann** und **Thomas Kubiak** „führerlos" gewordenen **'Sauerländer Aktionsfront'** (SAF), ist weiterhin in Haft. Das Landgericht in Arnsberg verurteilte ihn am 28. Mai wegen Nötigung und des Besitzes von Propagandamaterial zu einer Jugendstrafe von 18 Monaten ohne Bewährung. Einbezogen in das Urteil wurde ein früheres Gerichtsurteil wegen des von Krick herausgegebenen **'Fälischen Beobachters'**: Von einem Gericht in Meschede war der inzwischen 21-jährige wegen Volksverhetzung, Staatsverunglimpfung und wegen des Verwendens verbotener Kennzeichen zu acht Monaten Jugendstrafe verurteilt worden.

Aktuell ging es um einen Zwischenfall am 1. Mai 1997. Die Polizei war damals zu


Michael Krick, SAF

einer Freizeitanlage bei Winterberg-Züschen gerufen worden, weil dort eine größere Gruppe Neonazis die Reichskriegsflagge geschwenkt haben soll. Mit den Worten „Wenn Ihr unsere Autos anpackt, kriegt ihr was auf's Maul" hatte Krick, der im vorigen Jahr nach Winterberg, wo auch Zimmermann und Kubiak lebten, umgezogen war, eine Durchsuchung der Pkws verhindert. Die zahlenmäßig unterlegene Polizei hatte damals nur die Personalien der Neonazis auf der Freizeitanlage aufgenommen. Zudem wurde Krick verurteilt, weil bei Hausdurchsuchungen umfangreiches Propagandamaterial der niederländischen **FAP** gefunden wurde und er einen Brief mit Aufklebern der **NSDAP/AO** verschickt hatte. Verteidigt wurde Krick in der Arnsberger Verhandlung von dem Hürther Rechtsanwalt **Uwe Lucke**, der bereits in der Dortmunder Verhandlung gegen die 'Anti-Antifa'-Gruppe '**Volkswille**' und beim **ANS/NA**-Prozess in Stuttgart auftauchte. Krick, der nach der Beerdigung von Kubiak und Zimmermann in Winterberg inhaftiert wurde und bis vor kurzem in Hamm saß, wurde laut '**HNG-Nachrichten**' zunächst in die Jugendstrafanstalt in Iserlohn und dann in die JVA Schwerte verlegt. Mit Sitz in Gelsenkirchen hat sich inzwischen eine „**Nationale Initiative 'Freiheit für Michael Krick'**" gebildet, die seine Freilassung fordert. Angegliedert ist diese „Initiative" an einen „Förderkreis der HNG" in Gelsenkirchen, der sich zur „örtlichen Unterstützung der karitativen HNG-Arbeit gegründet" hat. Unter dem gleichen Gelsenkirchener Postfach wie „Förderkreis" und „Initiative" tritt seit einiger Zeit auch ein von „Freien Nationalisten" **gegründetes „Unabhängiges Pressearchiv"** (**UPA**) in Erscheinung. Das UPA will „als zentrale Sammelstelle fungieren und sowohl den Zugriff auf Veröffentlichungen aus der brd-Lizenzpresse, als auch auf Veröffentlichungen aus den verschiedenen Bereichen der 'Nationalen Opposition' ermöglichen." Anzunehmen ist, daß sich das UPA aus **NPD/JN**-Kreisen herausgebildet hat. Vom 1997 gegründeten JN-„Stützpunkt" Gelsenkirchen ist seit einiger Zeit nichts mehr zu hören.

In der Neonaziszene in Ungnade gefallen ist im übrigen Michael Kricks älterer Bruder **Bernd** aus Bestwig bei Meschede. Bernd Krick, Herausgeber des in der Faschoskinszene sehr beliebten Fanzine '**Moonstomp**' und SAF-Aktivist, wird vorgeworfen, Spendengelder in Höhe von mehreren Tausend DM, die für die Hinterbliebenen einer verstorbenen „Kameradin" bestimmt waren, veruntreut zu haben. Dies behauptet zumindest die Redaktion des publizistischen Flaggschiffs des „Freien Nationalen Widerstands", das '**Zentralorgan**'. Die Zusammenarbeit mit Bernd Krick wurde aufgekündigt. Das zuletzt als Teil des 'Zentralorgan' erschienene 'Moonstomp' wurde durch ein „neues" Zine mit dem Titel '**Blitzkrieg**' ersetzt.

Köln

Rouhs wieder in Köln - Bürgerinitiative gegründet

Seit Januar 1998 hat der bekannte Neonazi **Manfred Rouhs** seinen **'Europa Vorn-Verlag'** von Eschweiler-Dürwiß wieder nach Köln (Sülzburgstr. 242) verlegt. Die bislang in 125 Ausgaben erschienene Zeitschrift 'Europa Vorn', die kürzlich in '**Signal**' umbenannt wurde, ist ein wichtigstes Theorieblatt der „Neuen Rechten". Zusammen mit dem **NPD**-Funktionär **Sascha Wagner** gibt Rouhs auch das Skin(maga)zine '**Neue Doitsche Welle**' heraus. Daneben betreibt er über seinen Verlag einen schwunghaften Handel mit Nazi-Musik.

Dürwiß mußte Rouhs verlassen, nachdem sich fast das gesamte Dorf gegen seine Anwesenheit wehrte. Unterschlupf fand er in der ehemaligen Wohnung seines Gesinnungsgenossen **Markus Beisicht**, mit dem er von '89-94 für die **REPs** und später für die '**Deutsche Liga für Volk und Heimat**' im Kölner Stadtrat saß. Die Wohnung gehört **Dr. Schlaeper**, dem Schwiegervater von Beisicht.

So ganz scheint es aber mit den erhofften Ruhe für Rouhs nicht zu klappen. Mittlerweile hat sich auch hier eine Bürgerinitiative gegen ihn gegründet. In einem Flugblatt an seine Nachbarn beklagt sich Rouhs darüber, daß ihm „seit seinem Auszug aus der elterlichen Wohnung 1983 das Recht auf ein Dach über dem Kopf streitig gemacht würde". Natürlich bestreitet er in diesen Flugblatt alle Vorwürfe, um sich dann doch noch selbst als Neonazi zu outen. So bezeichnet er sich selbst als „demokratischen, zukunftorientierten Patrioten" und stellt sich in eine Reihe mit dem kroatischen Präsidenten **Franjo Tudjman**, **Joachim Siegerist**, **Fini** und dessen '**Nationale Allianz**' in Italien, der **FN** in Frankreich und dem '**Vlaams Blok**' in Belgien. Rouhs: „Überall nehmen die kulturbejahenden, patriotischen Kräfte zu, (...). Fast 13 Prozent Wählerstimmen für die DVU in Sachsen-Anhalt sind ein Schritt in die richtige Richtung, (...)."

Kein Wunder, daß sich überall, wo Rouhs auftaucht, Widerstand gegen ihn formiert. In dem Stadtteil, in dem der 'Europa Vorn-Verlag' nun seine (vorläufige) Heimat gefunden hat, ist von AnwohnerInnen die Bürgerinitiative 'Sülzer Bürger/innen gegen Rassismus' gegründet worden. Ziel ist es, Rouhs Wirken einen Riegel vorzuschieben und ein deutliches Bekenntnis gegen jede Form von Rassismus. Die BI strebt nach eigenen Angaben ein möglichst breites Bündnis (von PDS, Grünen bis CDU, mit Kirchen, lokalen Verbänden etc.) gegen Rouhs an.

Erreichbar ist die BI unter: Sülzer Bürger/innen gegen Rassismus, c/o GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50937 Köln.

(siehe auch Artikel zum 'Europa Vorn'-Pressefest weiter hinten)

Neues im Nazi-Blätterwald: Die 'Schwarze Fahne'

Die Jugendorganisation der **NPD**, die '**Jungen Nationaldemokraten**' (**JN**), hat ein neues Organ, die Zeitschrift '**Schwarze Fahne**' (**SF**). Sie wendet sich an die „nationalistische Jugend" und schielt wohl auch verstärkt auf das Spektrum des „Freien Kameradschaften", die übrigens eine schwarze Fahne zu dem Symbol erklärt haben, unter dem sie in Zukunft marschieren möchten. Wohlwollend wird die SF dann auch z.B. in der diesem Spek-

trum zugehörigen Zeitschrift '**Hamburger Sturm**' besprochen. Als Mitglieder der Redaktion der vom JN-Landesverband NRW herausgegebenen SF werden im Impressum altbekannte JN–Kader wie **Frank Amberg** als Chefredakteur, **Achim Ezer**, **Melanie Dittmer** und **Dennis Rost** genannt. Die Kölner JN-„Stützpunktleiterin" **Melanie Wosniak**, **Peter Viola**, **Oswald Klein** und altgermanischen Recken wie „Sonnhild Agarth", „Ansgar Odalgis" und „Arnd Tagoin" runden das Redaktionsteam ab. Thematisch bietet die SF eine Mischung von „Runenkunde" bis zu Tips bei Hausdurchsuchungen, angereichert mit Wikingerbildchen und einem Mini–Poster (Slogan: „Nur der Freiheit gehört unser Leben"), das die nationalistischen Jugendzimmer anstelle der Bravo-Starschnitte schmücken soll. Mit Informationen zu Schnellverfahren, einer Liste völlig veralteter Adressen antifaschistischer Gruppen, Besprechungen von CDs und Fanzines, Demoberichten und schaurigen Eggerschen Versen (eine kleine Kotzprobe: „Wenn das Schwert rostet, stirbt die Ehre, dann aber stirbt mit ihr das Recht und die Wahrheit. Die Einsamen wissen, daß die Trägheit der Niederungen mehr Herzen getötet hat als das Schwert.") wird versucht, so ziemlich alles für die Neonaziszene interessante in eine Heftbindung zu packen. Bis zu fünf Seiten nimmt die Werbung für einen in Köln ansässigen „Schwarze Fahne"–Versand ein, durch den wohl versucht wird, kräftig dazuzuverdienen. Das Angebot des 'SF-Versand' umfaßt „White-Pride-T-Shirts", „14-Loch-Rangers", „Thorshammer" u.v.m und orientiert sich verdächtig an der Angebotspalette von **Ingo Halberstadts** (auch bekannt als „René Heizer") '**Midgard Versand**'. Wie oft das 32-seitige Blatt pro Jahr erscheinen soll, wird den geneigten LeserInnen im übrigen nicht verraten, implizit aber ein vierteljährliches Erscheinen angedeutet. Seit Ende 1997 sind in kurzer Folge zwei Ausgaben erschienen. Die dritte läßt bis heute (10. August) auf sich warten.

Marburg

Protest gegen den Marburger Marktfrühschoppen

Wenngleich Marburg nicht in NRW liegt, so soll doch kurz über die Ereignisse vor Ort berichtet werden, nachdem die Stadt in letzter Zeit immer wieder zum Reiseziel von NRW-Nazis wurde (vgl. z.B. ANTIFA-NRW-ZEITUNG Nr. 16).

Etwa 300 AntifaschistInnen protestierten am 5. Juli 1998 in Marburg gegen den traditionellen Marktfrühschoppen – ein Fest mit völkisch-reaktionärem Charakter, das vor allem durch die Anwesenheit zahlreicher Mitglieder der über 30 Marburger Korporationen geprägt ist. Die Demo und die anschließende antikorporierte Gegenfete waren im Vorfeld nicht nur von Rechten, sondern auch von der im Stadtparlament vertretenen '**PDS/Marburger Linke**' übel diffamiert worden. Für AntifaschistInnen verlief der Tag trotz einer Festnahme im großen und ganzen erfolgreich; der Druck gegen den Marktfrühschoppen wächst.

Im Vorfeld hatte der „**Nationale Widerstand Hessen**" ebenfalls für den 05.07.1998 einen Aufmarsch gegen den linken Protest angemeldet. Geplant war unter anderem eine Kundgebung mit **Thomas „Steiner" Wulff**, der wohl vorhatte, nach dem Naziaufmarsch am 4.7. in Heidelberg mit einigen Kameraden auf dem Rückweg nach Hamburg in Marburg eine Zwischenstation einzulegen. Ebenso wie in Heidelberg wurde auch in Marburg der Aufmarsch verboten; abgesehen von einer Handvoll ortsansässiger Jungfaschos tauchten keine Nazis auf. Lediglich ein Mini-Flyer wurde verbreitet, auf dem der „Nationale Widerstand Hessen" den Marburger Korporierten seine Solidarität erklärte („Marktfrühschoppen bleibt!! Jetzt erst recht!!").

Mettmann

REPs aktiv im Kreis Mettmann

Der '**Republikaner**'-Kreisverband des Kreises Mettmann, der unter anderem die Städte Mettmann, Ratingen, Hilden, Erkrath, Velbert, Heiligenhaus, Wülfrath und Haan umfaßt, gehört zu den aktiveren Kreisverbänden der REPs in NRW. Nicht nur, daß die REPs hier relativ häufig mit Informationsstände in die Öffentlichkeit treten (z.B. in Ratingen), auch Flugblätter, Veranstaltungen (Informationsveranstaltungen, "Schnupperabende" etc.) und die Organisation von Bezirks- und Landesparteitagen ist für die AktivistInnen des KV Mettmann nichts ungewöhnliches.

Veranstaltungsort der REPs war in den letzten Jahren immer wieder die Gaststätte 'Haus Schooldermann' in Ratingen, deren Pächter sich trotz öffentlicher antifaschistischer Proteste hinter seine "Gäste" stellte. In seinen Räumlichkeiten fand auch die Gründungsveranstaltung des REP-Ortsverbandes Ratingen mit rund 30 Mitgliedern statt. Wie einer "Mitteilung an die Öffentlichkeit" und der Lokalpresse zu entnehmen war, wurde die Gaststätte am 3. Juli 1998 von einer "antifaschistischen Wandmalgruppe" heimgesucht. Die großzügige Verschönerung der Fassade scheint ersten Einfluß auf die Vermietungspolitik des Pächters genommen zu haben. Nach Informationen örtlicher AntifaschistInnen wurden die REPs in letzter Zeit an wechselnden Orten gesichtet.

Zentrale Figur und Vorsitzender des REP-Kreisverbandes ist der stellvertretende Landesvorsitzende **Uwe Hünecke** aus Erkrath. Dieser versuchte für den 4. Juli 1998 sogar einen Landesparteitag in Erkrath zu organisieren, ein Unterfangen, das bereits 1995 gescheitert war. Auch dieses mal klappte es nicht, da die Stadt Erkrath nach öffentlichen Protesten die Kaution für die als Veranstaltungsort gewählte Stadthalle aus Furcht vor "Schäden (...) an der schönen Fensterfront" auf 500.000 DM festlegt hatte, ein Betrag, der für die REPs abschreckend genug war, um Abstand von der bisherigen Planung zu nehmen.

Eine Wahlkampfveranstaltung mit dem PDS-Bundestagsabgeordneten Gregor Gysi in Wülfrath am 17. Juni nahmen der REP KV Mettmann zum Anlaß, um gegen den "Mauermörder" und das "linke Dreckspack" zu demonstrieren. Die Lokalpresse bereitete den medialen Vorlauf und auch die CDU ließ es sich einmal mehr nicht nehmen, in die Hetze gegen "Extremisten" (gemeint war die PDS und die 'Demokratische Linke Wülfrath'/DLW) einzustimmen. Die Aufrufe der REPs an "alle Patrioten" verschallten allerdings weitestgehend ungehört. Lediglich vier Nazi-Skins aus dem Umfeld der Velberter Band '**Notwehr**' wurden am Rande der REP-Aktion gesichtet. An dieser nahmen sage und schreibe 15 'Republikaner' teil, die zur nachmittäglichen Stunde nach Wülfrath gekommen waren und ihre "Demon-



Versuch einer Blockade des REP-Treffpunkts

stration" aufgrund starker antifaschistischer Präsenz in eine zehnminütige "Kundgebung" umwandeln mußten. Eine am Rande der "Kundgebung" provozierende Gestalt, die ein Transparent trug, auf dem der Torbogen des KZ Auschwitz und die Botschaft "Gysi macht frei" gemalt war, handelte sich eine Anzeige der PDS ein und wurde von der Polizei aus dem Verkehr gezogen. Nachdem die Polizei eine halbe Stunde überlegt hatte, wie sie die REPs unbeschadet aus der Stadt transportieren könnte, entschied sie sich für einen städtischen Kleinbus unter Polizeischutz, mit dem die "aufrechten Deutschen" in Sicherheit gebracht wurden. Auch die angereisten Nazi-Skins mußten mit quietschenden Reifen den Ort verlassen.

Trotz dieses kläglichen Erscheinungsbilds der REPs ist es ihnen dennoch gelungen, tagelang mit ihrem Protest gegen Gysi in der Lokalpresse aufzutauchen und aufgrund der völlig überzogenen, fast panikartigen Gegenmobilisierung der DLW für Aufsehen zu sorgen. Es machte keinesfalls den Eindruck, daß von Seiten der REPs die Aktion als völliger Mißerfolg gewertet würde oder gar Frust angesagt war. Man übt eben noch. Weitere Aktionen und ein stetiger Ausbau des Kreisverbandes sind zu erwarten. Deshalb scheint es notwendig, in Zukunft das eine oder andere Auge auf den Kreis Mettmann und die dort beheimatete 'Republikaner'-Struktur zu werfen und antifaschistische Strukturen aufzubauen.

Münster

Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht in Münster:

JN plant bundesweite Gegendemonstration

Am 12. September 1998 plant die **JN** und ihre Mutterorganisation **NPD**, Münster zum Schauplatz eines Naziaufmarsches zu machen. Anlaß ist wieder einmal die den Nazis verhaßte Ausstellung „Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944", die ab August in Münster auf Initiative der örtlichen Volkshochschule zu sehen ist. In der JN-Publikation **'Schwarze Fahne'** und auf Handzetteln wurde bereits im Mai für eine Demonstration am 19. September in Münster getrommelt, die später aufgrund von Terminkollisionen mit anderen NPD/JN-Veranstaltungen auf den 12. September vorverlegt wurde. Am ursprünglich geplanten Termin soll in Rostock eine zentrale Wahlkampfveranstaltung der NPD stattfinden. Die geplante Aktion geht ziemlich sicher auf das Konto des JN-Landesverbandes NRW, insbesondere auf das von **Achim Ezer** (Köln) und **Dennis Rost** (Bochum). Es bleibt aber abzuwarten, inwieweit es dem JN-Landesverband NRW tatsächlich gelingt, bundesweit zu mobilisieren. Schon die Terminverschiebung deutet darauf hin, daß es sich nicht um eine auf Bundesebene mit der NPD koordinierte zentrale Aktion handelt, sondern eher um einen Alleingang der NRW-Kader der JN mit Unterstützung des Exil-Kölners und JN-Bundesgeschäftsführers **Oliver Händel** (Dresden).

Unklarheit besteht zur Zeit noch, ob es zu einem Schulterschluß zwischen JN/NPD und dem **'Bund der Vertriebenen' (BdV)** sowie dem **„Verband deutscher Soldaten" (VdS)** kommen wird. Inhaltlich zumindest spricht kaum etwas gegen ein solches Zusammengehen. Der BdV Münster, allen voran dessen Kreisvorsitzende **Roswitha Möller**, rufen schon seit Monaten zu Aktivitäten gegen die Ausstellung auf. So wurden mit Kleinanzeigen in den Münsteraner Tageszeitungen MitstreiterInnen gesucht, die sich „ebenfalls verunglimpft" fühlten. Des weiteren schaltet Möller Todesanzeigen für ihren im Zweiten Weltkrieg verschollenen Vater, in denen sie ein Gedicht des **Altnazis Dieter Vollmer**, der noch Anfang der neunziger Jahre dem Vorstand des **'Nordischen Ring'** angehörte, veröffentlicht. Die Todesanzeige erschien auch in der BdV-Zeitschrift **'Deutsche Umschau'**, unmittelbar neben einer Anzeige, in der sie zu Aktivitäten gegen die Ausstellung aufrief. Roswitha Möller ist im BDV-Vorstand NRW für den Bereich „Organisation" zuständig und steht in Münster stellvertretend für den fließenden Übergang zwischen den „Vertriebenen"-Verbänden und dem neofaschistischen Spektrum. Im Tonfall noch deutlicher ist der Kreisverband Münster des 'Verband deutscher Soldaten' (VdS), der die Ausstellung, die er als „Bilderstürmerwelle" bezeichnet, zum Anlaß nimmt, einmal mehr die „Kriegsschuldfrage" zu debattieren und zu der Feststellung zu gelangen, daß der „Versailler Schandvertrag" den Zweiten Weltkrieg unausweichlich gemacht hätte und Hitler mit „Projekten seiner Reichsautobahnen und des Volkswagenbaus die Arbeitslosigkeit und unmittelbare Not des deutschen Volks überwunden" hätte, „bevor er während des zweiten Weltkriegs wahnsinnig wurde." (aus: 'Soldat im Volk', dem Organ des VdS).

Ein Schulterschluß zwischen NPD, BdV und VdS liegt im Rahmen des zu Erwartenden; inhaltlich ist er bereits vollzogen. Zur Zeit versucht die örtliche VHS als Veranstalterin in einer für AntifaschistInnen nicht zu akzeptierenden Weise, die Wogen zu glätten, indem sie nach Möglichkeiten sucht, „kritisches zu integrieren"; schließlich sei man dem „Pluralismus verpflichtet". Aber in dem Eiertanz zwischen Verbänden, die sich einer „Diskriminierungswelle des Deutschtums" ausgesetzt sehen, und einer rot-grünen Ratsmehrheit, die unter allen Umständen eine öffentliche Diskussion um die Ausstellung zu Wahlkampfzeiten verhindern möchte, steht die VHS, unabhängig davon, was sich während der Ausstellung ereignen wird, als Verliererin fest. Die

wichtigste Botschaft der Ausstellung wird mit Füßen getreten: Das klare Benennen der Täter und somit Parteilichkeit mit den Opfern. Antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen aus Münster rufen für den 12. September zu Gegenaktivitäten auf. Ziel ist es, den Naziaufmarsch zu verhindern. Die Nazis sollen möglichst schon bei der Anreise gestoppt werden bzw. durch Besetzen des Auftaktkundgebungsplatz am Sammeln und Aufstellen einer Demonstration gehindert werden. Geplant ist kein „Anti-Nazi-Spektakel", sondern ein „lebendiges, buntes Durcheinander", bei dem Position bezogen wird, indem benannt wird, was als rassistischer Konsens begriffen wird und wofür man trotz aller Verschiedenheit gemeinsam steht.

Aktuelle Informationen zur geplanten JN-Demo und zu den Gegenaktivitäten sind unter der Infotelefon-Nr. 0251 / 521112 erhältlich. Aufrufe (gern gegen Spende!) und Plakate (100 Stk. für 15,- DM) können gegen Vorkasse unter folgender Adresse bestellt werden: MafiA, c/o Infoladen, Dahlweg 64, 48153 Münster

Ostwestfalen-Lippe

Angriffe auf autonome Zentren in Ostwestfalen

Sowohl in Bielefeld, als auch in Detmold waren autonome Zentren Ziel von Angriffen. In Bielefeld versuchten am 4. April rechte Hooligans das 'Arbeiter-Jugendzentrum' (AJZ) anzugreifen. Der Angriff konnte durch das schnelle Eingreifen der BesucherInnen des AJZ's vereitelt werden. Ob und, wenn ja, welche Nazikader an diesem Angriff beteiligt waren, ist derzeit nicht klar.

Am 12. Juni brannte es an der 'Alten Pauline', dem autonomen Zentrum in Detmold. Fast schon routinemäßig, wie jüngst bei diversen Bränden in Bielefeld, wo hauptsächlich von Menschen mit nichtdeutschen Paß bewohnte Häuser Ziel von Brandstiftungen waren, behauptete die Polizei auch in Detmold, ein Kurzschluß sei Ursache des Brandes gewesen. Diese Sichtweise konnte ein Sachverständiger, der erst auf Betreiben von Verantwortlichen aus der 'Pauline' hinzugezogen wurde, nicht bestätigen, denn an Kabeln, die keinen Strom führen, entstehen keine Kurzschlüsse. Interessant ist aber, daß der Brand in eine Reihe von Vorfällen eingebettet ist, die einen neofaschistischen Hintergrund haben. So häuften sich in letzter Zeit die eingeschlagenen Scheiben an der 'Pauline'. Zurück blieben neben den Scherben für gewöhnlich Aufkleber von **DVU** und **NPD/JN**. Auch in der Brandnacht gab es Randale an der 'Pauline'. Daß kein größerer Schaden entstand, war der Aufmerksamkeit von PassantInnen zu verdanken, die den Brand in einem frühen Stadium bemerkten und die Feuerwehr alarmierten.

„Vertriebenen"büro Treffpunkt der Nazikader in Bielefeld

Wenn die **'Junge Landsmannschaft Ostpreußen'** (**JLO**) zu ihren Treffen in der Geschäftsstelle der Kreisgruppe der „Vertriebenen" in Bielefeld lädt, dann arten diese zu Treffen von organisierten Nazikadern aus. Bei Veranstaltungsabenden zu Themen wie „Deutsche Heldinnen - Leni Riefenstahl" und „Das rechte Spektrum anhand von Publikationen" finden sich in der örtlichen und überregionalen Naziszene bedeutende Personen ein, wie zum Beispiel **Christa Goerth** (ehemalige **HNG**-Bundesvorsitzende) und der Nazi-**Schläger Meinhard-Otto Elbing** (ehemaliges Führungsmitglied der **NF** und der **'Deutschen Liga für Volk und Heimat'**). Wer die rechtsextremen Tendenzen in der staatlich geförderten 'Landsmannschaft Ostpreußen' und ihrem Organ **'Ostpreußenblatt'** kennt, dem klingt es wie Hohn, wenn angesichts der offen rechtsextremen Verlautbarungen im JLO-Magazin **'Fritz'** die Bundesregierung an die Mutterorganisation der JLO appelliert, mäßigend auf ihre Jugendorganisation einzuwirken. Diese besondere Art der Akzeptanz von rechter Jugendarbeit dürfte auch in den Räumen der Bielefelder Revanchistentruppe stattfinden, wenn gesetztere Mitglieder der Landsmannschaft sich zu den nachwachsenden „Bekenntnis"-Ostpreußen gesellen. Sicherlich haben die Alten den Jungen einiges zu vermitteln, zum Beispiel weitere Kontakte zu Neonazis, wie zu Dietmar Munier oder zu dem Ex-**NPD**'ler und Neu-**CDU**'ler **H.D. Otto,** der auch im Auftrag **Manfred Roeders** arbeitete. Mit diesen „Pionieren des Deutschtums" arbeiten Bielefelder Revanchisten aus der 'Landsmannschaft Ostpreußen' nämlich zusammen, um den Kaliningradskaja Oblast zu regermanisieren.

Paderborner Ostlandritter

Der Paderborner **Heribert Wehry** machte jüngst in Polen von sich reden. Er hatte unter Bezugnahme auf eine UNO-Resolution zu Bosnien und der Haager Konvention von 1907 vom polnischen Staat 50 Hektar Land im Nordwesten Polens, daß er für sein Eigentum hält, gefordert, oder wie er es ausdrückt: „zurückgefordert". Den polnischen Behörden ließ er wissen, daß er nach dem EU-Beitritt Polens ohnehin Anspruch auf dieses Land habe, das seiner Familie nach der Umsiedlung 1945/46, die er selbstverständlich „Vertreibung" nennt, enteignet wurde. Wie den anderen, durchschnittlich drei oder vier Ostlandrittern im Monat, die sich mit ähnlichen Forderungen an den polnischen Staat wenden, beschied dieser Wehry, daß er sich an die vier alliierten Siegermächte des 2. Weltkrieges wenden solle, denn diese hätten im Potsdamer Abkommen vermerkt, daß irgendwelche Ansprüche umgesiedelter Deutscher auf nun polnisches Territorium für immer ausgeschlossen seien. Entsprechend erkannte die BRD in den „2+4-Vereinbarungen", der völkerrechtlichen Grundlage der „Vereinigung" von BRD und DDR, die polnische Westgrenze an. Dennoch steht Wehry mit seinen Forderungen nicht auf verlorenem Posten, hatte doch **Klaus Kinkel** 1996 behauptet, die Bundesregierung habe „die Vertreibung der Deutschen immer als völkerrechtswidrig verurteilt. Sie hat die Potsdamer Beschlüsse nie als eine Rechtfertigung dieser Vorgänge angesehen." Kinkel kassierte für diese außenpolitische Drohgebärde gen Osten eine „Großmachtsohrfeige", wie die tschechische Presse schrieb. Die beiden CSU-Könige **Theo Waigel** und **Edmund Stoiber sowie Erika Steinbach** (**CDU**) hielt dies aber nicht davon ab, sich im Bundestag, den Presseorganen **des 'Bundes der Vertriebenen'** (**BdV**) und auf dem diesjährigen Pfingsttreffen der **'Sudetendeutschen Landsmannschaft'** die unverschämten Forderungen des kleinen Provinzrevanchisten Wehry, also der Forderung nach Revision des Potsdamer Abkommens, zu eigen zu machen. „Zuerst müssen wir die Versteinerung der 'Nachkriegsrealitäten' (...) überwinden." Deutsches Interesse sei es, „im jetzigen historischem Moment vor Beginn der Integration durch die Osterweiterung von EU und NATO klare Bedin-

gungen zu formulieren", schrieb Erika Steinbach, die neue Präsidentin des BdV. Sie drohte ebenso wie Edmund Stoiber mit der Verweigerung der EU-Mitgliedschaft, sollten Tschechien und Polen nicht den deutschen Revanchegelüsten zu Willen sein.

Panoptikum an den Externsteinen

Sonnenwendfeier an den Externsteinen bei Detmold 1998 - Ein Bericht unseres Korrespondenten vor Ort

Als wir am späten Nachmittag bei den Externsteinen eintrafen, war die Wiese vor der „Kultstätte" schon rappel voll. Auf den ersten Blick glich die Szenerie einem Open Air ohne Band und Bühne. Sicherlich hatten das schöne Wetter und der Wochenendtermin viele Schaulustige angelockt, unverkennbar war aber auch eine allgemein zunehmende Beliebtheit der Sonnwendfeiern bei den Steinen. Waren es vor ein paar Jahren noch einige Hundert EsoterikerInnen, SatanistInnen, neofaschistische HeidInnen und andere skurile Gestalten, so fanden sich dieses Jahr rund 2.500 Personen ein. Darunter viele „Freaks", Familien und schwer zuordbare „Normalos". Beim zweiten Blick fielen jedoch die auch dieses Jahr vertretenen Skurilitäten und Kulthandlungen auf. Von Prozessionen (mit Kutten und Weihwasserschöpfen) über Inhalieren von Weihrauch bis zu symbolisierten Selbstgeißelungsritualen war alles vertreten. Über allem wehte der Geruch von Räucherstäbchen und das monotone, immer gleichbleibende Getrommel der Bongo-Liebhaber. Die begeisterten „Didjeridoo"-Spieler tummelten sich um die Nischen und Höhlen der Steinformation. Soweit der Eindruck.

Schon im Vorfeld hatte die Polizei 28 Nazis, die zumeist aus dem sächsischen Zwickau angereist waren und bereits im letzen Jahr ihr Unwesen an den Steinen getrieben hatten, aufgegriffen. Sie hatten mit langem Arm, Nazi-Liedern und rassistischen Pöbeleien gegen MigrantInnen auf sich aufmerksam gemacht. Erschreckend war das friedliche Nebeneinander von esoterischen, völkischen und faschistischen Strömungen. So stand ein Nazi mit „Sturmwehr 88"-Shirt mit ein paar Darkmetals unbehelligt neben einer Gruppe, die sich offensichtlich in die Tradition des völkischen Teils der Wandervogelbewegung stellte. Eine auf den Weg gemalte Wolfsangel zeigte den Weg zu einer rechtsspirituellen Gruppe am Waldrand. Neu war in diesem Jahr ein relativ starkes Polizeiaufgebot, ausgerüstet mit Transportern und einigen Spezialfahrzeugen. Nach unserer Einschätzung waren dieses Jahr weniger offen faschistisch-heidnische Personen zugegen. Wahrscheinlich wird ihnen das „Kulterlebnis" durch die große Masse der Besucher verdorben. Eigentlich fehlten nur noch Würstchen- und Bierbuden, um das ehemalige Insidertreffen zu einem alternativen Schützen- oder sonstigen Dorffest werden zu lassen.

Demonstration gegen Nazistrukturen in Bielefeld

„...rechte TäterInnen handeln in den seltensten Fällen allein aus eigenem Antrieb. Die Jugendlichen, die 1994 den Brandanschlag in Bielefeld-Sennestadt verübt haben, besaßen Propagandamaterial der hiesigen Neonazi-Szene, in der seit über 10 Jahren zwei Faschokader im Blickpunkt stehen: **Bernd Stehmann und Meinhard Otto Elbing**." So steht es im Aufruf für eine Demonstration, die am 20. Juni in Bielefeld stattfand. Rund 250 Personen aus dem autonomen bis bürgerlichen Spektrum beteiligten sich an dem Protestmarsch. Dieser richtete sich vor allem gegen die Nazikader Stehmann und Elbing, den Hauptakteuren der Organisierung ostwestfälischer Nazistrukturen. Beide können auf eine lange „Karriere" in militanten Strukturen wie **FAP** und **NF** zurückblicken, beide fielen durch gewaltätige Angriffe auf. Kaum ein Aufmarsch der Nazis in der BRD, bei dem sie und ihre Bielefelder „Kameraden" nicht zu sehen sind. Seit 1997 sind in der Region Ostwestfalen verstärkt rechte Aktivitäten zu verzeichnen. Ein Ausdruck der zunehmenden Stärke der Nazis ist die Herausgabe des Fanzines **'Unsere Welt'**. Das von Stehmann verantwortete Blatt ist eine Mischung aus Konzertberichten, Band-Interviews, Aufmarschberichten und der Vorstellung neofaschistischer Organisationen. Mit Fanzines wie diesem sollen Jugendliche über Musik, Kultur und Spaß an die Naziszene herangeführt werden. Die Demonstration lenkte die Aufmerksamkeit allerdings nicht nur auf die militanten Nazis, sondern auch auf das Zusammenspiel von gesellschaftlich anerkanntem Rassismus und der Naziszene. In einem Redebeitrag wurde auf den Höhepunkt dieser „Zusammenarbeit" im Bereich „Anti-Antifa" hingewiesen. Während Nazis nahezu ungestört ihrer Rekrutierungsarbeit nachgehen können, sind aktive AntifaschistInnen einer immer stärkeren staatlichen Repression ausgesetzt. Die VeranstalterInnen der Demonstration, ein breites Bündnis antifaschistischer Gruppen, werteten die lokal angelegte Demonstration und die Medienberichterstattung über diese als Erfolg.

Recklinghausen

„Miesling" in „Systemhaft"

Am 4. Juni 1998 ging vor dem Amtsgericht Recklinghausen der Prozeß gegen die beiden Brüder **Dieter** und **Jürgen Riefling** zu Ende. Beide waren der gefährlichen Körperverletzung angeklagt. Während Jürgen Riefling ungeschoren davonkam, kassierte sein Bruder zehn Monate mietfreies Wohnen auf Staatskosten, einen Service, den er nicht das erste mal in Anspruch nehmen wird.

Beide Rieflings sind seit Jahren im neonazistischen Spektrum aktiv. Dieter Riefling – in der Szene als „Miesling" bekannt – hatte lange Zeit eine Führungsposition in der Naziszene in Kreis Recklinghausen inne. Der frühere **FAP**-Kreisbeauftragte und spätere Kopf der nach dem Verbot der FAP in Erscheinung tretenden **„Kameradschaft Recklinghausen"** gab von seinen Wohnort Oer-Erkenschwick aus auch das neonazistische Fanzine **„Der Aktivist"** heraus. Zwischenzeitlich hat er sein Domizil nach Hildesheim verlegt, ist aber nach wie vor auf fast jeder Aktion der Neonazis, insbesondere auf Veranstaltungen des „Freien Nationalen Widerstands", zu finden.

Auf einer Party, zu der die beiden Rieflings mit einer Gruppe Jungnazis erschienen waren, war es zu einem Streit zwischen Jürgen Riefling und seiner Freundin gekommen, den mehrere Partygäste zu schlichten versuchten. Dieser Versuch endete für einen der Gäste, einem Polizeibeamten, mit einem Nasenbeinbruch. Dieter Riefling hatte den nach einem Handgemenge mit seinem Bruder auf dem Boden liegenden, privat anwesenden Gesetzeshüter gegen den Kopf getreten. Dieser konnte sich nicht mehr wehren, da Jürgen Riefling ihn fest im Griff hatte.


Miesling Riefling (Mitte) am 1.Mai

„Mieslings" Versuch, das Strafmaß mit der Begründung zu drücken, er sei volltrunken gewesen und könne sich aufgrund eines „Filmrisses" nicht mehr an alles erinnern, scheiterte vor Gericht, da mehrere Zeugen der Version von der Volltrunkenheit widersprachen. Das Gericht ging sogar über die von der Staatsanwaltschaft geforderte Bewährungs- und Geldstrafe hinaus und verhängte aufgrund des eindrucksvollen einschlägigen Vorstrafenregisters eine Freiheitsstrafe von 10 Monaten ohne Bewährung, ein Urteil, das allerdings noch nicht rechtskräftig werden. Trotzdem sollte man sich schon so langsam auf Rieflings unweigerlich folgenden unsäglichen Briefe aus der „Systemhaft" einstellen, nachzulesen insbesondere in den monatlichen „Nachrichten" der „**Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene** ..." (**HNG**).

Siegen

'Bärensturm' unter Druck

Nach den Ausschreitungen bei der Fußballweltmeisterschaft in Frankreich geriet der '**Siegener Bärensturm**' durch eine Meldung der Tagesschau in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Diese hatte am 23.6. berichtet, daß die Nazi-Hool-Gruppe auf einer Internet-Seite zu einem „Frankreichüberfall" noch zwei Plätze in ihrem 'Bärensturm'-Bulli anbot. Nach diesem Bericht überschlugen sich die örtlichen Medien bei ihren Veröffentlichungen. Alle Lokalzeitungen brachten am 24. bzw. 25. 6. mehrere Artikel, die meisten berichteten auf der Titelseite. In der größten örtlichen Zeitung, der 'Siegener Zeitung' (SZ) begann die Berichterstattung am 24.6.98 mit: „auf der Homepage des Siegener Bärensturms wurde ... gezielt zu Krawallen und Terroraktionen am Gruppenspielort Lens aufgerufen". Die Westfälische Rundschau (WR vom 25.6.98) sprach von einem „Neonazi-Aufruf im Internet". Nach Angaben der WR vom 25.6.1998 hat die Siegener Polizei dem NRW-LKA mitgeteilt, daß etwa 10 Mitglieder des 'Siegener Bärensturms' nach Frankreich reisen wollten. Das NRW-Innenministerium teilte anschließend mit, es werde überprüft, ob gegen den Verfasser des Aufrufes aus Siegen strafrechtlich ermittelt werden könne. Das „deutsche Gewissen" war so stark berührt, daß die privaten AOL-Internetseiten des Initiators **Andreas Kloß** (58809 Neuenrade) aufgrund von Beschwerden bei Bertelsmann gesperrt wurden.

Die Hooligan-Gruppe 'Bärensturm' ist seit Jahren im Siegerland bekannt. Während der Verbotsphase der FAP hatten sich einige Aktivisten den Siegener 'Bären' angeschlossen und dominierten bereits kurze Zeit später deren Aktivitäten. Bereits im Dezember 1995 hat die SZ von einer Solidaritätsaktion für den **NSDAP-AO**-„Führer" **Gary Lauck** im Stadion berichtet, die von dieser Fangruppe durchgeführt wurde. Die „Froinde der dritten Halbzeit", wie sie sich selbst bezeichnen, fielen auch später häufig durch antisemitische und rassistische Äußerungen sowie Prügeleien auf. Die Aktivitäten bei den Fußballspielen werden von Führungskadern aus dem Hintergrund gesteuert. Als Köpfe sind insbesondere die beiden Aktivisten der '**Sauerländer Aktionsfront**' **(SAF) Martin Scheele** (ehemals **NF**) und **Steffen Ostehr** zu nennen, die seit 1996 auch das Fanzine „**Bärenruf**" herausgeben (vgl. Antifa-NRW-Zeitung Nr. 14/15), für das in vielen Zeitschriften der militanten Neonaziszene geworben wird.

Nach dem Aufschrei wurde in den Medien schon am nächsten Tag wieder fleißig bagatellisiert. Die Internet-Seite sei „das Werk eines Einzelnen, der Verflechtungen in die rechte Szene unterhalte" (SZ vom 26.6.98). Der Vorsitzende der Sportfreunde Siegen wies auf die mehr als 15jährige Verbundenheit zu der Fangruppe hin. Selbst einige Mitglieder der Gruppe sahen sich genötigt, diese Einzeltätertheorie in einer Presseerklärung (WP vom 14.7.98) zu untermauern. Gerne wurde von den Redaktionen aufgegriffen, daß es zwei Gruppen gäbe, die immer nur zufällig zusammen auftauchen. Das Gewissen wurde zusätzlich beruhigt, als bekannt wurde, daß unter den in Frankreich verhafteten Hools keine Siegener waren. Die redaktionell gestaltete, wiederholte Werbung für gemeinsame Fahrten mit dieser Fangruppe in der größten örtlichen Zeitung war wieder außerhalb der Kritik. Diese Entwicklung ist sicher kein Einzelfall und zeigt, wie rechtsextremes Gedankengut regional hoffähig bleiben kann, auch wenn es kurzzeitig unter überregionalen Druck gerät.

Witten

REP-Ortsverband gegründet

Nach einigen Jahren vermeidlicher Ruhe scheinen jetzt auch in der Ruhrstadt die Neonazis wieder auf dem Vormarsch zu sein. Am 17. April gründete sich ein neuer Ortsverband (OV) der '**Republikaner**'. Nach Angaben des stellvertretenden Vorsitzenden des REP-Kreisverbands Ennepe-Ruhr, dem Ennepetaler **Dr. Jürgen Goldmann**, soll der OV Witten/Herdecke siebzehn Mitglieder umfassen. Ausschlaggebend für die Ortsverbandsgründung sei der starke Mitgliederzuwachs des Kreisverbandes gewesen. Laut REPs wurde zum OV-Vorsitzenden **K.-H. Beckmann**, zu seinem Vertreter der Student **K. S. Winkler** gewählt.

Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß der Ortsverband vornehmlich nationale Interessen auf lokaler Ebene vertreten und in diesem Sinne rasch wachsen und gedeihen möge. „Der Ortsverband wird jegliche Unterstützung vom Kreisverband erhalten", heißt es in einer Presseerklärung des Kreisverbandes.

Daß der Wittener Ortsverband nicht allzu stark sein dürfte, zeigen die einmal im Monat stattfindenden Versammlungen im Gründungslokal „Zum Wortel." Von den angeblich siebzehn Mitgliedern sind in der Regel höchstens ein Drittel anwesend. Ob die REPs in Witten wie bereits vor Jahren weiter Zulauf erhalten, bleibt abzuwarten.

Stiefelfaschisten auf dem Vormarsch

In der Offensive scheinen die Wittener Stiefelfaschisten zu sein. Nachdem 1993 die in Witten aktive '**Nationale Offensive**' (**NO**) von der Bundesregierung verboten wurde, nahmen die Aktivitäten der Nazis

schlagartig ab. Grund dürfte das Verfahren wegen „Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" gegen den NO-Kreisverband Witten, dessen Kern der heute 37jährige **Christian Sennlaub**, der 26jährige **Andrè Krieger** sowie vier weitere „Kameraden" gebildet haben sollen. Wie in weiten Teilen des Bundesgebiets hatte die NO in Witten versucht, das Erbe der verbotenen **FAP** angetreten. Kurze Zeit nach dem NO-Verbot, noch während des Prozeßes in Dortmund, versuchte einer der Angeklagten, der ehemalige NO-Aktivist **Robert Langnickel**, die von ihm in NRW angeführten **'Deutschen Nationalisten'** **(DN)** in Witten zu verankern, ein Unterfangen, das dem Dortmunder aber nicht so recht gelingen wollte.
Auch nach 1994 war klar: Es gibt sie noch, die Stiefelfaschisten, aber so richtig in die Öffentlichkeit trauten sie sich nicht. „Lediglich" zu antisemitischen Farbschmierereien und kleineren Aufkleber-Aktionen ließen sie sich hinreißen. Spätestens aber seit dem Frühjahr '98 hat sich das Blatt gewendet. In den Polizeiberichten ist immer öfter von randalierenden und rassistische Sprüche grölenden Nazis zu lesen. Im gesamten Stadtgebiet tauchen zunehmend sich als Nazi zu erkennen gebende Gestalten auf. Einher geht diese Entwicklung mit dem systematischen Zukleben des Stadtgebietes mit JN/NPD-Aufklebern und Plakaten. Gezielte Pöbeleien und Angriffe auf Punks folgten. Den derzeitigen Höhepunkt erreichten die Naziaktivitäten, als drei Pkws, besetzt mit 12 Neonazis, einen ehemaligen Steinbruch, der als Treff von Punks dient, ansteuerten. In der Nacht vom 24. auf den 25. Juli gegen 3.00 Uhr griffen die drei aus Dortmund und neun aus Witten stammenden Neonazis zwei sich dort aufhaltende Personen mit Steinen und Flaschen an. Nur durch großes Glück blieben die Opfer unverletzt und konnten durch Mithilfe eines zufällig vorbeikommenden Autofahrers die Polizei alarmieren. 19 Beamte nahmen die 18 bis 35jährigen Männer und eine 26jährige Frau fest. Bei der Durchsuchung der Neonazis stellten die Polizisten antisemitische Propagandamaterialien sicher. Auf einem mit einem Hakenkreuz versehenen Flugblatt, das ein 18jähriger Wittener bei sich trug, war zu lesen: „Die Juden sind unser Unglück! NS-Verbot aufheben!" Gegen die zwölf Nazis wurden Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch eingeleitet.
Ob Witten bei den Nazis in der Region wieder eine tragende Rolle einnehmen wird ist bis jetzt nicht abzuschätzen. Bis Ende der achtziger Jahre galt die Ruhrstadt als eine der ersten Adressen in der bundesweiten Naziszene. Bis zu ihrem Verbot im Dezember 1983 war die **'Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationaler Aktivisten'** (**ANS/NA**) des verstorbenen Naziführers **Michael Kühnen** über das Postfach des ehemaligen SS-Offiziers und Wittener Bürgers **Johann Brandt** zu erreichen. Brandt betrieb auch die in Witten ansässige ANS/NA-Bundesgeschäftsstelle. Neben seiner Tätigkeit in der Bundesgeschäftsstelle war er gleichzeitig Leiter des zeitgleich mit der ANS/NA verbotenen **'Freundeskreis Deutsche Politik'**. Diese, oft auch als „Tarnorganisation der ANS/NA" bezeichnete Gruppierung, hatte die Aufgabe, die eher älteren Unterstützer der ANS/NA zu organisieren und Spenden einzutreiben. Ab 1984 fungierte Brandt als Schriftleiter des **'Neuen Beobachter'**, dem Mitteilungsblatt des **'Weltbund gegen Geschichtsverfälschung'**. Ende 1987 wechselte er die Publikation und gab zusammen mit dem ehemaligen Druckereibesitzer und SS-Offizier, **Friedhelm Kathagen**, die 'Leithefte' heraus. Die Rolle des Geschäftsführers und presserechtlich Verantwortlichen übernahm dabei Brandt, die redaktionelle Tätigkeit war Aufgabe seines „Kameraden" Kathagen. Die 'Leithefte', der „Rundbrief des Kameradenkreises der ehemaligen Waffen-SS zur Pflege der Kameradschaft und zur Abwehr von Geschichtsverfälschungen" erscheinen bis heute im **'Buchdienst Witten'**. Nicht nur bei den Altnazis galt Witten als eine der ersten Adressen. Auch die Neonaziszene entdeckte Witten bald. Der damalige Kader Christian Sennlaub stieg vom örtlichen FAP-Chef zu einer wichtigen Person im **'Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstags Adolf Hitlers' (KAH)** auf. Er war der Chef des „Referates für Sicherheit", eine Art Vorläufer der heutigen „Anti-Antifa". Am 22. August 1988, ein Jahr nach dem Tod des Hitlerstellvertreters Rudolf Hess, organisierte Sennlaub den ersten „Rudolf-Hess-Gedenkmarsch", der ohne große Gegenwehr und unter den Augen der Polizei durch Wittens Innenstadt führte. Ob nun, etliche Jahre nach diesen Geschehnissen, in Witten Faschisten wieder zunehmend Fuß fassen können und es wieder zu unzähligen Übergriffen auf MigrantInnen, Linke und andere, die nicht in das Weltbild der Nazis passen, kommen wird, hängt vor allem von antifaschistischer Gegenwehr ab, die sich den Nazis in den Weg stellt. Hiervon ist aber bisher in der Öffentlichkeit nichts zu sehen.

Wuppertal

'Ohrwurm-Versand' unter Druck

Der Rechtsruck in dieser Gesellschaft hat leider auch einen großen Markt für rassistische Nazimusik geschaffen. Um das Geld der Nazis und rechten Jugendlichen buhlen inzwischen zahllose Firmen, die sich gegenseitig aus dem Feld schlagen wollen. Obwohl die Konkurrenz unter den Verlagen groß ist, scheinen alle gute Gewinne zu machen, so auch der **'Ohrwurm-Versand'** mit Sitz in Haßlinghausen. Inhaber des Versandes ist **Marcel Ingignoli,** der u.a. CD's faschistischer Bands, wie z.B. 'Störkraft' und 'Endstufe' vertreibt. Er firmiert als Finanzberater der OVB und war mit seinem Nazimusikversand zuerst in Wuppertal-Elberfeld ansässig, bis der Vermieter auf seine Umtriebe aufmerksam wurde und ihn vor die Tür setzte. Im letzten Jahr gab es auf Ingignolis PKW einen Anschlag, danach flüchtete er ins „sichere" Hinterland, Richtung Sprockhövel, wie schon andere vor ihm, z.B. der ehemalige Wuppertaler JN-Kader **Dieter Koch**. Seit Anfang des Jahres betreibt Marcel Ingignoli seinen Versand von der Gevelsberger Str. 44 in Haßlinghausen aus, wo er auch wohnt. Am 19.02.1998 verübten AntifaschistInnen einen Buttersäureanschlag auf seinen PKW, was Ingignoli aber offensichtlich noch nicht dazu veranlaßt hat, seinen Versand dichtzumachen. Bis heute verschickt er seine Versandkataloge quer durch die Republik.

Ooops!



